

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschland

sowie der

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jede Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeb.),  
bei Befüllung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanigk, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,  
beide in Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Befenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.  
Vereins-Anzeigen  
für die dreieckige Seite oder deren Raum 20.-

## Die Pflicht ruft jeden Kollegen zur Mitarbeit an der Flugblattverbreitung und Hausagitation.

Inhalt: Zur Agitation. — Grundsätze der gegenwärtigen Sozialdemokratischen Partei. — Politische Umst. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen, Distanzien. Die Bautigkeit im ersten Halbjahr 1908. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Bekanntmachungen der Vorstande. Berichte. — Centralanträge. — Von Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionsz. — Aus Unternehmertreinen. — Aus anderen Berufen: Generalverhandlungen. — Polizei und Gerichte. — Verbrechens. — Eingegangene Schriften. — Briefsachen. — Anzeigen. — Feuilleton: Die Verwitterung am Cölnner Dom.

### Zur Agitation.

Der zehnte Verbandstag hat einem Vorschlag des Verbandsvorstandes zugestimmt, wonach in der ersten Hälfte des Oktober im ganzen Verbandsgebiete Versammlungen stattfinden sollen, in denen die mit der Wirtschaftskrise verbundene Erscheinungen, ihre Ursachen und Wirkungen, einer recht gründlichen Besprechung unterzogen werden sollen. Wir begruen diesen Beschluss mit Freuden und sehen darin ein konsequentes Weiterstreiten auf dem allgemeinen Wege, den Gesichtskreis der Verbandsmitglieder zu erweitern, ihre Kenntnis von den Triebkräften im Wirtschaftsleben der Gegenwart und damit ihre Einsicht in die Bedingungen des gewirtschaftlichen Kampfes zu vertiefen. Wir dürfen uns durchaus nicht verhehlen, wie sehr notwendig das ist. Gerade die letzten Jahre haben uns handgreiflich gezeigt, dass noch vielen — sehr vielen Kollegen das Augenmaß für die uns umgebenden Zustände fehlt, dass ebensoviiele Kollegen auch nicht zu beurteilen verstnden, welche Einfluss diese Zustände auf die Zusammensetzung einer Kampforgанизation ausfren. Das ist zwar an sich tiefbedauerlich, aber es ist nichtsdestoweniger erklärlich. Ein Blick auf die Entwicklung unserer Organisation zeigt uns, dass es kaum anders sein kann. Rund die Hälfte aller Mitglieder gehört dem Verband seit weniger als fünf Jahren an. Ehe diese Kollegen zu uns kamen, war ihnen die Arbeitersbewegung, waren ihnen die wirtschaftlichen Zusammenhänge fremd. Erst langsam konnte beides ihrem Verstandnisse näher gebracht werden. Diesem Zwecke sollen auch die Versammlungen dienen, deren Agitationswert gerade in ihrer aufflrenden Wirkung liegen soll.

Die Auflrung, das Erkennen dessen, was ist, ist immer die beste Agitation. Die freie Einschaltung, emporkeimend aus der Einsicht in das Notwendige, soll uns die Kämpfer führen. Dass das nicht immer der Fall gewesen ist, das oft nur augenblickliche Stimmungen oder momentane Bedurstisse die Kollegen zur Organisation geführt haben, mchten wir in der gegenwärtigen Zeit der Geschftstrostung wieder des teren erfahren. Unsere Mitgliederzahl, die am Schluss des Jahres 1907 bis auf 180 700 gestiegen war, hat sich in den ersten zwei Quartalen dieses Jahres trotz mehr als 19 000 Neuaufrmen weiter um rund 1000 verringert. Wenn sich nun auch vieles aus der schwächeren Beschäftigung erklärt (wie vermeinten hierzu auf den in dieser Nummer enthaltenen Bericht über die Bautigkeit in Cau Berlin), so dürfen wir aber nicht alles auf dies eine Konto buchen. Nein: viele Mitglieder sind uns abtrünnig geworden, weil sie den Wert der Organisation nicht voll erfasst hatten, weil ihnen die Organisation nicht genug galt, um auch unter den schwrigeren Bedingungen die Mitgliedschaft aufrecht zu erhalten. An diesem Punkt muss der Hebel angelegt werden.

Unsere Agitation muss die Mitglieder überzeugen, dass die Organisation in seiner Zeit nötiger ist als in den Zeiten wirtschaftlichen Niederganges.

Die Wissenschaft von den Triebkrten der Gesellschaft und die tägliche Erfahrung lehren uns gleichermaßen, dass dem Unternehmertum das Bestreben innerwohnt, die Lebensbedingungen der arbeitenden Klassen mehr und mehr herabzubringen. Die Handlungen jedes Menschen sind im Erwerbsleben von seinen Interessen beherrscht; er regelt sein Tun und Lassen unter dem Gesichtswinkel seines persönlichen Vorteils. So ist es beim Arbeiter, so ist es beim Kapitalisten. Das wirtschaftliche Interesse ist der mächtigste Regulator des menschlichen Willens. Darum trachtet der Unternehmer danach, seine Waren möglichst billig herzustellen und möglichst teuer zu verkaufen. Je mehr ihm dies gelingt, um so grösser ist sein Vorteil. Sind dem Unternehmer in der Steigerung des Preises seiner Waren Schranken gezogen, kann er nach dieser Richtung seinen Vorteil nicht erhöhen, so wird er es mit der Vergrösserung der Produktionskosten versuchen und hierbei zunächst daran denken, den Arbeitslohn zu verfrzen; denn das ist ihm das Nächstliegende. Dies Bestreben des Unternehmertums hat zur Aufstellung der sogenannten Vereinigungstheorie geführt, wonach sich die Lage der arbeitenden Klassen unter der Herrschaft des Kapitalismus fortwrkend verschlechtert. Soweit damit ein dem Kapitalismus innenwohnender Wille gekennzeichnet werden soll, ist diese Theorie heute noch so richtig wie vor vierzig Jahren. Aber als Tatsache können wir sie nicht mehr hinnehmen.

Der gewirtschaftliche Zusammenschluss der Arbeiter hat das Streben des Unternehmers, nach Vergrösserung der Löhne aufzuhalten und zurückzudrängen, geweckt. Die Bewegung des Lohnes in den letzten Jahrzehnten war nicht abwärts sondern aufwärts gerichtet, und wenn wir ihr in einzelnen folgen, so werden wir in jedem Falle sehen, dass das die Folge des gewirtschaftlichen Zusammenschlusses war. Damit ist aber der Wille des Unternehmertums, die Arbeitslöhne zu verringern, keineswegs beseitigt, dies Bestreben besteht nach wie vor, und es wird in demselben Mühe Erfolg haben, wie die Widerstandskraft der Arbeiter nachlässt. Damit sprechen wir ganz allgemein bekannte Wahrheiten aus. Bevölkert verringert eine Wirtschaftskrise, wie wir sie augenblicklich haben, die Widerstandskraft der Arbeiter ganz bedeutend. Zu derselben Zeit aber, wo sich dies bemerkbar macht, treten die Vereinigungstendenzen des Kapitals hervor: im Frhljahr hatten wir fast in jeder Nummer des „Grundstein“ über Versuche der Unternehmer zu berichten, die Löhne zu verkürzen, die Arbeitszeit zu verlängern; in einzelnen Fällen forderte man sogar den Austritt aus der Organisation. Fassen wir diese Erfahrungen in einem kurzen Satz zusammen:

Das Unternehmertum hat das Bestreben, die Arbeitsbedingungen und damit die gesamte Lebenshaltung der Arbeiterschaft zu verschlechtern. Dies Bestreben kann nur dadurch aufgehalten und zur點kgedrgt werden, dass sich die Arbeiterschaft zu starken Organisationen zusammenfsst, um ihre Widerstandskraft zu erhöhen. Da aber jede Krise durch die damit verbundene Arbeitslosigkeit die Mächtigkeiten der Unternehmer in demselben Mühe vermehrt, wie sie die Mächtigkeiten der Arbeiter verringert, so ergibt sich daraus, dass die Arbeiter gerade in solchen Zeiten die Organisation zu

stören und zu vervollkommen haben, um die Verschlechterung ihrer Mächtigkeiten wieder auszugleichen.

Diese Einfcht ist es, die wir unter den Kollegen zu verbreiten haben. Und besonders gilt es, das unter den Unorganisierten zu tun. Das wird natürlich nicht allein durch die Versammlungen möglich sein, schon weil sie die unorganisierten Kollegen kaum in grösserer Zahl besuchen werden. Um so mehr müssen wir veringen, bei den Bauten- und Hausagitation an diese Kollegen heranzutreten und ihnen ihre Pflichten in der gegenwärtigen Zeit klar zu machen. Dieser Aufgabe sollte jedes Verbandsmitglied unterziehen, und um ihr gewachsen zu sein, sollte jedes Mitglied die Versammlungen befreien, um sich das dazu nötige Wissen zu erwerben.

Bedarf es noch weiterer Worte, um die Wichtigkeit unserer diesjährigen Herbstagitation zu beweisen? Wir glauben nicht; aber wir glauben noch einige Ausführungen über den Versammlungsbesuch im allgemeinen machen zu müssen. In den Berichten begegnen wir fast stlland den Klagen über die Teilnahmlosigkeit der Kollegen. Große Zweigvereine mit mehreren tausend Mitgliedern haben manchmal Generalversammlungen, die in einer geräumigen Gathue abgehalten werden können. In kleineren Zweigvereinen ist es nicht viel besser, wenn das Misverhltnis auch nicht so arg ist wie bei den groeren. Das müssen wir ganz entschieden tadeln, um so mehr tadeln, da die Maßnahmen unserer Organisation abhängig sind von den Entscheidungen der Masse der Mitglieder. Bei uns gibt es keine ungleichen Rechte; jedes Mitglied, das älteste und erfahrene wie das jüngste und unerfahrene hat, abgesehen von der Kartenzeit bei den Unterstützungen, das gleiche Maß an Rechten. Vor allem hat jedes Mitglied das Mitbestimmungsrecht über Lohnbewegungen, und selbst schwerwiegende taktische Fragen werden durch die Mühe der Mitglieder entschieden. Aus diesem Recht ergibt sich aber auch die Pflicht aller Mitglieder, sich über alles, was in der Organisation vorgeht, zu unterrichten. Wie kann jemand, der sich vorher um die die Organisation bewegenden Fragen nicht bekmmert hat, anders als durch Laune und Stimmung entscheiden? Und nun denkt man an die wichtigen Entscheidungen, die wir schon fallen msten, die wir in Zukunft vielleicht noch viel mehr fallen können. Gerade im Hinblick hierauf erscheint uns eine Mahnung zum besseren Versammlungsbesuch notwendig; denn es könnte der Organisation und damit der Gesamtheit der Kollegen einmal zum schweren Schaden gereichen, wenn unsere Kampfmaßnahmen gegen das Unternehmertum von Mitgliedern abhängig wären, die in ihrer Mehrheit keine Ahnung von den Bedingungen unseres Kampfes haben. Darum gerade begruen wir den Beschluss des Verbandstages, die Auflrungsarbeit in diesem Herbst auf breiterer Grundlage zu betreiben. Die Kollegen aber müssen nun dafür sorgen, dass diese Belebung der Organisation auch ihren Zweck erfüllt. Sie müssen vollzhig zu den Versammlungen erscheinen und auch bei den für sie erreichbaren Unorganisierten für die Sache der Organisation wirken. Dann werden wir nachher mit Stolz sagen können: Der Appell an das Pflichtgefühl der Kollegen hat gewirkt, die Versammlungen waren berfllt und ihr Verlauf ist uns überzeugt davon, dass die Organisation die gegenwärtige Krise überstehen wird, ohne an ihrer Kampffigkeit Schaden zu leiden.

# Warum müssen wir alle, Mann für Mann, die ausgeschriebenen Agitations-Versammlungen besuchen?

Grundzüge der gegenwärtigen Weltlage.

III.

Wir wenden uns zurück zu dem Ausgangspunkte unserer Betrachtung. In seinem Buche „Bollallianzen und Zollunionen“ legt der französische Nationalökonom L. Bosc dar, worauf wir ja auch bereits hingewiesen haben, daß die neuen Produktionsbedingungen unter der Herrschaft der Großindustrie die technischen Fortschritte des Maschinenwesens, die Entwicklung des Krefts, notwendigerweise zu einer stetig zunehmenden Verschärfung der Konkurrenz zu inneren zahlreicher und heftigeren Produktionsstreitien führen müsse. „So entpünkt sich“, sagt dieser Autor, „zwischen den Völkern ein wahrer Verzweiflungskampf um die Eroberung und Erhaltung des Absatzgebietes. In diesem Kampf ums Dasein bemüht sich jeder Staat seinen eigenen Markt zu wahren, wobei er alle Mühe aufwendet, seine Produkte nach den fremden Märkten zu werfen.“ Daraus ergibt sich die immer zunehmende Wichtigkeit der handelspolitischen Fragen. Eine Folgewirkung dieses Zustandes ist auch die, daß Bemühungen, Wirtschaftsbündnisse zu stande zu bringen, sich seit Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts mehr und mehr bemerkbar machen.

Das Anwachsen der amerikanischen Konkurrenz und die „Bedrohung des europäischen Wirtschaftslebens“ durch die „gelbe Gefahr“, d. h. durch die immer stärker hervortretende Konkurrenz der zumodernen Kultur übergegangenen oder mehr und mehr zu ihr übergehenden Länder Ostasiens (Japan, China), hat den Gedanken eines zollpolitischen Zusammenschlusses der mitteleuropäischen Staaten die „Idee der Vereinigten Staaten von Europa“ erweckt.

Die Vereinigten Staaten Amerikas verfolgen konsequent die Tendenz, ein Pan-Amerika, die wirtschaftliche Einigung des gesamten amerikanischen Kontinents, ein Weltreich als in sich abgeschlossenes und von der übrigen Kulturlwelt unabhängiges Wirtschaftsgebiet zu schaffen. Ihre großartige wirtschaftliche Entwicklung gibt dieser Tendenz einen gewaltigen Nachdruck. Sie exportieren nicht nur ungeheure Mengen von Getreide, auch die Ausfuhr ihrer Industrierasen zeigt ein gewaltiges Wachstum auf. Während der Wert dieser Ausfuhr im Durchschnitt der Periode 1887/1897 jährlich M. 163 000 000 betrug, berechnet er sich im Jahre 1907 auf weit über M. 500 000 000. Der nordamerikanische Nationalökonom Flint sprach vor einigen Jahren das folgende Wort: „Wir sind das erste Industrieland der Welt!“ Dieses Wort, das man in Europa vielfach als Ueberhebung bezeichnet hat, verdient sehr ernste Beachtung. Zudem stehen die Vereinigten Staaten von Nordamerika im Stadium einer Entwicklung, welche die Ueberzeugung rechtfertigt, daß ihr Wettbewerb auf dem Weltmarkt unüberwindbar ist. Die Amerikaner sind fest davon überzeugt, daß ihnen der industrielle und kom-

merzielle Triumph über alle anderen Länder zufallen wird. Sie verweisen auf die Naturschwäche ihres Landes, auf die der Industrialismus anderer Länder in erheblichem Maße angewiesen ist, sowie auf die von ihnen bewiesene Begabung, in der Verfolgung des Maschinenwesens, der Produktionstechnik überhaupt und in der industriellen Konzentration Grobes zu leisten.

Aus dem wirtschaftlichen Aufschwung der Vereinigten Staaten von Amerika erklärt sich die Bevölkerung, daß alle Völker Europas, die auf dem Weltmarkt mitkonkurrieren, von der „amerikanischen Gefahr“ bedroht sind. Hinzu kommt, daß die Vereinigten Staaten dazu gelangt sind, sich sehr stark an der weltmächtigsten Konkurrenz auch in der Zukunft zu beteiligen, daß sie sich bemühen, ihre politische Machtphäre zu erweitern.

Was die „gelbe Gefahr“ anlangt, so ist zunächst auf die Tatsache hinzuweisen, daß Japan einen ungewöhnlichen wirtschaftlichen Aufschwung genommen hat, nachdem es seit wenigen Jahrzehnten zur modernen Kultur übergegangen. Es verdankt diese Entwicklung wesentlich mit europäischer und amerikanischer Kapitalmacht und Intelligenz. Nun trägt es seinerseits mit dazu bei, daß China, das „gewaltige Reich der Mitte“, dieselbe Entwicklung nimmt. Das wirtschaftliche Expansionsbedürfnis, dem weltmächtigpolitischen Interessen sich engstens verbinden, hat die europäischen Staaten und Amerika nach China geführt, nach dem Lande, von welchem bis vor kurzem die Meinung galt, daß es „verknüpft in einer uralten, entwicklungsunfähig gewordenen Kultur“, dem Löse versunken sei, von den Mächten der modernen Kultur einem Aufstellungsprozeß unterworfen sei, Kolonialgebiete für die Weltmächtstaaten abzugeben. England, Frankreich, Amerika, Russland, Deutschland und schließlich noch Japan treten als Konkurrenten auf, einig in dem Ziel, ihrer Wünsche und Bedürfnisse, die auf die Erreichung eines möglichst großen Beuteanteils gerichtet sind, aber doch in ihrem innersten Wesen stark divergierende Elemente. Die Staaten Europas bilden keine wirtschaftlich politische und kulturelle Einheit. Ihre gegenseitigen Beziehungen stellen eine Unsumme von widerstreitenden Interessen, von geheimer Befriedigung und offener Feindseligkeit, von Hass, Neid, Intrigen und mitham bewährten, tiefgehenden Konflikten dar.

Russland und Amerika, beides Staatsgebiete von riesigen Dimensionen, bilden jedes eine Welt für sich, jenes noch halb barbarisch, aber der Kulturoptwicklung fähig, dieses wirtschaftlich und allgemein kulturell erfolgreich mit dem europäischen Mutterlanden konkurrierend, reich an noch unerschlossenen Hülfssquellen, und in technischen und anderen praktischen Leistungen Russland unentzweiglich überlegen, Europa gegenüber mindestens gleich stark.

Endlich Japan, das „asiatische Nestküken der modernen Civilisation“. Da ist vor allen Dingen die Rassenverwandtschaft der Japaner und der

Chinesen nicht zu unterscheiden. Für diese beiden Völker liegt es unter den Gesichtspunkte einer wirtschaftlichen und politischen Interessensolidarität nahe, Europa und Amerika gegenüber die Kampfparole auszugeben, „Nien den Asiaten“, genau so wie der Pan-Americanismus verkündet „Amerika den Amerikanern“. Was man unter der gelben Gefahr versteht, das ist in der Hauptsache die japanische und chinesische Union, der wirtschaftliche und politische Zusammenschluß der Völker der gelben Rasse auf dem Boden moderner Kultur. Chinas und Japans Bevölkerung wiegt die Bevölkerung Europas an Zahl auf und übertrifft sie an Arbeitsfähigkeit in vielen Städten. Was japanische Intelligenz und Tatkraft vermag, hat die Welt bereits erfahren, und die chinesische Intelligenz und Tatkraft wird nicht hinter ihr zurückbleiben, sobald sie, geleitet von der Erkenntnis der Bedeutung moderner Produktions- und Verkehrsweise, erfaßt vom Regenerationstrieb, sich ein modernisiertes China zum Ziele setzt. Wenn China im Bunde mit Japan seine Volkskräfte auf moderner Grundlage entfaltet, dann werden Europa und Amerika gleichermaßen mit dieser Macht zu rechnen und sich abzufinden haben. Die Frage ist nur, wie das geschehen wird, friedlich oder auf dem Wege blutiger Gewaltaktionen.

Wir stehen da vor der die ernsthafte Beachtung herausfordern Tatsache, daß Europa und Amerika nach der kulturständigen Völker in fernster Osten erst das Beispiel der Kulturoptwicklung geben; daß sie dann, dem Expansionsbedürfnis folgend, die Vertätigung ihrer wirtschaftlichen Kraft und ihrer Intelligenz auf jene Länder übertragen, um den Samen moderner Kultur auszustreuen; daß das kapitalistische Interesse sich dorthin verpflanzt, um Land und Menschen zwecken dienstbar zu machen — und daß schließlich, wenn der Samen aufgeht und die Frucht gebeißt, die ältere Kulturmacht, die das bewirkt hat, eiserne und neidisch auf ihren Sprößling, die junge Kulturmacht, blickt und sie hindern möchte an freier Entfaltung zur wirtschaftlichen Selbstständigkeit, Ebenbürtigkeit und Konkurrenzfähigkeit. Das mußte Amerika von Seiten Europas, das ihm alle Kulturelemente gesiebert hat, erfahren, das erfährt jetzt Ostasien von Seiten Europas und Amerikas. Es entspricht dem Wesen des kapitalistischen Interesses, daß es nicht deshalb die Ländergrenzen durchbricht, nicht deshalb den unbeschränkten Internationalismus für sich in Anspruch nimmt, nicht deshalb kolonisiert und kultiviert, um der Kultur einen Dienst zu erweisen, sondern lediglich, um sich selbst zu genügen. Wo der Kapitalismus älterer Kulturmacht auf irgend einem Gebiete seiner Expansionsbestrebungen in seinen Interessen bedroht wird von dem als neue Kulturmacht und als Konkurrenz macht in die Erscheinung tretenden Konsequenzen seines eigenen Wirkens, da trägt er kein Be- denken, sich unter Berufung auf nationale Interessen

## Die Vermitterung am Cölner Dom.

Die Lageskizze hat sich in den letzten Jahren mit den baulichen Schäden am Cölner Dome wiederholt beschäftigt und jüngst vielfach die Nachricht verbreitet, die Verstörungen am Steinwerk des Domes hätten bereits einen solchen Umfang angenommen, daß dieser in seinem Bestande gefährdet sei. Die Mitteilungen sind übertrieben. Sie haben jedoch eine weite Verbreitung gefunden, und es erscheint daher geboten, der Öffentlichkeit, besonders auch den Fachgenossen, über den baulichen Zustand des Domes Aufklärung zu geben.

Dadurch geht eine größere Anzahl der wichtigsten Gebäudeteile von einem Gerüste aus eingehend untersucht werden konnte, muß zunächst festgestellt werden, daß durch die bis jetzt aufgedeckten baulichen Schäden das Bauwerk an keiner Stelle in seinem Bestande unmittelbar gefährdet erscheint, und daß daher zu irgendwelchen Befürchtungen wegen der Standfestigkeit des Domes oder auch nur eines seiner wichtigen Teile keine Berechtigung vorliegt. Der Kern des Bauwerks darf als in allen Teilen durchaus gesund und fest bezeichnet werden.

Immerhin hat man sich trotz dieses beruhigenden Ergebnisses der Untersuchungen überzeugen müssen, daß die Verstörungen an den äußeren, besonders den feineren Teilen des Bauwerks, an den Fialen, Wimpergen, Ornamenten, Figuren usw., so sogar auch an vielen Stellen der glatten Mauerflächen größer sind, als man bis jetzt angenommen hatte.

Die Verwitterungen zeigen sich nicht nur an den aus Trachyt vom Drachenfels gesetzten Bauteilen, sondern treten auch an dem im vorigen Jahrhundert neu errichteten Lang- und Querhaus- und sogar stellenweise an den neuen Türmen und an den Teilen in die Erscheinung, deren Wiederherstellung vor kaum 20 Jahren abgeschlossen worden

ist. Zu dieser an sich schon überraschenden Tatsache tritt noch hinzug, daß die Verstörungen sich nicht auf eine bestimmte Steinorte beschränken, sondern daß sie die Mehrzahl der vielen Gesteine, die zum Aufbau und zu den Instandsetzungsbauten verwendet worden sind, mehr oder weniger ergriffen haben. Die Verwitterungen bei den verschiedenen Steinarten nicht nur in sehr wechselnden Stärke auftreten, sondern auch in ganz verschiedenartigen Formen sich zeigen, sollen die Verwitterungsscheinungen an denjenigen Gesteinen, die in größeren Mengen verarbeitet sind, in Kürze besprochen werden.

Für die im Mittelalter errichteten Bauteile, also in erster Linie für den hohen Thor, ist abgesehen von geringen Mengen Duffstein, fast ausschließlich das Trachytgestein vom Drachenfels im Siebengebirge verwandt worden.

Dass dieses alte Trachytgestein, das nunmehr fast 700 Jahre den zerstörenden Einflüssen der Witterung, Regen, Schnee und Froste ausgesetzt gewesen ist, an den völlig freistehenden und überdies größtenteils sehr reich gespließerten Bauteilen allmählich dem Verfall entgegengesetzt, dürfte eigentlich nicht bestreitend erscheinen. Es ist sogar auffallend, daß sich von diesem Gesteine, das wegen seiner Loderen, porösen Beschaffenheit von vornherein den Verwitterungseinflüssen eine große Angriffsfläche bietet, so viele Werkstücke am Cölner Dom bis auf unsere Tage erhalten haben.

In welchem Maße die Verwitterungen an den aus Trachyt vom Drachenfels gesetzten Bauteilen jetzt vorhanden sind, zeigt anschaulich die rund 5 m hohe Schlufsfiale auf dem Mittelpfeiler des zweiten Strebenwerkes an der Südseite des Chores. In diesem Stück ist der Verwitterungsvorgang in mehreren Stadien zu beobachten. Der obere Teil des Riesen scheint noch ziemlich unverhürt zu sein, denn die Krabben sind noch vollständig vorhanden und zum Teil noch in den feinsten Kanten erhalten, ja

selbst die Scharriergläser sind auf den Stäben stellenweise noch deutlich erkennbar. Die äußere Haut des Steines ist noch hart und hat im allgemeinen ein gesundes Aussehen. Bei näherer Betrachtung wird jedoch klar, daß das Werkstück faul und morisch und nicht mehr fern von dem Baumstammbruch ist. Die über 1 m hohe Kreuzblume balanciert noch eben auf dem sehr geschwungenen Schaft und hat sich bereits nach unten geneigt. Die Krabben haften wie aufgesetzt, an einer nur ganz dünnen Haut und können bei der leichten Berührung mit der Hand wie reifes Obst abgeplattet werden. Bei einer anderen schon stark getrümmerten Blättern sitzt über 1 m lange, 20 bis 25 cm breite und 1 bis 1½ cm dicke Schale ab. Aber nicht allein diese reichgespließten Teile unterliegen der Verwitterung, sondern auch die glatten Flächen. So zeigt der äußere Pfeiler im ersten Strebenstahl bei der ersten Verjüngung Stellen wo der Stein fast zu Staub zerfallen ist. Auch hier kann man beobachten, daß die Verwitterung zunächst nicht von augen nach innen stattfindet, sondern daß eine äußere, nämlich feste Rinde, auf der die Scharriergläser noch sichtbar sind, den Stein als gefundenes Erscheinen während dieser unter der oft nur ganz dünnen Schale schon mehrere Centimeter tief zerstört ist.

Der Cölner Dombauemeister Hertel hat eine umfangreiche Untersuchung über den Verwitterungsvorgang ange stellt und besonders auch darüber, wie sich die vielen

# Weil Aufklärung nötig ist über den Wert der Organisation in Zeiten der Wirtschaftskrise.

gegen diese Konsequenzen zu erheben. Immer nimmt der Kapitalismus älterer Kulturmacht für sich ein Privileg wirtschaftlicher und politischer Weltherrschaft als eine Art erworbenen Rechtes gegenüber den durch ihn selbst zur Entwicklung gebrachten fremdländischen Wirtschaftskräften in Anspruch. Und der Kampf, die Bewegungen, die politischen Spannungen, die Kriegsgeschehnisse, die daraus entstehen, gehören zu den wichtigsten und ernstesten Erscheinungen in der Geschichte der Völkerbeziehungen.

## Schutz der Lohnforderungen der Bauarbeiter.

### III.

Mit den in den beiden vorhergehenden Artikeln behandelten Fragen: „Ist ein gesetzlicher Schutz der Bauarbeiter gegen Lohnverluste nötig, und wie läßt er sich am treffendsten zum Ausdruck bringen?“ hat sich nun auch der Ende August in Zena abgehaltene Verbandstag des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte beschäftigt. Die Gewerbegerichte in erster Linie haben sich ja mit den Klagen der Bauarbeiter zu beschäftigen, und da ist es natürlich von großem Interesse sowohl für die Vorsteher dieser Gerichte, zu prüfen, ob zur gerechten Beurteilung der Sache ausreichende gesetzliche Vorschriften und Handhaben schon heute vorhanden sind, oder ob und welche Mittel geschaffen werden sollten. Der Ausdruck des Verbandes, der Gewerbegerichte hatte zur Klärung dieser Frage zwei Referenten bestellt: Magistratssekretär Dr. Hiller-Frankfurt a. M. und unseren Kollegen Fr. Papplo.

Dr. Hiller hatte seinem Referat folgende Leitsätze zu grunde gelegt:

1. Die Lohnforderungen der Bauarbeiter sind gesetzlich zu sichern.

2. Der dem Reichstag vorliegende Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Lohnforderungen erfüllt diesen Zweck nicht genügend.

3. Zu wünschen Schutz ist die Verleihung eines gesetzlichen Pfandvorschrifts am Baugrundstück notwendig.

4. Es empfiehlt sich eine gesetzliche Bestimmung, daß bei Weiterverbindung von Bauarbeiten der Vermann zur Entlohnung der bei Ausführung des Gebäudes geleisteten Arbeiten verpflichtet ist, wenn ihm bekannt war oder bekannt sein mußte, daß der Nachmann nicht die erforderlichen Mittel zur Ausführung besitzt oder leichter nicht als Betriebsunternehmer im öffentlich-rechtlichen Sinne anzusehen ist.

Nach einer ausführlichen und sachkundigen Kritik des jetzigen Zustandes, des Gesetzentwurfs und der daraus zu erwartenden Folgen legte Dr. Hiller dar, daß es unumstößlich sei, den Bauarbeiter „in gleicher Weise“ schützen zu wollen wie den Handwerksmeister und Lieferanten. Der Gesetzentwurf gehe hier von voreiligen Gesichtspunkten aus. Für die Gewährung eines gesetzlichen Schutzes müsse das Schutzbüro nötig sein. Unter Umständen berücksichtige einen Bauarbeiter mit M 80 Lohn-

aufstand doch mehr als ein Handwerker, der an einer Forderung von M 10.000 etwa M 500 einbüße. Dem Arbeiter müsse also ein höherer und auch ein anders gearteter Schutz zur Seite stehen als dem Warenlieferanten und dem Handwerksmeister.

Aus diesen Gründen sei es auch empfehlenswert, überhaupt einen anderen Weg zum Schutze der Baugläubiger zu suchen, damit nicht — eine unabkömmlige Folge des Gesetzes — eine Verlangsamung und Verkürzung des Bauens eintrete. Denn der Apparat des geplanten Gesetzes sei von solcher Kompliziertheit, und alle Aktionen von Bedeutung mit soviel Umständen und Kosten verbündet, daß darunter das Baugewerbe sehr leiden müsse. Die Schutzmittel für die Baugläubiger müßten zwar so gewählt werden, daß sie ausreichen, aber auch so, daß sie ohne kostspieligen und zeitraubenden Apparat angewandt werden können.

Warum der Schutz der Bauhandwerker (Meister) und Lieferanten nicht so intensiv, überhaupt nicht so geartet zu sein braucht, wie der des Bauarbeiter, und wie der Schutz des Arbeiters verschaffen sein muß, sehe der Referent in folgendem aus: Die Gläubigersituation des Meisters ist ganz anders bezeichnet. Er kann Verluste in gewissem Umfang einzufallen lassen, wenn auch die Konkurrenz im besonderen das Submissionswesen, das einschränkt. Er kann sich, wenn die Ratenzahlungen schlecht eingehen, mit seiner Lieferung, möglicherweise auch mit der Art der Arbeit hierauf richten. Er hat ferner die jetzt schon oft mit gutem Erfolg angewandte Werkmeisterhypothek des § 648 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die Kreditierung, die zu deren Realisation nimmt er oft ohne größeren Schaden auf sich. Er nimmt oft selbst an der Spekulation mit teil, kann aber auch ohne dies entstandene Verluste durch spätere gute Geschäfte einigermaßen ausgleichen. Da mißlin sein Schutzbüro nicht so groß wie das des Bauarbeiter, sollte man für ihn auch nicht zu dem starken Schutzmittel des Pfandvorschrifts am Bauwerk schreiten, sondern versuchen, seinen Schutz außer durch die Werkmeisterhypothek noch auf zwei anderen Gebieten mittelbar zu erreichen, nämlich auf Straf- und gewerberechtlichem Gebiete. In letzterer Hinsicht ist ein Anfang bereits gemacht durch die Novelle zur Gewerbeordnung vom 7. Januar 1907, wonach der Betrieb des Gewerbes als Bauunternehmer- und Bauleiter bei Unzuverlässigkeit des Betreffenden zu untersagen ist, allerdings nicht dener, die eine Meisterprüfung abgelegt haben. Es muß aber weiter noch die Forderung einer geordneten Buchführung aufgestellt werden. Dabei läne es weniger auf laufmännische Buchführung im engeren Sinne als darauf an, daß für jeden Bau getrennt Bestellungen, Lieferungen, Verbindungen und Zahlungen erschließlich wären. Auf strafrechtlichem Gebiete wird es schließlich doch gelingen, nach Analyse einer größeren Zahl von Bauabschindelfällen die Begriffsbestimmung des Baubetrugs zu finden und ihn als ein besonders mit entehrender Freiheitsstrafe zu ahndenden Delikt dem Strafgesetzbuch hinzufügen. — Diese Maßnahmen würden für den Bauhandwerker und auch für den Lieferanten einen halbwegs

ausreichenden Schutz abgeben, wenn sie auch nicht gerade den Eingang der Forderungen verbürgen.

Eines wesentlich stärkeren und unmittelbaren, vor allem schnelleren wirksamen Schutzes bedarf aber der unsichere Bauarbeiter. Er ist auf seinen Verdienst angewiesen; ein Kreditierung ist nicht nur nicht üblich, sondern so ziemlich ausgeschlossen. Unmöglich ist für ihn das Wettmachen erlittener Lohnverluste; die Zeit, auf welche kein Lohn entfiel, ist unverkehrbar. Darum sollte der Bauarbeiter aber auch nicht länger als eine, höchstens zwei Lohnperioden, also in der Regel bis zu vierzehn Tagen, aufwarten. Arbeitet er trotzdem weiter, dann sollte das Recht, das nur den Wachsamkeit geschrieben ist, ihm auch nicht weiter in Schutz nehmen. Denn soweit kann der Beruf der Gesetzgebung nie gehen, die Sorge für den richtigen Erhalt des Lohnes den Bauarbeitern abzunehmen. Sie darf ihn vor anderen gewerblichen Arbeitern nur soweit bewegen, als die besonderen Verhältnisse im Baugewerbe dies rechtfertigen, und das ist nicht mehr der Fall, wenn er trotz wiederholten Unterbleibens der Lohnzahlung weiter tätig ist. Es ergibt sich also mit einer gewissen Selbstverständlichkeit der Satz, daß die Lohnforderung des Bauarbeiters von Rechts wegen mit einer besonderen Sicherung nur ausgestattet werden sollte, soweit sie in den beiden letzten Lohnzahlungsperioden entstanden ist. Für Auffordbarkeit wäre eine entsprechende Regelung vorzusehen, die auch weiter zurückliegende Rücksände berücksichtigen könnte, wenn in angemessener Höhe, vielleicht von 75 p.M. regelmäßige Abzahlungszahlungen gezeigt wären.

Beschränkt man so den Schutz des Lohnforderung des Bauarbeiters auf ein vernünftiges Maß, dann steht wegen der Unzulänglichkeit der Verträge nichts im Wege, diesen Schutz so intensiv als möglich zu gestalten. Man gewähre deshalb ein gesetzliches Pfandvorschrift am Baugrundstück, also nicht bloß am Mehrwert! Dieses Pfandrecht würde allen übrigen Belastungen vorgehen, gewissermaßen wie eine baurechtliche Verpflichtung öffentlichen Rechts auf dem Grundstück lastet. Es fällt dann der ganze komplizierte Mechanismus des Gesetzes weg. Kein Bauförderamt müßt sich damit ab, den Wert der Baulizenzen festzusetzen. Es gibt keine Einträge von Bauvermietern, keine Verwaltung von Sicherheiten, nichts von Bormerkungen, Widersprüchen, Vorlängungen von Baugeld, keine einstweiligen Verfügungen, keine Kreishänderverwaltung, und vor allen Dingen nicht die zahllosen Prozesse, die über jede Lieferung und jede Arbeit entstehen können.

Dass das Grundstück schlechthin haftet, bedeutet bei der Unschärfe der Bauarbeiterforderung keine wesentliche Gefahr für andere Berechtigte, und ist im Grunde nur die Anwendung des Prinzips, daß der Überbau dem Boden zuwächst. Warum soll man, wo es sich um die Bauarbeiterförderung handelt, den Überbau vom Grund und Boden wieder trennen? Ohnehin zeigt sich ja beim

verschiedenen zum Dombau verwendeten Steine dabei vertreten. Die im Mittelalter beim Dombau bearbeiteten Luffsteine sind heute schon bis auf wenige Teile verschwunden, sie sind dem Baume der Zeit längst zum Opfer gefallen. Man hat dann verschiedene Steinarten aus dem Siebengebirge, Trachte vom linken Rheinufer, Sandsteine aus dem Niedarltal bearbeitet, aber seine hat in seiner Wetterbeständigkeit bestreiten können. Den Verwitterungsvorgang bei den Sandsteinen beschreibt Dombaumeister Hertel so:

Eine äußerlich unbeschädigt erscheinende schalenförmige Rinne füllt auf einer weißen Schwiel, die auf dem festen Gestein lagert. Mehrere solcher Schalen liegen oft aufeinander, getrennt durch mehr oder weniger dicke Lagen der weißen Masse. Die Menge der letzteren ist dann am größten unter der äußersten Schale. Durch Aufschlagen mit dem Hammer kann man die oft große Abschürfung der abblätternden Schalen leicht nachprüfen. Es sind Schalen von 20 bis 24 cm Breite und über 1 m Länge am Giebel über dem Südportal gefunden. Nach heftigen Regengüssen und namentlich nach stärkerem Nebel sieht man am zahlreichen Stellen die äußere, durch Rauch gebräunte Schale losgepreßt und die helle Färbung des inneren frischen Gesteins hervortreten. Die weiße Färbung ist in Wasser löslich, gleichzeitig mit den Abschürfungen verschwunden. Der ganze Abschürfungsvorgang wiederholt sich an den Stellen, an denen er einmal eingefest hat, häufig so, daß hier bedeutende Schädigungen eintreten können. Die Abschürfungen folgen stets unabhängig von der natürlichen Lagerung des Steines an der Außenfläche des Werkstückes; ein merlicher Unterschied der Verwitterung bei nach den verschiedenen Himmelsrichtungen gelegenen Bauteilen kann nicht festgestellt werden.

Auch die Sandsteine aus dem Nahegebiete, von Uelzen, aus den guten Steinen aus den Brüchen von Obern-

fürden und die Externsteine aus der Gegend von Detmold im vorigen Jahrhundert sehr viel verwendet worden sind, haben die auf sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt. Man hat allerdings in einigen Gesteinsarten, wie in dem Laubgestein von Niedermendig, ein Material, das der Verwitterung trotzt, aber diese Steine haben eine so dünne Färbung und sind wegen ihrer Härte so schwer zu bearbeiten, daß sie nur sehr beschränkt verwendet werden können. Die Urfächen der Verwitterung darf man keineswegs nur in den Stürmen und in dem Regen und Schneeschmelzen, die oft genug das stolze, ragende Bauwerk umstossen; die Rauchschäle Kölns und seiner Umgebung sind seit jeher. Die in dem Großstadtbau stehenden Wohnhäuser und Säuregäste finden in der reichen Gliederung Punkte genug, wo sie sich niedersetzen und ihr zerstörendes Werk beginnen können. Diese Auffassung teilt auch der wohl berühmte Bauteile, der Dombaumeister Hertel. Er schreibt am Schluß einer längeren Darlegung über den Dom: „Zu habe die baulichen Schäden des Domes mit größter Offenheit erörtert; einmal um eine klare Darstellung von dem Zustande des Bauwerks zu geben, dann aber auch besonders aus dem Grunde, um zu beweisen, daß trotz der vielen und zum Teil großen Schäden keine Veranlassung vorliegt, zu der Annahme, daß der Cölner Dom schon in seinem Bestande gefährdet sei. Die Schäden berühren nicht den Kern des Bauwerks; dieser darf in allen Teilen noch als gesund und fest bezeichnet werden. Die Verwitterungen und Zerstörungen beschränken sich auf die äußeren Schichten des für das heutige Cölner Klima zu reich und fein gegliederten Bauwerkes. Die Schäden werden im Laufe der Jahre stärker noch zahlreicher und vielleicht auch stärker werden; aber diese Erkenntnis wird den Sachmann nichts Überraschendes und für den Dänen etwas Vergleichliches bringen; denn man muß bedenken, daß der Cölner Dom nicht nur, ebenso wie jedes andere Bauwerk, der Zerstörung durch die Naturkräfte

unterworfen ist, sondern daß er, der in früheren Zeiten sein von der reinsten Luft umspültes Haupt in den klaren Fluten des Rheines spiegelte, jetzt leider mitten in einer an schweflige Säure außerordentlich reichen Großstadtmilieue sich befindet, eine Atmosphäre, die ihn nur so oft so dicke Rauch- und Dunstwolken einhüllt, daß er den auch jetzt noch zu seinen Füßen vorüberfließenden Strom kaum erblicken kann.“

Nachdem nunmehr diese Großstadtklasse, die in Köln in einer besonders schlanken Form aufzutreten scheint, als der größte Feind der Bauwerke erkannt ist, darf man die Hoffnung hegeln, daß eine andauernde, sachgemäße Pflege auch die Mittel und Wege finden wird, selbst von einem Bauwerk in dem Umfang und in dem Formenreichtum des Cölners Domes die Wirkungen der tödlichen Angriffe des Berücksigers, wenn auch nicht vollständig abzuwehren, so doch zu verlangsamen und aufzuhalten.

Zum Schluß sei noch davor gewarnt, die sich in Köln zeigenden Verwitterungsscheinungen für andere Orte zu verallgemeinern. Die meisten Gesteine, die sich in den ungegewöhnlichen Cölnischen Verhältnissen nicht bewährt haben, sind an anderen Orten allezeit als vorzügliches Baumaterial erkannt und geführt worden. Daran rütteln, kommt uns nicht in den Sinn, haben wir uns doch von der Bewährung der für Köln als nicht geeignet befundenen Gesteine an anderen Orten ausgiebig überzeugt. So liegt, um nur ein Beispiel zu erwähnen, für den Stubenrandstein aus der Gegend von Schlaibach (ein Sandstein des Niedarltals) der Fall vor, daß er sich in dem Schloß von Neuhomburg in Böhmen, also unter anderen, günstigeren atmosphärischen Verhältnissen als ein ganz vorzüglicher Baustein bewährt hat.

Berfolg der Bauarbeiterförderung, daß die Mehrwerttheorie des Gesetzentwurfs in Wirklichkeit grau ist. Es ist nämlich gar nicht wahr, daß ein unferiges Haus den Wert der Baustelle plus hineingewandter Arbeit und Materialien hat. Führt man die Kauflebhaber an eine solche jungs Ruine, einen Raum über die Gründung hinaus gebiehenen Bau, so bietet kein Mensch den obigen Betrag, sondern von zehn sagen neun: „Wenn die Baustelle intakt wäre, würde ich ₣ 20 000 dafür geben; jetzt muß ich alles wieder abreichen, die Grundrisszeichnung paßt mir nicht — grobe Baufehler sind bei Schwindelbauten auch nicht selten —, ich kann jetzt nur noch ₣ 15 000 geben!“ Aus dieser praktischen Erfahrung geht gerade her vor, daß im Baustellenwert ein ideeller Teil des künftigen Bauwerkes bereits mit drin steht, daß also diese Dinge sich nicht trennen lassen, außer in rein mechanischer Weise. Vielleicht ist überhaupt der Baustellenwert nichts anderes als die Differenz zwischen dem kapitalisierten Mietzins des künftigen Gebäudes und den Baustoffen.

Im Gegensatz zu der im Gesetzentwurf auf das Eigentum gelegten Bauhypothese wird das vorgeschlagene Pfandrecht irgend einen lähmenden Druck auf die Bautätigkeit nicht ausüben können. Es statuiert, kraft Rechtschafft, was manche Eigentümer schon jetzt als moralische Pflicht auf sich nehmen, die nicht Besitzer von Bauten sein wollen, auf denen Arbeiterforderungen unbegahlt blieben. Aber so unbedeutend in seinem Umfang und der Seltenheit der Anwendung dieses neuen Rechts erscheint, so könnte es doch der Stein werden, womit die Quelle des Bauschwindels zu verstopfen wäre. Denn der Terrainveräußerer kann nun nicht mehr einen beliebigen Habenichts zum Käufer nehmen oder ihn einführen; muß er doch befürchten, daß gerade bei diesem das Arbeiterpfandrecht zur Durchführung gebracht wird. Er wird sich also künftig den Käufer auf Neueröffnung ansehen und möglicherweise seinerseits zur Rückbedingung für spätere Arbeiteransprüche Sicherheit verlangen, die er wiederum nur vom soliden Bauunternehmer bekommen kann. Auf diese Weise werden die zweifelhaften Elemente aus dem Bauunternehmertum allmählich verschwinden und damit das gesetzliche Pfandrecht immer seltener zur Anwendung kommen. Aber sein Wert ruht nicht darin, daß es fleißig eingesetzt wird, sondern daß es immer als Rettungsbüro für die Bauförderung bereit liegt. Deshalb könnte dieses Pfandrecht auch auf alle Neubauten im ganzen Deutschen Reich erstreckt werden, was als ein Vorteil gegenüber der Regelung des Schutzes durch den Gesetzentwurf zu betrachten ist.

Es ist ohne weiteres zugewiesen, daß die Einführung eines gesetzlichen Pfandrechts zu Gunsten der Bauarbeiterförderung einen Druck mit dem Grundbuchprinzip enthält, wonach nur die aus dem Buch erzielbaren Belastungen in der Reihenfolge der Einträge zu berücksichtigen sind. Indessen gibt es doch eine Analogie in dem Recht des landwirtschaftlichen Gesindes auf Besitzergänzung aus, dem zur Zwangsversteigerung kommenden Grundstück hinsichtlich des Lohnes auf das letzte Jahr. Weiter sei daran erinnert, daß die Verwaltungsgesetzgebung sehr umfangreiche öffentliche Lasten auf Baugrundstücke gelegt hat, ohne die Hypothekare zu fragen. Und die Bauhypothese des Gesetzentwurfs selbst enthält einen starken Einbruch in unser Grundbuchsystem, da der Bauernmarkt nicht auf einen der Höhe nach begrenzten Betrag eingeschrieben ist, sondern einer Forderung den Rang reserviert, die ebenso gut ₣ 100 als ₣ 10 000 künftig betragen kann. Aus diesem Grunde wird die Aufnahme weiterer Hypothesen während des Baues ungeheuer erschwert, während umgekehrt das Bauarbeiterpfandrecht eine Erhöhung des Realredits nicht wird hervorrufen können.

Es bedarf keiner weiteren Ausführung, daß dies gesetzliche Pfandrecht am Grundstück unverzichtbar sein müßte. Die Formen seiner Durchführung wären so einfach wie möglich zu halten. Die Klage ist gegen den Eigentümer, dessen Name auf dem Baugrundstück anzulegen ist, mit dem Antrage zu richten, daß er wegen der Bauförderung die Zwangsvollstreckung in das Grundstück dulde. Damit sie gleich mit der Klage aus dem Arbeitsvertrag verbunden werden könne, wäre das Gewerbegericht für zuständig zu erklären. Zur Zwangsvollstreckung selbst würde es, nachdem die Forderung rechtmäßig festgestellt ist, in den aller seltesten Fällen kommen. Damit das Grundstück nicht dauernd belastet bleibe, wäre die Geltendmachung des Anspruches an eine kurze Ausschlußfrist, etwa von drei Monaten seit Fälligkeit, zu binden und ebenso der Antrag auf Zwangsversteigerung an eine noch türkere, von etwa einem Monat nach Ablauf der Frist.

Dieses dingliche Recht würde vollausnützen, die Lohnförderung des Bauarbeiters zu sichern und ihm schnell zu seinem Recht zu verhelfen. Es bedarf also nicht noch der Haftbarmachung des Baugeldgebers, dem man nicht zumuten kann, die Auszahlung des Baugeldes bis an den letzten Nachmittag zu kontrollieren. Der Ver-

wendungszweck gehört überhaupt nicht zum Wesen des Darlehens, und es fehlt jede rechtliche Beziehung zwischen dem Arbeiter und dem Geldgeber. Vor allen Dingen ist nicht zu vergessen, daß der Baugeldgeber höchstens bis zu zwei Dritteln der Bauforderungen Geld leistet, und wenn er dem nachgekommen ist, bleibt sein Mann mehr für einen persönlichen Anspruch ihm gegenüber. Der Schutz der Bauarbeiterförderung gegenüber dem Eigentümer ist der wirksamste, den man sich denken kann. Denn der Baugeldgeber könnte wohl durch Schließungen die Zwangsvollstreckung wirkungslos machen, aber ein Grundstück kann nicht auf die Seite gebracht werden.

Aus allen diesen Gründen ist zu einem wirtschaftlichen, aber auch ausreichenden Schutz der Lohnförderung des Bauarbeiters die Verleihung des gesetzlichen Pfandrechts am Baugrundstück im angegebenen Umfang notwendig.

### Sozialdemokratischer Parteitag.

Nach den meisten bisherigen Parteitagen der Sozialdemokratie konnten wir mit berechtigtem Stolz verklären, daß in allen Hauptfragen die volle Einmächtigkeit der Arbeiterschaft zum Ausdruck gekommen sei. Eine starke Erfahrung erfuhr diese Einigkeit allerdings in Jena durch den Beschuß, mehr noch durch die Debatten über den politischen Wahlkreisstreit. Damals war das Misstrauen und das Mißtrauen in der Partei so groß, daß die Befürworter von einer Spaltung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft weit um ihre geäußerten Haltung. Anwesen waren jedoch die nötige Korrektheit vollzogen und der Agitation die richtigen Wege gewiesen. Wer aber gesagt hat, daß damit nun auch das Misstrauen innerhalb der Partei überhaupt oder doch auf absehbare Zeit überwunden sei, der ist durch Nürnberg bitter enttäuscht worden.

Die sozialdemokratische Partei ist ein Kampfpartei; sie muß unablässig kämpfen gegen die herrschende Gesellschaft in all ihren Schichten, um dem Proletariat Raum zu gewinnen, für die ihm gebührende politische Beteiligung, um die Arbeiterschaft emporzuheben aus der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Knechtschaft zu freien, gleichwertigen und gleichberechtigten Menschen. Es ist selbstverständlich, daß dieser Kampf scharf und hitzig gefügt wird und daß in den Versammlungen und Zeitungen die Gegner minutiös auch unnötig verlegt werden, und es ist erfärblich, daß diese Art des Kampfes mit Gegnern auch leicht überzeugt auf Auseinandersetzungen, die man in den eigenen Reihen zu führen hat. Das ist gewiß bedauerlich, aber es ist nicht immer zu umgehen. Schlimm besteht nun es aber in der Partei sein, wenn das Ideal zur Gewohnheit wird, wenn sich die Parteigenossen selbst immer häufiger mit verächtlichen und gesäßigen Worten und Argumenten beschäftigen. Und in dieser Beziehung hat die sozialdemokratische Partei leider einen recht bedauerlichen Fortschritt gemacht.

In Nürnberg waren es drei Fragen, die zu recht ungeliebten Zusammenstößen führten: die Parteifrage, die Budgetfrage und die Wiederaufstellung. Der erste Punkt zeigte so recht deutlich, wie nervös man in Kreisen jüngerer Parteigenossen geworden ist, mit welch zitternder Spannung sie auf das Stichwort lauern, das ihrer Stimme zur gewünschten Explikation verhilft. Die Parteischule ist gewiß eine nützliche Einrichtung: jüngster Genossen, die Lust und Liebe und das nötige Talent dazu haben, der Partei als Agitatoren zu dienen, wird auf der Schule Gelegenheit gegeben, ihr Wissen zu bereichern bzw. die Grundlage für ihre Fortbildung zu schaffen. Dagegen kann niemand etwas einwenden. Aber ein süddeutscher Genosse, einer, der etwas von Bildung versteht, hat schließlich die Frage aufgeworfen, ob der Abdruck doch nicht etwas anderes sein darf und ob, statt an einer Zentralstelle, mit denjenigen Lehrbüchern nicht in mehreren Städten die Unterrichtslücke abgeschlossen werden könnte. Sofort ging in einigen Parteizeitungen das Hallo los, als gelte es, einen „Reichsverbändler“ zu erlegen. Der Fragesteller wurde den Parteigenossen nicht nur als dummkopf, sondern auch als schlechtester Kerl vorgeführt. Und auf dem Parteitag fand dies Hallo ein lebhaftes Echo.

Vergnügt der Maifeier, daß die nun schon seit einigen Jahren das Schmerzenkind der Gewerkschafts- und Parteifreunde ist, haben bekanntlich die Generalkommission der Gewerkschaften und der Vorstand der sozialdemokratischen Partei eine Vereinbarung getroffen, wonach die notwendigen Unterstützungen förmlich ausgebracht und kontrolliert werden sollen. Diese Regelung hat schon den Beifall des Gewerkschaftskongresses nicht ganz gefunden, dieweil von dieser Versammlung die Generalkommission beauftragt wurde, nochmals mit dem Parteivorstand zu verhandeln, um eine andere Form zu finden. Nunmehr hat auch der Parteitag seinen Stab über diese Vereinbarung gebracht. Die verschiedenen Ansichten wurden laut. Nach Alois Luxemburg ist die Vereinbarung zwischen Generalkommission und Parteivorstand eine traurige Probe des dualistischen Zusammenspiels von Gewerkschaft und Partei. Sie steht in der Unterstüzungsfrage die Schluß auf Eröffnung der Maifeier. Adler-Kiel erklärt, daß die Schleswig-Holsteiner Parteigenossenschaft die Vereinbarung ohne Kommentar nicht verstehen könne. Allgemein werde die Vereinbarung als Bremsen empfunden, die zur Bekämpfung der Maifeier führen müsse. Andere Redner waren den Gewerkschaften „feindlich“ geneigt und protestierten heftig dagegen, daß sich die Partei von den Gewerkschaften „ins Schlepptrai“ nehmen lasse. Demgegenüber betonte Alois Schmidt-Berlin, daß es durchaus nicht die Absicht der Generalkommission sei (natürlich auch nicht die Absicht des Parteivorstandes), die Maifeier zu erodieren. Die Vereinbarung sei die lokale Auslegung der Parteitagsbeschlüsse. Auch Richard Fischer-Berlin, als Berichterstatter in der Partei, gab die Gedanken, die Maifeier könne durch die Vereinbarung Schaden leiden. Schaden leide sie aber durch die hier bestreite Diskussion. Wie es hier von verschiedenen Genossen geschehen sei, könne nur der reden, der gar kein Verant-

wortungsgefühl habe. Wer sage, durch die Unterstützung seile die Maifeier erwirkt werden, habe vom Wesen der Gewerkschaften keine Ahnung. Fahrzeubetrieb sind die Kämpfe darüber gegangen, ob der Kampfescharakter der Gewerkschaften unter dem Unterstützungsrecht leide. Wir haben die Erfahrung für uns: in dem Augenblick sind die Gewerkschaften offiziellfähig, langlebig geworden, wo sie das Unterstützungsrecht ausgebildet haben. Als es den Gewerkschaften gelungen war, es zu hohen Beiträgen an bringen, von der Stunde an datiert der Aufschwung der Gewerkschaften, und von da an sind sie der englischen Gewerkschaftsbewegung ebenbürtig geworden. Solche vereiste wirtschaftlich nicht, daß man diese Dinge, die man sich eigentlich an den Schulsohlen hätte ablösen sollen, heute wieder so eingehend erörtern würde: ja, wenn — wenn — . Aber wenn man sagt: wenn die Maifeier so gefeiert wird, daß keine Maifeierungen stattfinden können, dann denken auch die Unternehmer nicht mehr an Maifeierungen, so ist das ebenso „größtenteils“, als wenn man sagen würde: es gibt keine Brüder mehr, wenn jeder ein Millionat ist, oder wie der alte Bräsig sagt: Die verfluchte Armut kommt von der Gewerkschaft. Das sind Selbstverständlichkeiten, die nur dadurch einen Glanz bekommen, daß sie hier mit schöner Rhetorik vorgetragen werden; wenn man sie aber prüft, so bleibt nur eine Wolke übrig und weiter nichts.

Von den Vereinbarungen wurden schließlich die drei ersten Absätze angenommen. Sie lauten:

„Zur Vorbereitung der Maifeierei ist in allen Orten, möglichst zu Beginn des Jahres, eine Kommission einzuziehen, für die zu gleichen Teilen das Gewerkschaftsamt und die Parteiorganisation ihre Vertretung bestimmen. Den Vorsitzenden wählt die Kommission selbst.“

Die Kommission hat die Aufgabe unter Berücksichtigung der örtlichen und betriebslichen Verhältnisse und der Bestimmungen der gewerkschaftlichen Organisation sowie der Voraussetzungen des Parteitages für eine würdige Sorge zu tragen. Die in Ansicht genommene Feier darf an keinem anderen Tage als am 1. Mai stattfinden.

Bei Ausprägungen infolge der Maifeier kann den davon betroffenen Arbeitern eine Unterstützung vom Beginn der zweiten Woche an gewährt werden, und darauf haben die politisch wie auch die gewerkschaftlich organisierten Mitglieder Anspruch.“

Der weitere Absatz, der von der Aufbringung der Mittel handelt, wurde mit erheblicher Majorität abgelehnt. Sonst hat der Parteitag wohl ein Unterstützungsrecht der Ausgesetzten statuiert, wobei sie aber die Unterstützung beziehen sollen, weiß er nicht zu sagen. Eine solche Konsequenz hätte man eigentlich nicht für möglich halten wollen. Der Maifeier ist jedenfalls mit einem solchen Beifall nicht gedeckt.

Den Hauptpunkt der Verhandlungen bildete die Budgetfrage. Vor vielen Jahren hatte einmal die sozialdemokratische Fraktion im bayerischen Landtag — damals nur sechs Männer stellte — für das Budget (Finanzgesetz), worin die Einnahmen und Ausgaben des Landes festgestellt werden, gestimmt. Auf einem daraus folgenden Parteitag wurde dies als ein Verstoß gegen die sozialdemokratischen Prinzipien gerügt. Die Bayern bestritten, daß es eine Frage des Prinzips sei. Die Zustimmung zu dem Finanzgesetz in seiner Gesamtheit sei eine reine Zürcher-Maifeier und alle Körner seien keine Zweckmäßigkeitsdinge, taktische Mittel, die nach Ort und Zeit wechseln. Der Streit blieb damals unentschieden. Einige Jahre später bewilligten u. a. die badischen Genossen das Budget. Hierzu nahm der Parteitag in Wieden (1901) Stellung. Es wurde sofort gestritten und schließlich wurde folgende Resolution mit großer Mehrheit beschlossen:

„In Erwägung, daß die ‚Engelstaaten‘ ebenso wie das Reich den Charakter des Klassestaates tragen und der Arbeiterschaft die volle Gleichberechtigung nicht eintäumen, sondern in ihrem Wesen als Organisation der herrschenden Klassen zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft anzusehen sind.“

Spricht der Parteitag die Erwartung aus, daß die sozialdemokratischen Vertreter in den gegebenen Körperstaaten der Engelstaaten sich bei ihren Abstimmungen nicht in Wider spruch mit dem Parteiprogramm und den Grundsätzen des proletarischen Klassenkampfes setzen und insbesondere das Gesamtbudget normalerweise ablehnen.

Eine Zustimmung zu dem Budget kann nur ausnahmsweise aus zweckwidrigem Grunde gegeben werden.“

Diese Resolution verbietet also normalerweise die Zustimmung zu dem Budget; nur ausnahmsweise soll es be willigt werden dürfen. Über die Ausnahmen hatten natürlich die Fraktionen selbst zu entscheiden. Nun haben im vorigen Jahre unsere Genossen im vorläufigen Landtag das Budget befürwortet — aus ‚zwingenden‘ Gründen, wie sie meinten. Darüber ist wenig in die weite Öffentlichkeit gekommen. Nebenfalls hat man sich in der Partei nicht beunruhigt gefühlt. Dem Vorgehen der Württemberger sind in diesem Jahre die Badenser und Bayern gefolgt; in beiden Landtagen haben unsere Genossen aber auch Erklärungen abgegeben, daß sie durch ihre Zustimmung keineswegs den Regierungen ein Vertrauensbotum ausschließen, sondern trotz der Bewilligung den Ministerien das schärfste Misstrauen ausprächen.

Es kann hier nicht auf all die Gründe eingegangen werden, die süddeutsche Genossen für die Budgetbewilligung ins Feld führen. Einsteils haben sie gesagt, daß ihre Abstimmung mit dem Wortlaut und Sinn der Württembergs Resolution im Einklang sei, zum anderen haben sie über auch unerhörte Ausführungen, daß diese Resolution der Tatsat viel zu feste Bescheinigung anlege und daß es nur Sache der Fraktion sei, nach freiem Ermessens darüber zu entscheiden, ob es taktisch klüger ist, das Budget abzulehnen oder nicht.

Darüber läßt sich natürlich streiten, und eine sachliche Diskussion hätte gewiß nicht geschadet. Aber das liegen die Beschuldigungen kleinen und großen Meister in der Partei wieder nicht zu. Sobald die erste leise Kunde von der Budgetbewilligung in Baden über den Main hinüber gedrungen war, da wurden in Leipzig, Berlin und anderen Orten mit ‚schändigen‘ Parteitagen die Sturmkloden geläutet, die bald dumpf, bald schrill den ‚Parteivertrag‘

der süddeutschen Genossen verhinderten. Nicht nur, daß das Beginnen der badischen und bayerischen Genossen unbedingtlich in den Sumpf des allerwiderrücksten Bioliberalismus führe, wurde uns bis zum Ueberdruck in die Ohren gesellt, es wurde sogar „konstatiert“, daß die Süddeutschen mit vollem Bewußtsein auf das Ziel lossteuerten. — So lief die Debatte schon einige Wochen vor dem Parteitag in der Presse und in Versammlungen, und die Nieden vieler Delegierter auf dem Parteitag waren das Echo der voraufgegangenen Hoffe.

Nicht ganz unbeeinflußt von dieser Börgeschichte scheint uns auch die Resolution zu sein, die der Parteivorstand in Verbindung mit den Kontrollen zu der Budgetfrage dem Parteitag vorlegte. Sie lautet:

„Der Parteitag bestätigt von neuem die Resolutionen von Bütow und Dresden, die aussprechen:

daß der Staat, solange er sich in den Händen der bestehenden Klassen befindet, ein Organ der Klassenherrschaft darstellt und ein Mittel zur Unterhaltung der besitzlosen Volksmassen bildet,

dass die politische Aufgabe des proletarischen Klassenkampfes die Eröberung der Staatsgewalt durch Überwindung der Gegner ist,

dass jede Politik des Entgegenkommen an die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung abgelenkt werden muß.

Als notwendige Folge dieser grundfäßigen Auffassung und angefahrt der Kasse, doch die Gesamtbefürmung über das Budget als Vertrauensvotum für die Regierung aufgefaßt werden muß, ist jeder gegenwärtigen Regierung das Staatsbudget bei der Gesamtabstimmung zu verbieten, es sei denn, daß die Ablehnung desselben durch unsere Genossen die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungünstiger Budgets zur Folge haben würde.

Die Bevollmächtigung des Budgets in den Vakaturen von Württemberg, Baden und Bayern ist daher unvereinbar mit den Resolutionen von Bütow und Dresden.

Die grundfäßige Verweigerung des Budgets entspricht vollkommen der Klassentage der bestehenden Volksmassen, die eine überwältigende Opposition gegen die bestehende dem Kapitalismus dienende Staatsgewalt notwendig macht.

Die arbeitenden Massen immer wieder nachdrücklich darüber aufzuläutern, ist eine unerlässliche Aufgabe unserer agitatorischen Arbeit."

In persönlich liebenswürdiger Weise wurde die Resolution von dem Genossen Böbel begründet. Seine Argumente vermögen wir jedoch nicht anzuhören. Wir gehen so weit mit ihm, daß die süddeutschen Abgeordneten nicht ganz einmäandfrei gehandelt haben. Sie hätten den Parteivorstand von ihrem Vorhaben unterrichten und ihm ihre Gründe vorher darlegen sollen. Sie hätten die bestehende Richtung noch einer anderen Richtung hin verständlich gemacht.

Grundfäßiglich sind wir allerdings der Meinung, daß es weder Sache des Parteivorstandes noch anderer Körperschaften ist, darüber zu entscheiden, welche Stellung die parlamentarischen Fraktionen zu den Budgets einzunehmen.

Sat man eingesehen und zugegeben, daß sich die Parteigenossen parlamentarisch betätigten müßten, und wählt man Genossen in der Überzeugung, daß sie den Willen und die Kraft haben, das sozialdemokratische Prinzip hochzuhalten, dann muß man auch das Vertrauen in die Gewalt schenken, daß sie die Käffit anwenden, die zur Verwirklichung des sozialdemokratischen Programms führt. So wenig man alle übrigen Abstimmungen, die alle mehr oder weniger Vertrauens- oder Misstrauensabstimmungen für die Regierungen sind, durch Parteiflügelentscheide festlegen kann, so wenig sollte man es auch mit der Abstimmung über die Finanzgesetze tun. Hier wie dort sind es kaltäische Maßnahmen, die man nicht langfristig festlegen kann, ohne sich selbst zu schädigen.

Zudem haben die süddeutschen Genossen aber auch mit guten Gründen nachgewiesen, daß sie mit der Bevollmächtigung des Budgets, ihrer Überzeugung nach, der Partei einen großen Dienst geleistet haben; daß ihre Käffit auf dem „Sumpfe“ führt und dazu angeht, ist unsere Partei in Süddeutschland zu einem Machtfaktor zu machen, mit dem die Regierungen dauernd und in ständig steigendem Maße rechnen müssen.

Die Resolution des Vorstandes wurde aber trotzdem mit 268 gegen 119 Stimmen angenommen. Wir halten dies Meßtast für tief bedauerlich, weil wir überzeugt sind, daß weder das Anliegen noch die Macht der Sozialdemokratie größer dadurch wird. Die Mehrheit hat geglaubt, mit ihrem Besluß der Einheit und Stärke der Partei zu dienen. Wir befürchten das Gegenteil. Die süddeutschen Genossen haben bis zum letzten Augenblick erklärt, daß die beflosstenen Resolutionen für sie unabdingbar seien; in ihren Parlamenten müßten sie sich ja auch vorwählen wie Schulbücher, wenn ihnen gelegentlich von den Gegnern vorgehalten wird: „Sie haben ja gar kein Stimmrecht!“

Nach der Abstimmung ließen 66 süddeutsche Delegierte folgende Erklärung abgeben. „Die unterzeichneten Parteimitglieder erklären: Wir erkennen dem deutschen Parteitag als der legitimen Vertretung der Gesamtpartei die oberste Entscheidung zu in allen prinzipiellen und in den tatsächlichen Angelegenheiten, die das ganze Reich berühren. Wir sind aber auch der Ansicht, daß in allen speziellen Angelegenheiten der Landespolitik die Landesorganisation die geeignete und zuständige Instanz ist, die auf dem Boden des gemeinsamen Programms den Gang der Landespolitik nach den besonderen Verhältnissen selbstständig zu bestimmen hat, und daß die jeweilige Entscheidung über die Budgetabstimmung dem pflichtgemäßen Ermessens der Landesorganisation verantwortlichen Landtagsfraktion vorbehalten bleiben muß.“

Diese Erklärung, die von den Süddeutschen mit lebhaftem Beifall unterstrichen wurde, bedeutet eine scharfe Verneinung der soeben beschlossenen Resolution. Theoretisch ist also keine Einheit in dieser Frage erzielt worden. Obwohl uns bessere Entwicklungen des nächsten Parteitages vor der tatsächlichen Spaltung bewahren.

## Politische Umschau.

### Beschlüsse des sozialdemokratischen Parteitages zu Nürnberg.

#### Zur Reichsfinanzreform.

Die dem materiellen Interesse der bestehenden und herrschenden Klassen dienende, die Arbeiterklasse schwer schädigende und den Weltfrieden bedrohende Militär-, Marine- und Kolonialpolitik des Deutschen Reiches führt zu unterbrochenen steigenden Ausgaben, deren Deckung bei dem jetzt geltenden Steuersystem nicht zu erlangen ist. Trotzdem seit dem Jahre 1888, die Regierungseintritt des heutigen Kaisers, die eigenen Einnahmen des Reiches von 821 Millionen Mark auf 1732 Millionen im Jahre 1907 gestiegen sind, ist in dem gleichen Zeitraum die Schuldenlast des Reiches von 720 Millionen Mark auf 4800 Millionen angewachsen.

Die Steuern des Reiches sind ungerecht und unwirtschaftlich. Durch die Zölle und Verbrauchsabgaben werden die ärmeren Klassen der Bevölkerung am härtesten getroffen. Dabei kommt nur ein geringer Bruchteil der Millionen, die die Steuerzahler ausgeben, in die Reichskasse. Der größte Teil der Getreide-, Vieh- und Fleischhöfe, Garne, Eisen und andere sogenannte Schatzgüter auf Gebrauchsartikel der breiten Massen dem Volk abgenommenen Summen fließt in die Taschen der Großgrundbesitzer und Großkapitalisten, die mit einer beträchtlich niedrigen Steuerquote für die Reichssteate leisten. Bekunde Finanzverhältnisse nur geschaffen werden, wenn die Ausgaben für Militär, Marine und Kolonien herabgesetzt und die Steuern der Zahlungsfähigkeit der Steuerzahler angepaßt werden.

Der Parteitag protestiert gegen die Erhöhung bereits bestehender, sowie die Einführung neuer Steuern auf Massenverbrauchsartikel. Insbesondere protestiert der Parteitag gegen die dem russischen Steuersystem entlehnte Banderolensteuer auf Zigarett und Tabak sowie gegen die Erhöhung der Biersteuer. Ferner protestiert der Parteitag gegen Steuern auf Licht und Kraft (Petroleum, Gas, Elektrizität usw.).

Der Parteitag fordert die Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen steuerpolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minorität opfern. Er fordert die Einführung einer festeuerfreien Reichs-Einkommens- und Vermögenssteuer, die Reform der Geschäftssteuern und Erhöhung der Steuerfülle nach dem Grade der Verwandtschaft, insbesondere die erbschaftsteuerliche Heranziehung des Erbgutes für Ehegatten und Kinder.

#### Gegen den Krieg.

Das gemeinfähliche und verbrecherliche Treiben bestimmter Kreise, zwei Kriegsböster wie das englische und deutsche gegen seitig zu verbreiten und zum Kriege aufzufachen, dient nur den engstzüglichen und kurzfristigen Interessen der ausbeutenden und herrschenden Klassen.

Es steht im schroffen Gegensatz zu der Erinnerung internationaler Brüderlichkeit der ausgebeuteten Massen aller Nationalitäten, welche durch die engste Solidarität der Interessen miteinander verbunden sind.

Angehörige der Opfer an Gut und Blut, welche jeder Krieg gerade in erster Linie den werktätigen Massen auflegt und die ungeheure materielle wie kulturelle Schädigungen, welche er für die Gesamtheit des Volkes mit sich bringt; angehört der Weltwirtschaftlichen und weltlichen Zusammensetzung, denen aufzusehen jeder Konflikt zwischen zwei Kulturmächten die Gefahr eines Weltkrieges in sich birgt; macht es der Parteitag dem Proletariat Deutschlands zu besonderer Pflicht, gemäß der Resolution des Internationalen Kongresses in Stuttgart mit allen in Betracht kommenden Mitteln für die Überwindung des gewalttätigen Geistes und die Sicherung des Friedens einzutreten.

**Jugendorrganisation.** — Die Förderung der Bildungsbehörden der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen ist eine wichtige Aufgabe im Emanzipationskampf der Arbeiterklasse.

Der Parteitag verpflichtet die Organisationen, dafür zu sorgen, daß die Arbeiterjugend im Sinne der proletarischen Weltanschauung erzogen wird.

Um dieses Ziel zu erreichen, sind Vorträge zu veranstalten, die dem Erkenntnisvermögen der Jugend angepaßt. Daneben ist durch Veranstaltungen ersten und heiteren Inhalts, sowie durch Sport und Spiel Unterhaltung und Geselligkeit zu pflegen.

Zu diesem Zwecke sind in den einzelnen Orten besondere Kommissionen zu bilden. Die Kommissionen werden aus Vertretern der örtlichen Parteiuorganisationen und der Gewerkschaftsräte unter Hinzuziehung von Vertreternsperonen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen zusammengefaßt. Der Kommission soll mindestens eine Genossin angehören.

Die Teilnahme an den Vorträgen und, soweit es möglich, auch an den anderen Veranstaltungen ist unentbehrlich.

Die Kommissionen sollen dahin wirken, daß die Gewerkschaftsräte für den Lehrlingskampf eintreten.

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand mit der Herausgabe eines Organs zur Auflösung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die wirtschaftliche Interessenvertretung und die Entscheidung über politische Parteiaufgaben bleibt nach wie vor lediglich Aufgabe der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen.

Diese Resolution ist so aufzufassen, daß der Betätigung von lokalen Jugendorganisationen unpolitischen Charakters, die unter Wissensumfang Erwachsener ihre Verwaltung selbst führen, nichts im Wege steht.

#### Gegen die Vergewaltigung der Polen.

Der Parteitag erhebt energischen Protest gegen die von der Mehrheit des Reichstages geschaffenen Ausnahmegesetze gegen die Polen, und besonders gegen das Verbot der Muttersprache in öffentlichen Versammlungen. Das Ve-

streben der halbstädtischen Regierung, die Polen systematisch zu germanisieren, kann die Sozialdemokratie nicht nur nicht dulden, sondern sie muß es auch mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen.

Zugleich fordert der Parteitag die polnischen Proletarier auf, mit der sozialdemokratischen Partei anzuschließen; denn nur auf diesem Wege, durch die Stärkung der Klassenpartei, kann die herrschende Reaktion, deren Teilerscheinung die polenfeindliche Politik ist, erfolgreich bekämpft werden.

#### Zur Sozialpolitik.

Die technische Entwicklung der Industrie führt zur beschleunigten Konzentration des Kapitals, die in den Konzernen und Syndikaten ihren bisherigen Höhepunkt erreicht hat. Die Konkurrenz, Kartelle und Syndikate, die zur Kapitalbildung führen, sind notwendige Erscheinungen der kapitalistischen Entwicklung.

Durch die Kapitalbildung und die Gründung von Betriebsgenossenschaften sind jene Unternehmensorganisationen gefestigt, die ihre Spize gegen die Interessen der Angestellten und Arbeiter richten und bestrebt sind, die Angestellten und Arbeiter völlig zu entziehen, um die Ausbeutung steigen zu können.

Die bürgerlichen Parteien, die in den letzten Jahren eine große Anzahl sozialpolitischer Anträge gestellt haben, deren Inhalte sie aus früher von Sozialdemokratie gestellten Anträgen entnommen, haben weder die Fähigkeit noch den Willen, die in diesen Anträgen gestellten Forderungen durchzuführen.

Die Regierung hat durch die neuesten Entwürfe zur Gewerbeversicherung und Arbeitskammergesetz offenstehen lassen, daß sie nicht gewillt ist, eine Sozialpolitik zu treiben, die den Widerdruck des Betriebsverbands deutscher Industrieller herauftreibt.

Angehörige aller dieser Erscheinungen wird es notwendiger als je, daß das Proletariat all seine Kräfte zusammenstellt, um seine physische und moralische Gefundheit und Kampffähigkeit zu erhalten und zu steigern. Es ist dringend notwendig, daß jeder Arbeiter der Gewerkschaft seinen Beruf angehört. Genauso notwendig aber ist eine energische politische Agitation innerhalb wie außerhalb des Parlaments zur förmlichen Durchführung der im letzten Abschnitt unseres Parteiprogramms sowie der in der Münchener Resolution über die Arbeiterversicherung gestellten Forderungen.

Es ist ferner zu fordern:

1. Schaffung eines einheitlichen Arbeiterrights für alle gegen Lohn- oder Gehalt beschäftigten.
2. Schutz der staatsbürglerlichen Rechte, Freiheit, Eigentumsrecht und Arbeitsrecht usw., gegen Angriffe durch Privatverträge, Verbot der Konkurrenzlaufes, Personalabkommen und ähnliche Abmachungen, die die Angestellten und Arbeiter in ihrer Bewegungsfreiheit zu hindern geeignet sind.
3. Sicherung des geistigen Eigentums an Erfindungen und Entdeckungen.
4. Gesetzliche Vorschriften für sogenannte Wohlfahrtsanstaltungen, wodurch eine Kontrolle ermöglicht wird, um das Eigentumsrecht der Angestellten und Arbeiter in den geistigen Erwerben sichergestellt wird.

Dazu hat der Parteitag noch beschlossen, daß sich der Parteivorstand mit der Generalkommission ins Einverständnis zu setzen hat, um eine umfassende Agitation zur Errichtung des geplanten neunstündigen Arbeitstages in die Wege zu leiten.

#### Lohnkämpfe und Revolution. Das russische Bulletin schreibt hierüber:

In ihrer Denkschrift zur Arbeitergesetzgebung vom Jahre 1906 charakterisiert die russische Regierung ihren allgemeinen Standpunkt zur Arbeiterschaft mit folgenden Worten: „Indem die Regierung vermittels der Einschränkung der Alltäglichkeit der Arbeiter und Unternehmer die natürliche Lösung der Arbeiterschaft verhinderte und dadurch die Verpflichtung auf sich nahm, für das Wohl der Arbeiter Sorge zu tragen, mußte sie auch die gesamte Verantwortung für diese Sache auf sich nehmen.“ Was waren nun die Ergebnisse dieser Fürsorge um das „Wohl“ der Arbeiter? Einem interessanten Aufschluß über diese Frage gewöhnen uns die fürzlich im ministeriellen Organ „Bestniß Finansion“ veröffentlichten Daten über die Bewegung der Arbeitssöhne und der täglichen Arbeitsdauer in den wichtigsten Industriebezirken während der letzten Jahrzehnte. Diese Daten ermöglichen es, nicht nur die „Arbeiterpolitik“ der Russenregierung in ihrem wahren Lichte kennen zu lernen, sie gestalten auch einige Schlüsse für die nächste Zukunft der russischen Arbeiterbewegung zu ziehen.

Was den offiziellen Daten über die Arbeitsbedingungen der Arbeiter ihr charakteristisches Gepräge verleiht, ist ihre fast vollständige Unveränderlichkeit im Verlaufe einiger Jahrzehnte. Von Anfang der 80er Jahre bis zu den 90er Jahren 1908 bis 1908 bleibt die Arbeitszeit und der Arbeitslohn trotz aller „Fürsorge“ der Regierung fast unverändert. Nur die revolutionäre Massenbewegung der Arbeiter zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts führt hier eine gründliche Umwälzung herbei. Einige Beispiele mögen das illustrieren. In der südrussischen Montanindustrie erreichte die tägliche Arbeitszeit ab Mitte der 80er Jahre die Höhe von 20 Stunden. Das Gesetz vom 2./15. Juni 1897, daß die elfstündige Arbeitszeit festsetzte, schaffte hierin keinen Wandel. Nach den Beschlüssen des Ingenteurs Preobrajenski im Jahre 1898/99 „limmerete man sich im ganzen Kanton von Kirovograd nicht im mindesten um dieses Gesetz“. Erst nach der Streikbewegung von 1905 wurde das Dreischichtsystem eingeführt, und gegenwärtig ist in den meisten Bergwerken Südrusslands die achtstündige Arbeitszeit eingeführt. Die gleiche Erscheinung trat in der Raspithainindustrie zu Tage. Die tägliche Arbeitszeit belief sich von den 70 Jahren bis zum Jahre 1908 auf 12 bis 14, zuweilen sogar auf 16 bis 18 Stunden. Das Gesetz vom Jahre 1897 wurde einfach ignoriert. Während der Jahre 1908 bis 1908 erkämpften die Raspithainarbeiter den Acht- und Neunstunden-

tag. Auch in der Textilindustrie vollzog sich nach den Worten des offiziellen Organs „die Verkürzung der Arbeitszeit in bedeutendem Maße unter der Einwirkung einer weit um sich greifenden Streikbewegung“. Im allgemeinen kann die Verkürzung der Arbeitszeit in den wichtigsten Industriezweigen, die dank der revolutionären Arbeiterbewegung erzielt wurde, auf 25 p.M. oder 15 bis 18 Stunden in der Woche veranlasst werden.

Genau derselbe Prozeß vollzog sich auf dem Gebiete der Arbeitslohnne. Jahrzehntlang hat völliger Stillstand; trotz der steigenden Lebensmittelpreise gestaltet die „Fürsorge“ der Regierung den Arbeitern nicht, ihre ökonomische Lage zu verbessern. Dann brechen 1903 bis 1905 die Lohnkämpfe mit spontaner Energie aus. Die Löhne steigen in kurzer Zeit: in der Montanindustrie um 24, in der Metallindustrie um 37, in der Naphthaindustrie um 100 p.M. Allerdings wurden die Lohnverhöhung dann der einsetzenden und künftigen großzügigen Lebensmittelsteuerung zum großen Teil aufgeopfert. Trotzdem kann es als feststehend gelten, daß die Arbeiter aus eigener Kraft eine wesentliche Verbesserung ihrer ökonomischen Lage erzwangen.

Die letzten 1½ Jahre zeigen eine diametral entgegengesetzte Entwicklung. Unter der Herrschaft des weißen Terrors, ihrer Organisation beraubt, sah sich die russische Arbeiterklasse außer Stande, die gemachten Erobrungen vor dem Ansturm der Unternehmerorganisationen zu behaupten. Die andauernde Krise in Industrie und Landwirtschaft, das Abschmelzen der industriellen Reservearmee, die exorbitante Lebensmittelsteuerung taten ein übriges, um die ökonomische Lage der Arbeiterschaft zu verschärfen. Die bewährte „Fürsorge“ der Regierung kam hierbei in noch schrofferer Weise zum Ausdruck, wie vor den Revolutionsjahren.

Welche Konsequenzen ergeben sich hieraus für die nächste Zukunft? Auf eine langsame, friedliche Entwicklung kann angehoben werden. Dazu fehlen sowohl die politischen wie die wirtschaftlichen Voraussetzungen. Die tiefen sozialen Widerprüche des Kaiserreichs, die sich trotz der scheinbaren Ruhe, trotz des revolutionären Stillstandes immer mehr aufspielen, zwingen in Verbindung mit der Geschicke der letzten Jahre eher zu der Annahme, daß sich die Bewegung, wie bisher, spontan entwickeln wird. Erst dann, wenn eine neue Periode lebhafter politischer Kämpfe einsetzt, wird es für die Arbeiterklasse möglich sein, die wirtschaftlichen Positionen zurückzuerobern, die sie jetzt unter dem Ansturm der Reaktion aufgegeben mußte.

**Arbeiter und Maschinen.** Auf dem internationalen Glasarbeiterkongreß, der Anfang dieses Monats in Paris stattfand, wurde u.a. auch die durch neuere Erfahrungen sehr aktuell gewordene Frage erörtert, durch welche Mittel die Glasarbeiter den Schaden ausgleichen könnten, welcher ihnen durch die Einführung von Maschinen zugefügt wird. Einige Glasarbeiter erklärten die Maschine für den Feind, welchen man bekämpfen und vernichten müsse. Aber ein französischer sowie ein deutscher Delegierter widersprach. Der Franzose, welcher der sozialistisch-genossenschaftlichen Glashütte von Albi angehört, erklärte: „Die Maschine ist ein notwendiges Werk. Wir selbst müssen uns der Maschine bedienen, um gegen die kapitalistischen Glasfabriken zu kämpfen.“ Der deutsche Delegierte sagte: „Im „Borwars“ waren wir gewohnt, Sägeblätter einzuführen; die Glasmacher müssen ebenso handeln.“ Es wurde eine Resolution angenommen, welche es für unfein erklärt, sich dem Fortschritt gewaltsam zu widersetzen. Es sei aber notwendig, daß die Arbeiter sich organisieren, um aus dem „Maschinismus“ den größten Vorteil für sich zu ziehen.

Diese Resolution trifft das Richtige. Man kann nur tief bedauern, daß es noch Arbeiter gibt, die in der Bekämpfung der technischen Entwicklung ihr Heil erblicken und damit in den Fehler verfallen, den die englischen Textilarbeiter im Beginn der modernen Produktionsära begingen. Sie beließen es nicht beim Schimpfen auf die Maschinen, sondern ließen sie zerstören, die ebenfalls gewaltsam. Glücklicherweise hat die Neigung einzelner rückständiger Arbeiter, solch trahantem Zuge sich hinzugeben, in unserer Zeit keine ernste Bedeutung mehr.

**Ein Justizminister als Betrüger.** Dänemark hat einen großen politischen Skandal. Der frühere Justizminister Alberti, der erst förmlich von diesem Posten zurückgetreten ist, erfuhr schon während seiner Amtszeit sehr heftige Angriffe. Offen wurde gegen ihn von der sozialdemokratischen Fraktion des Folketing die Verhuldigung erhoben, daß er sich in höchster bedenklicher finanzielle Transaktionen eingelassen habe; die Fraktion forderte die Ergebung der Ministeranklage gegen ihn. Das Parlament aber lehnte diese Forderung ab, und Alberti nahm dann aus den üblichen „Gefundenheitsurteilen“ seine Entlastung aus dem Amt. Jetzt nun hat dieser Mann sich der Justiz gestellt unter der Selbstbeleidigung, große Fälschungen und Beträgereien begangen zu haben, von denen auch das Finanzministerium betroffen wird. Alberti war Leiter der von ihm mit Staatsmitteln versorgten Bauernbank. Diese Kasse nun hat er gründlich geplündert und dabei, wie das Finanzministerium, so auch die Nationalbank schwer in Mitleidenschaft gezogen. Die von ihm veruntreuten Summen sollen sich auf etwa 13 bis 14 Millionen belaufen. Alberti war ein Staasträger, der sich den Agrarien angenehm zu machen wußte; so machte er u.a. auch in agrarökonomischen Bestrebungen. Wie sehr er dem reaktionären Geist ergeben war, zeigt weiter, daß er die Wiedereinführung der Prügelstrafe für gewisse Arten von Verbrechen durchsetzte. Es gibt nun in Dänemark gewiß sehr viele Leute, die den lebhaften Wunsch haben, auch er möge diese Strafe zu kosten bekommen.

## Maurerbewegung.

### Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuszug von Maurern und Bauarbeiter ist fernzuhalten:

### Deutschland: Maurer:

#### Hansastädte:

**Hamburg** (Sperre über Ofenarbeiten der Stettiner Chamottefabrik an der Gasanstalt Grasbrook), **Lübeck** (Sperre über Görner & Heidenreich);

#### Schleswig-Holstein:

**Trittau** (Sperre über Chr. Meier in Kasseeburg, Arbeitsstelle Meierei in Möhnen), **Rendsburg** (Sperre über das Rader Kokswerk, das Stahl- und Walzwerk und die Karlshütte), **Geschaft-Lauenburg** (Sperre über Basadow in Krümmel, Grünhof, Tesperhude), **Eckernförde** (Sperre über Kruckau);

#### Mecklenburg:

**Güstrow** (Sperre über Thielke), **Sülze** (Sperre über Holdorf), **Ahrenshop a. Fischland** (Sperre über Helms);

#### Brandenburg:

**Königs-Wusterhausen** (Sperre über den Schulbau in Zernsdorf), **Fürstenwalde** (Sperre über Pätz), **Haesermühle** (Sperre über Hartmann), **Strausberg** (Sperre über Liesegang), **Mittenwalde** (Sperre über Spreewitz & Schadow);

#### Ost- und Westpreussen:

**Hammerstein** (Sperre über Kofahl und Karge), **Osterode** (Sperre über Tessmann aus Mohrungen);

#### Sachsen:

**Leipzig** (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsbaute, Berndt & Sohne, Berlinerstraße, in L. Möckern K. Edlich, Hühnerherstrasse), **Leutzsch** (Sperre über die Eisengießerei E. Beck & Co.), **Knautkleeberg** (Sperre über David Ludley und L. Loos), **Sanpersdorf bei Zwickau** (Sperre über Berger aus Schönheide), **Mülzen** (Sperre über Ford, Döhn in St. Niklas und Emil Meier in Ortmannsdorf), **Grimma** (Streik);

#### Provinz Sachsen und Anhalt:

**Kenschenberg** (Sperre über Bautzmann aus Lützen), **Weissenfels** (Sperre über Oskar Paasche, Bahnhof Corbetta);

#### Thüringen:

**Anstadt** (Sperre über Gressler), **Ronneburg** (Sperre über Kretschmar);

#### Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe:

**Wittingen** (Streik), **Stadtthagen** (Sperre über Pape in Nordsehl und Pape in Helpsen), **Misburg** (Sperre über die Zementfabrik „Germania“), **Münster, Westerstede u. Umgegend** (Differenzen), **Visselhövede** (Differenzen), **Nordenham** (Sperre über die Bauten der Metallwerk-Aktiengesellschaft), **Glesmarode** (Sperre über den Neubau des Schöninger Bahnhofs), **Grussendorf** (Sperre über Thiele aus Lehre), **Holzhausen** (Sperre über Ringe);

#### Hessen:

**Bientein** (Sperre über Ackemann in Oberkirchen und Ebeling in Vehlen), **Grifte** (Sperre über Fröhlich aus Gensungen);

#### Westfalen und Rheinland:

**Eberfeld-Barmen** (Sperre über den Unternehmer Wipperfürth aus Gerresheim und über die Arbeiten der Firma Dieder & Co. aus Stettin an der Gasanstalt), **Düsseldorf-Benrath** (Sperre über Zensen), **Kaiserswerth** (Sperre über die Bauten der Diaconissenanstalt), **Castrop** (Sperre über Lamperts und Velleuer), **Minden** (Sperre über den Bau des Unternehmers Fiege in Berkhausen);

#### Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:

**Eassloch** (Sperre über Steidel), **Mülhausen** (Sperre über Trapp, Entwässerungskanal), **Strassburg** (Sperre über Schüttter);

#### Fliesenleger:

**Crefeld** (Streik), **Mülheim-Ruhr** (Sperre über Möhlenbrück & Mattheis), **Kiel** (Differenzen).

#### Isolierer und Steinholzleger:

**Calle** (Streik bei der Firma Haacke & Co., auch bei deren Filialen in Berlin und Hamburg), **Mannheim-Ludwigshafen** (Sperre über die Mannheimer Isolierwerke und die Korksteinfabrik), **Leipzig** (Sperre über die Firma Friedrich Wilhelm Krausse, Moltkestr. 28).

#### Schweiz:

**Olten** (Streik);

#### Oesterreich:

**Kladno, Kralup, Triesch.**

#### Dänemark:

**Aalborg**. Feuerungsanlagen auf der Gasanstalt. Ausführende Firma ist die Stettiner Chamottefabrik.

### Gau Berlin.

Maurermeister Liesegang in **Strausberg** und seine anderen Kollegen reduzierten den bisher üblichen Stundentag. Liesegang ist der schlimmste unter ihnen. Am 14. September legten die Kollegen zunächst bei diesem Herrn die Arbeit einmüttig nieder.

In **Mittenwalde** bestand bis zum 1. Mai d. J. ein Vertrag, der neunstündige Arbeitszeit und 60 s. Stundenlohn vorsah. Ein Unternehmer händigte ihn, während sich zwei andere Unternehmer nicht äußerten. Einer der leichteren versuchte nun, den Lohn zu senken und die zehnstündige Arbeitszeit einzuführen, und der eritere zahlte ebenfalls einen geringeren Lohn. Am 17. September haben die Kollegen — 25 an der Zahl — bei **Schadow** und **Spreewitz** die Arbeit eingestellt, um sich gegen diese Verschlechterung zu wehren.

### Gau Bremen.

Nachdem unsere Kollegen in **Westerstede** im Laufe des Frühjahrts den Unternehmern eine Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Stundenlohns für **Westerstede**, **Apeln** und **Augsbek** gestellt hatten, hofften wir auf eine gültige Erledigung der Sache. Aber die Verhandlung, die in Zwischenahn, dieferthalb geführt wurde, führte zu keinem befriedigenden Resultat und mußte abgebrochen werden. Die Unternehmer haben dann später wieder eine Verhandlung angefangen, die aber bisher nicht stattgefunden hat. Jetzt plötzlich senden sie unter dem 12. September folgende Mitteilung an den Kollegen C. Hiddeßen in Bremen:

Gemäß einem Beschlusse vom 10. d. M. benachrichtigen wir Sie, daß der bisherige Stundenlohn in unserem Bezirk vom 1. Oktober d. J. ab um 2 s. herabgesetzt wird. Ihnen etwaigen Erklärungen seien wir bis zum 25. d. M. entgegen.

#### Hochachtungsvoll

Arbeitsverbund für das Baugewerbe im Bezirk Ammerland. Georg Hinrichs.

N.B. Zwecks Verhandlungen wollen Sie sich bitte eventuell an die Geschäftsstelle unseres Verbundes, dort, Wall 83, wenden. Ferdinand Wefer.

Soweit das Schreiben, das auch der Gauleitung der Zimmerer zugänglich ist. Die Unternehmer wollen also weiteres die Löhne statt verbessern verfügen. Da auch **Zwischenahn** für obigen Bezirk in Frage kommt, sollen auch dort die Löhne gefügt werden. Das Unternehmertum wird über jedenfalls uns auch noch hören müssen.

Unsere Kollegen auf der Insel Juist haben den Unternehmern gleichfalls Forderungen eingerichtet. Die Unternehmer haben darauf am 14. September geantwortet, daß es ihnen „nach dem Schiedspruch vom 26. Mai d. J.“, bei der bestreitbare Regelung der Lohnverhältnisse im Baugewerbe, nicht gestattet sei, eine Lohnverhöhung zu bewilligen und eine Abänderung in dem bis jetzt bestehenden Verträge vornehmen zu können. Die von ihnen eingereichten Bedingungen werden infolgedessen als unbegründet angesehen.“ Ein Antwort wollen die Unternehmer bis zum 25. d. M. „gutigt“ entgegen.

Wie die Unternehmer aus dem Schiedspruch das Verbot einer Lohnverhöhung herleiten wollen, ist unverständlich. Um so mehr, als die Lohnbewegung auf Juist mit der großen Bewegung in diesem Frühjahr gar nichts zu tun hat. Hoffentlich sehen die Unternehmer auf Juist es auch noch ein, daß man eine Lohnbewegung nicht mit ein paar Gedanken aus der Welt schafft.

### Gau Erfurt.

Bei **Nordhausen** wird berichtet, daß von der Nienburger Baumfirma Sievers & Co., die in Nordhausen die große Errichtungskraft hat, die einheimischen Arbeitskräfte planmäßig ausgespiert werden. Die Firma beschäftigt nur freie und besonders tüchtige und unorganisierte Maurer. Wenn wirklich einmal ein organisiert einheimischer Maurer dort Arbeit erhält, so wird er alsbald wieder entlassen, sobald es die Firma merkt, will nem. Sie es zu tun hat. Um das durchzuführen, sucht die Firma fortwährend durch auswärtige Zeitungen Maurer, die freilich, wenn sie auf die Anzeige hin hierherkommen, auch meistens wieder weiter wandern müssen. Anscheinend ist es der Firma nur darum zu tun, immer frische Arbeitskräfte zur Hand zu haben. Unsere Kollegen haben verucht, die von der Firma beschäftigten Leute zu sprechen und mit ihnen gemeinsam gegen diese Praktiken vorzugehen; leider ist das bisher gescheitert. Um jedoch der schwarmartigen und arbeitselendlichen Firma den Zufluss von frischen Arbeitskräften abzuhindnen, warnen wir alle Kollegen, auf die Schule der Firma einzugehen. Wo Maurer nach Nordhausen (oder auch nach Nienburg) gesucht werden, hat man es sicher mit Sievers & Co. zu tun; bei dieser Firma sollte jetzt aber kein Kollege um Arbeit nachfragen.

### Gau Magdeburg.

Die Sparte über das Geschäft des Herrn Baumer in Gardelegen, der den Maurern zumindest, seine Submissionsfunden auszubauen, konnte mit vollem Erfolge beendet werden.

### Gau Straßburg.

Der Unternehmer Schüttler in **Straßburg** weigert sich, den vertraglichen Lohn zu zahlen. Er führt Arbeiten an der Manteufelsfaerne aus, die bestreitig geplant worden sind.

### Fliesenleger.

Crefeld. Die hiesigen Fliesenlegerfirmen wollen den für das Plattenlegergewerbe in Rheinland und Westfalen abgeschlossenen Tarifvertrag nicht anerennen. Die Kollegen haben bestreitig den Streit beschlossen. Es handelt sich nur um zwei Geschäfte mit 18 Kollegen.

### Die Bautätigkeit im ersten Halbjahr 1908.

#### Gau Berlin.

Der Gau umfaßt den größten Teil der Provinz Brandenburg und die daran liegenden Teile von Polen, Westpreußen, Mecklenburg und der Provinz Sachsen.)

Im Wohngebiet Groß-Berlin ist die Bautätigkeit im ersten Halbjahr noch weiter bedeutend zurückgegangen. Dieser Rückgang ist nicht nur in der privaten Bautätigkeit

zu versprechen, deren Wirtschaft ja jedem in dem Mangel an Geld und in der alles erschütternden Wirtschaftskrisis bekannt sind, sondern wir müssen auch einen Rückgang der staatlichen — und kommunalen Bautätigkeit konstatieren. Aber wenn auch allein Beteiligten die geringere Beschäftigung täglich recht deutlich vor Augen tritt, so ist es in einem so großen Wirtschaftsgebiet doch schwer, den Grad der verminderten Bautätigkeit einwandfrei in Zahlen auszudrücken. Hier dürfen uns die Zahlen der in Krankenanstalten versicherten Maurer einer der Wirtschaftstätigkeiten nahe kommende Grundlage dienen, wenn man den Prozentsatz der doppelt Versicherten davon abzieht. Leider erkennt auch hier der Mangel einer Zentralisierung der Krankenanstalten im Bereich Groß-Berlins eine umfassende Weitwirkung.

Uns stehen nur die Zahlen der Berliner Ortskrankenkasse der Maurer, der freien Hilfskasse "Grundstein zur Einigkeit", Bahnhofskasse Berlin und der Bauhandwerkerkasse zur Verfügung. Die Zentralkrankenkasse "Grundstein zur Einigkeit" steht aber in allen bedeutenden Orten des Lohngebietes Bautstellen und viele Berufsschulen sind in anderen freien Hilfskassen und in Orts- und Gemeindekassen versichert. Die Zahl der in diesen Kassen versicherten Kollegen dürfte nicht viel geringer sein, wie die in den ersten genannten drei Kassen. Für den Vergleich kann nur das erste Quartal 1907 herangezogen werden, da im zweiten Quartal der Streit viele Berufsschulen zur Abreise veranlaßt hatte. Danach waren verschert:

Kasse	1. Quartal 1907	1. Quartal 1908	Weniger gegen 1907
Ortskrankenkasse der Maurer	5574	4018	1561
Grundstein zur Einigkeit, Bahnhofskasse Berlin	7113	6258	855
Bauhandwerkerkasse	2142	2110	32
Zusammen	14829	12881	2448

Wir glauben annehmen zu können, daß in den übrigen in Frage kommenden Kassen die Zahl der Versicherten in gleichem Maße zurückgegangen ist. Im zweiten Quartal ist die Arbeitslosigkeit nicht geringer abgezogen, so daß wir annehmen können, daß die Zahl der im Lohngebiete beschäftigten Kollegen um circa 6000 hinter den in den vorhergehenden Jahren Beschäftigten zurückliegt. Diese Ansicht wird durch das Resultat der regelmäßig vorgenommenen Bautenkontrollen gestützt.

Von dem Grade des Rückgangs unterrichten auch die beiden nachfolgenden kleinen Tabellen:

#### A. Baugenehmigungen in den ersten beiden Quartalen der Jahre 1906, 1907 und 1908.

	Bauauftrag			Bauauftrag					
1906	1907	1908	1906	1907	1908				
1. Quartal ..	1495	1800	1700	129	187	124	47	27	11
2. „	205	1748	1456	163	107	124	31	12	—
Zusammen ..	3878	3548	3155	292	254	248	78	39	—

#### B. Fertiggestellte Neubauten in den ersten beiden Quartalen der Jahre 1906, 1907 und 1908.

	Bauauftrag			Bauauftrag					
1906	1907	1908	1906	1907	1908				
1. Quartal ..	189	165	109	147	62	47	64	36	19
2. „	205	160	—	61	39	45	10	13	—
Zusammen ..	394	325	—	208	161	92	74	49	—

Der Leiter des Statistischen Amtes der Stadt Schöneberg sagt hierzu im ersten Quartalsbericht 1908: "Trotzdem das erste Quartal in der Regel die höchste Zahl an Baugenehmigungen aufweist, waren die diesmal weniger zahlreich, als in irgend einem Quartal des vorhergehenden Jahrzehnts. Eine Zunahme der Bautätigkeit wird also auch für die nächste Zukunft nicht zu erwarten sein."

Wann und ob bald eine Besserung eintreten wird, ist zur Zeit noch nicht zu sagen. Vorläufig sind die Wetterzeichen äußerst ungünstig, das Baumaterial ist noch sehr knapp und teuer. Aus dem Bericht des "Berliner Verlins-Grundstücks- und Hypothekenfamiliens" für den Monat August geht hervor, daß die große Geschäftsstelle auf dem Hypothekenmarkt immer noch anhielt. Geld fehlte namentlich für erste Stellen und größere Abschläge. Für zweite Stellen waren größere Kapitalien angeboten, doch nur zu schwierigen Bedingungen erhältlich. Der Grundstücksmarkt lag ebenfalls still. Die erschwerte Kreditbeschaffung hemmte die Bautätigkeit, und Bauten und Terrains blieben nach wie vor angeboten.

Dazu kommt, daß in fast allen zum Lohngebiet gehörenden bedeutenden Orten die Zahl der leerstehenden Wohnungen zunimmt. Uns stehen zur Zeit nur die diesbezüglichen statistischen Zahlen der Stadt Berlin zur Verfügung. Danach belief sich die Gesamtzahl der unvermieteten Wohnungen auf 16 833, gegenüber 18 107 am Anfang des vorigen Jahres; es ist somit eine Zunahme von 3246 oder 24,77 p.M. zu verzeichnen. Für die mit Gewerberäumen nicht verbundenen Wohnungen ergibt sich eine Zunahme von 12 385 auf 15 290, das ist um 2846 p.M. Die Größengliederung des Angebotes von mit Gewerberäumen nicht verbundenen Wohnungen zeigt eine Biersäufstümmerkeit der kleinen Wohnungen von ein bis zwei Zimmern (12 670 = 82,86 p.M.), während der Anteil der Mittelwohnungen mit drei bis vier Zimmern ein Neuntel (11,62 p.M.), der der größeren Wohnungen mit fünf und mehr Zimmern 5,52 p.M. beträgt.

Als Zeichen für eine Besserung der Lage auf dem Baumarkt sprechen nur wenige Momente. Es lief vor einigen Wochen eine Melbung durch die Presse, daß die Bemerkswerte für 1909 große und bedeutende Lieferungen abgeschlossen hätten. Anderseits stehen die Baumaterialien im Preise recht niedrig, wodurch bei manchem die Bauplast angeregt werden dürfte. In der ersten Hälfte des Monats März 1908 kosteten Hintermauersteine erster Klasse ab Platz das Tausend 81 bis 88, in der zweiten Hälfte

des Monats Juli 1907 ab 21 bis 22, und zur selben Zeit dieses Jahres ab 18,75 bis 20,50.

Die zweitgrößte Stadt unseres Gaus ist Bremen. Hier ging die Bautätigkeit im bevorzugter regender Weise zurück. Nach dem Ergebnis der Bautenkontrollen wurden im August 1906: 1191, 1907: 1119 und 1908: 601 Gefallen beschäftigt. Die städtischen Bauten geben den Bollendung entgegen und bieten nur noch einzelfachen Beschäftigungen. Die private Bautätigkeit hat ganz bedeutend nachgelassen, insbesondere, sind die sogenannten Bauplatzschulden fast gänzlich verschwunden. Baugelder sind immer noch nicht unter 8 bis 8½ p.M. zu haben. Dazu kommt, daß hier die Baumaterialien sehr teuer sind, was durch die Gründung eines Ringes der Biegelieferanten und Materiallieferanten verursacht ist. Um wieviel die Bautätigkeit nachgelassen hat, geht aus folgender, aus amtlichen Veröffentlichungen kommender Zusammenstellung hervor. Danach wurden errichtet:

Bebauungsjahr	Hauptgebäude	Nebengebäude	Unter der Gesamtzahl
			Bauh.-gebäude mit Wohnungen
1902/1903	91	31	84
1903/1904	112	54	126
1904/1905	131	66	124
1905/1906	136	51	161
1906/1907	102	28	107
1907/1908	79	29	87

#### Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

**Schriftentersand:** Mit dem "Grundstein" ist zugleich an die Zweigvereine versandt worden:

- das Verbandsjahrbuch für 1907;
- "Hochbaujahrbuch und Wirtschaftskritis", eine Schrift von M. Schipper;
- "Erhebungen bei den Sommers- und Winterbauten im Jahre 1906", herausgegeben von der Centralcommission für Bauarbeiterstudie;
- die Agitationsschriften, soweit sie nicht als beigefügte Sendung abgegangen sind.

**Zweigvereine:** die diese Schriften mit dieser Sendung nicht erhalten haben, müssen davon sofort Mitteilung machen.

**Verbandskalender:** immer noch sind einige Zweigvereine nach den Kalenderveröffentlichungen im Rückstand. Soweit sie überaupt noch auf Kalender reflektieren, müssen die Veröffentlichungen jetzt sofort aufgegeben werden.

**Sterbegeld:** darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Mit bei diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu übersenden:

- das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung auszuzahlen ist.

**Unterstützungs-Anweisungen:** wurden in der Zeit vom 7. bis 19. September für folgende Mitglieder erteilt:

Herrn Lauinger-Dresden (Frau), Verb.-Nr. 16 036; Adolf Tröhling-Nürnberg, 16 6061; Aug. Steinnes-Hannover, 32 142; Dr. Palatal-Berlin (Frau), 9985; H. Richter-Dresden (Frau), 19 078; Dr. Künne-Potsdam (Frau), 24 561; W. Ludwig-Stadtburg, 102 159; C. Umbach III-Café, 58 494; W. Ludwig-Stadtburg, 102 159; Dr. Schröder-Wiesenburg (Frau), 18 1978; Johann Großmann-St. Johannis, 394 960; C. Herbolds-Halle, 25 397; Dr. Wehling-Duisburg, 65 041; Ab. Kraus-Mannheim, 17 770; G. Weininger-Nürnberg, 16 8904; Heinrich Schulz-Hamburg (Frau), 28 107; R. Blaigt-Wilsbad, 107 511; G. Weidenhammer-Halle (Frau), 30 7848; Hermann Wolff-Berlin, 75 557; Franz Franke, Deutz-Bilbao, 21 0659; Jul. Giese-Berlin, 98 366; Herm. Giese-Guben (Frau), 75 421; Heinr. Hecht-Lingen, 27 780; A. Abel-Düsseldorf, 18 3222; Aug. Ludwig-Glogau, 11 981; Dr. Böhl-Karlsruhe (Frau), 28 6884; A. Küster-Bremen, 61 503; Dr. Fiedrich-W. Pösen, 44 218; Joh. Kerber-W. Pösen (Frau), 44 188; A. Albrecht-Genthin (Frau), 22 859; O. D. Clausius-Dresden (Frau), 133 825; W. Schrode-Mainz (Frau), 40 611; Otto Mühlberg-Erfurt (Frau), 101 116; H. Heinemeyer-Hameln, 231 108; W. Höh-Karlsruhe (Frau), 131 778; Al. Müller IV-Mannheim, 285 300; Al. Siegmund-Ludermünde (Frau), 105 072; K. Richter-W. Phys., 184 015; M. Schwab-Billingen, 98 236; W. Behrens-Hamburg, 26 280; Aug. Schmidt-Caputh, 68 175; Heinrich Schröder-Bremervörden, 66 789; G. Brüning-Mannheim (Frau), 261 910; G. Müller-Hannover, 31 381.

**Geldsendungen** für die Hauptklasse sind nur an den Kassierer J. Küster, Hamburg I, Beseckendorfstr. 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Poststück anzuzeigen, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 15. bis 21. September 1908 sind folgende Beiträge eingegangen:

#### a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

Annaberg M. 140, Alsfeld 200, Aue 200, Blankenburg u. Herz 400, Celle 883,40, Cöln 1400, Chemnitz 800, Coburg 400, Goldberg 200, Dößnitz 350, Eissenwerda 50, Erfurt 350, Grimma i. S. 175, Gottsberg i. Sch. 140, Gronau 250, Halle 700, Harburg 100, Hörde 250, Henndorf 130, Hünfeld 400, Kiel (Neumann) 10, König 250, Krödien 100, Langenbach 150, Mannheim 1000, Mülheim-Oberhausen 700, Rosenthal 100, Neuhausen 100, Nordenham 300, Oberglogau 22, Pölsdorf 800, Rehau 200, Schmölln 100, St. Johann 300, Weißstadt 200, Werder a. d. H. 500, Würzburg 400, Wittstock 61,30, Weissenfels 8, Badische 65.

#### b) Für Futterale.

Celle M. 2, Göttsberg i. Sch. 1.

#### c) Für Kalender.

Bergedorf M. 15, Flensburg 25, Erfurt 50, Göttsberg i. Sch. 10, Mannheim 100, Ronneburg 12,50, Nordenham 25.

**Vom Verbandsvorstande bestätigt** sind die neu gewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die in vorher Woche das Wahlstimmabstimmung eingetragen haben und denen nicht dreifach eine andere Mitteilung geworben ist.

**Als verloren gemeldet** sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Paul Wolf II-Breslau (Verb.-Nr. 16 384), August Schöpp-Müdensburg (32 298), Albert Käfer-Herne (63 810), J. B. Fuchs-Nagensburg (366 018), Albert Carl-Badenheim (405 489), Jos. Chrzan-Chemnitz (426 902), Oskar Fräulein-Hamburg (203 288), Anglo Stella-Dagen (Karte-Nr. 4615), C. Scharenberg-Gelsenkirchen (Karte-Nr. 18 879), W. Dieck-Frankfurt a. M. 10, Paul Kämpe-Dortmund (108 597), August Lagan-Darmstadt (168 412), Aug. Adler-Berlin (268 054), Hans Weber-Nürnberg (304 799), Otto Möbius-Gedern (359 191), Ant. Wittemann-Künsberg (438 798), Willi Schulze-Wiehenfeld (447 976), Jul. Süd-Görlitz i. P. (75 341), Heinr. Schwab-

Grüneberg i. P. (75 342), Soj. Schwitz-Dirschel (37 978), Gust. Stütze II - Freyhan (69 905), Ed. Weller-Werbach (142 680), R. Stöpp - Leipzig (384 330), Otto Lauter - Elsterwerda (387 621), Aug. Hohenauer-Nordhausen (398 261), R. Heßlitz-Gumminen (405 126), Karl Franz-Königsberg i. Pr. (Karte-Nr. 3477), Dopo Giovanni - Karlshafen (Karte-Nr. 11 205), Eug. Stell - Stuttgart (Karte-Nr. 14 346), Ant. Hüflinger - Coblenz (219 379), Otto Haupt-Mittweida (278 652), P. Belling-Berlin (316 712), W. Neumann-Berlin (375 150), W. Düwell-Münch (38 780).

**Warning.** Der am 14. Januar 1886 zu Merseburg geborene Maurer Paul Sander (Mitgliedskarte Nr. 9878) hat sich am 25. Juli 1908 in Halle a. d. S. die Mitgliedschaft in unserem Verbande dadurch verloren, daß er Tatsachen, die seine Aufnahme nicht zuließen, verbreitlichte. Seine Mitgliedschaft wird hiermit aufgehoben; die Mitgliedskarte ist ihm abzunehmen.

Ausgeschlossen sind auf Grund § 87 b des Statuts vom Zweigverein Kiel: E. Orlitz (Werb.-Nr. 146 309), R. Orlitz (146 632), Röderham: Gustav Ramm (457 233), Heinrich Hahne (472 060), Johann Klusmann (501 566), Friederich Kubmann (125 867), Robert Jäger (101 780), A. Lange (398 312); Röslau: Otto Krüger (182 755).

Aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Zweigverein Wörrum: Gustav Lippelt, geboren am 31. März 1870 zu Bremenhaven, August Kohl, geboren am 11. Juli 1885 zu Broichhafen; Düsseldorf: Hermann Eberlein, geboren am 25. Juni 1870 zu Essen (Werb.-Nr. 184 493), Theodor Wulf, geb. am 1. Dezember 1870 zu Stuttgart (275 28).

Kollegen, denen der Aufenthaltsort des Genannten bekannt ist, werden erachtet, den betreffenden Zweigvereinen oder eine Mitteilung zu machen.

#### Der Verbandsvorstand.

#### Bekanntmachungen der Gauvorstände.

##### Gau Berlin.

In sehr vielen Zweigvereinen unseres Gaues können nur an den Sonntagen Versammlungen abgehalten werden. Um nun alle Vereine — soweit sich die Notwendigkeit ergibt und soweit rednerische Fertigkeiten zur Verfügung stehen — von der Herbsttagstätigkeit zu entfesseln, hat der Gauvorstand noch für eine Reihe von Vereinen Sonntagsversammlungen angeordnet.

Zu diesen Versammlungen soll daselbe Thema behandelt werden, das für die vom Verbandsvorstande ausgeschriebenen Versammlungen der geschlossenen Agitationstouren vorgesehen ist, nämlich: "Wirtschaftliche Krisen, ihre Ursachen und Wirkungen".

Auch diesen Versammlungen soll eine Haussagitation, verbunden mit der Verbreitung eines Flugblattes, vorausgehen. Außerdem soll der Zweigvereinsvorstand vor jeder Versammlung mit den Rednern und mit dem Referenten eine Sitzung abhalten, in der über wichtige Fragen der Organisation, der Agitation und der Verwaltung beraten werden soll.

Wir ersuchen die Zweigvereinsvorstände und die Mitglieder, für das Gefüge der Agitation und für den guten Besuch der Versammlungen rechtzeitig Sorge zu tragen. Referenten sind die Kollegen: Max Anton, Karl Gercke, Karl Göhlke, Otto Haufe, Karl Haeze, Willy Kersten, Martin Kraft, Herm. Krüger, Emil Lehmann, Otto Lehmann, Willy Lamm, Otto Marek, Richard Marks, Heinrich Meiss, Fritz Mülak, Karl Siegemann, Emil Thoms, August Wartenberg und Albert Wulf.

#### Versammlungen.

##### Sonntag, den 27. September.

Wiesenthal	nachm. 3 Uhr	Mühlenbeck	nachm. 8 Uhr
Wittenwerder	"	Niedersdorf	"
Brückmühle	"	Schönwiese i. d. M.	"
Gr.-Bären	"	Strausberg	"
Gr.-Schönebeck	"	Wanne	"
Herzelde	"	Witten	"
Oranienburg und	"	Werneuchen	21
Gemeindorf, in	"	Wensickendorf	"
Oranienburg	8		

##### Sonntag, den 4. Oktober.

Barenh.	vorm. 9½ Uhr	Erkelenz	nachm. 8½ Uhr
Golßen	nachm. 3	Schöppenstedt	vorm. 11
Heelis	vorm. 10½	Hegermühle	nachm. 8
Betzig.	nachm. 4	Kropstädt und	"
Butow	vorm. 10	Bahnh. i. Bahna	2
Müncheberg	nachm. 3	Wittenberg und	"
Friedersdorf	vorm. 10	Witrow	in
Storlow	nachm. 3½	Witrow	vorm. 11
Gr.-Döben	vorm. 9½	Wolfsdorf	nachm. 2
Leupis	nachm. 3	Driesen	"
Wusterhausen	vorm. 10	Griebeberg	"
Dreis.	nachm. 3	Hintersee	"
Gevelstein	vorm. 10		

##### Sonntag, den 11. Oktober.

Angermünde	nachm. 3 Uhr	Rehlin	nachm. 2 Uhr
Annaburg	"	Kremmen	"
Görlitz	"	Altmark	"
Guttau-Plaßlow	"	Lieberose	"
Güstebiese	"	Wittstock	"
Gransee	"	Lindow	"
Gr.-Neuenhof	"	Uebel	"
Herzberg	"		

##### Sonntag, den 18. Oktober.

Lychen	nachm. 2½ Uhr	Ortrand	nachm. 1½ Uhr
Karlsruhe	"	Bläse	"
Mittenswalde	"	Brenden	"
Neuhardenberg	"	Briestere	"
Neuzelle	"	Oderberg	"
Neuwieg	"	Gabelberg	"

#### Sonntag, den 25. Oktober.

Reppen	nachm. 8 Uhr	Sehbar	nachm. 2 Uhr
Rheinsberg	"	Soldin	"
Salsdorf	"	Sonneburg	"
Sandow	"	Teltow	"
Schönwalde-Spr.	"	Elsterwerda	"
Schwedt	"		

#### Sonntag, den 1. November.

Templin	nachm. 8 Uhr	Wiesenburg	nachm. 2 Uhr
Teichendorf	"	Bielenz	"
Treuenbriken	"	Büttstädt	"
Velten	"	Bosien	"
Wies	"	Germendorf i. d. M.	"
Wilsnac.	"		

#### Der Gauvorstand. I. A.: H. Silberschmidt.

##### Gau Hamburg.

Außer den in voriger Nummer des "Grundstein" bekanntgegebenen Versammlungen finden solche noch in den nachbenannten Orten statt. Auch in diesen Versammlungen soll das Thema: "Wirtschaftliche Krisen, ihre Ursachen und Wirkungen" erörtert werden. Die Versammlungen sollen Mitgliederversammlungen sein und als außerordentliche Generalversammlungen bezeichnet werden. Nichtmitglieder können eine Einberufung der Versammlungen in Sachen des Zweigvereinsvorstandes. Zur Befähigung darf es sich empfehlen, sogenannte Laufschritte herstellen zu lassen und jeden Mitglied ins Haus zu bringen. Der Referent ist seitens des Zweigvereinsvorstande mitzuteilen, in welchen Lokal und zu welcher Tageszeit die Versammlung stattfindet.

Referent: Paul Meienburg, Hamburg 21, Osterheldstr. 34, Hs. 6, 2. Et.

Burgholz	Sonnabend, 8. Oktober, abends 8 Uhr
Bevensen	Sonntag, 4. Oktober, nachm. 4
Gifhorn	Sonntag, 11. Oktober, nachm. 4
Winzen	Sonnabend, 17. Oktober, abends 8
Wisch	Sonntag, 18. Oktober, nachm. 3
Reinbek	Sonnabend, 24. Oktober, abends 8
Kirchmöller	Sonntag, 25. Oktober, nachm. 4

Referent: Fr. Altona, Herderstr. 11, 2. Et.

Pinneberg	Sonnabend, 8. Oktober, abends 8 Uhr
Boizenburg	Sonntag, 4. Oktober, nachm. 3
Barrien	Sonntag, 11. Oktober, nachm. 3
Wittenburg	Sonnabend, 17. Oktober, abends 8
Hagenow	Sonntag, 18. Oktober, nachm. 3
Schwartzenbek	Sonntag, 25. Oktober, nachm. 4

Referent: G. Brodtkuhu, Kiel, Fährstr. 24, Zimmer 14.

Holtenau	Sonnabend, 8. Oktober, abends 6 Uhr
Heilendorf	Sonntag, 4. Oktober, nachm. 4
Hümm.	Sonnabend, 10. Oktober, abends 8
Heede	Sonntag, 11. Oktober, nachm. 4
Witzen	Sonnabend, 17. Oktober, abends 8
Meldorf.	Sonntag, 18. Oktober, nachm. 4
Marne	{ Sonntag, 25. Oktober, nachm. 4 }

Referent: Aug. Steiniger, Hamburg 1, Bebenbinderhof 56.

Obelskoe	Sonnabend, 8. Oktober, abends 6 Uhr
Mölln	Sonntag, 4. Oktober, nachm. 4
Moordorf	Sonntag, 11. Oktober, "
Wedel.	Sonnabend, 17. Oktober, abends 8
Obenwälder	Sonntag, 18. Oktober, nachm. 4
Schnelsen	Sonnabend, 25. Oktober, abends 8

Ref.: Wilhelm Koch, Hamburg 1, Bebenbinderhof 56.

Brunsbüttel	Sonnabend, 8. Oktober, abends 8 Uhr
Bramfeld	Sonntag, 4. Oktober, nachm. 4
Trittau	Sonntag, 11. Oktober, "
Stellinghausen	Sonnabend, 17. Oktober, abends 8
Wunder	Sonntag, 18. Oktober, nachm. 4
Groß	Sonnabend, 24. Oktober, abends 8
Gernröhrde	Sonntag, 25. Oktober, nachm. 8

Referent: Hugo Kober, Hamburg 1, Bebenbinderhof 56.

Grabow	Sonnabend, 26. Septbr., abends 8 Uhr
Neubaus a. d. Elbe	Sonntag, 27. Septbr., nachm. 8 Uhr
Süderbrarup	Sonntag, 4. Oktober, abends 8
Sonneborn	Sonntag, 11. Oktober, abends 8
Kappeln a. d. Schlei	Sonntag, 1. Novembr., nachm. 4
Bremervörde	Sonnabend, 7. Novembr., abends 7½
Dönits.	Sonntag, 8. Novembr., nachm. 8
Tondern	Sonnabend, 14. Novbr., abends 8
Schrebeck	Sonntag, 15. Novembr., nachm. 8
Dötlingen	Sonntag, 16. Novembr., abends 8

Referent: Wilh. Danne, Altona.

Ödensen	Sonntag, 4. Oktober, nachm. 4 Uhr
Ödelsdorf	Sonntag, 11. Oktober, "
Öditz	Sonntag, 18. Oktober, "
Öditz	Sonntag, 25. Oktober, "
Zort.	Sonntag, 26. Oktober, "

Der Gauvorstand. I. A.: Hugo Kober.

##### Gau Nürnberg.

Außer den in voriger Nummer des "Grundstein" ausgeschriebenen Versammlungen finden solche noch in den nachbenannten Orten statt, für die das dazelle gilt, was für die übrigen Versammlungen in der Bekanntmachung des Verbandsvorstandes gefragt ist.

U. Engelhardt, Würzburg, Juliuspromenade 8.	Sronach	Somstag, 11. Oktober	{ vorm. 10 Uhr
Kulmbach			
Bayreuth		Montag, 12. Oktober,	abends 6
Heimbach		Dienstag, 13. Oktober,	7
Groß a. Saale		Mittwoch, 14. Oktober,	7
Nebau		Donnerstag, 15. Oktober,	8
Gels.		Freitag, 16. Oktober,	7

Der Gauvorstand. I. A.: Joh. Merkl.

#### Berichte.

##### Angefreute Kästnerer.

Der Kästner L. Kippenhan hat in seiner Eigenschaft als Kästner der Bahnstelle Heddeshem, Zweigverein Mannheim, M. 48,50 Haftpfänden und M. 32,16 Haftpfändgelder unterstellt. Kippenhan wurde dafür am 19. August von dem Amtsgericht Weinheim zu acht Tagen Gefängnis verurteilt.

Der Kästner E. Herbold, Kästner der Bahnstelle

Daggersheim, Zweigverein Mannheim, hat M. 117,90 Haftpfänden und M. 55,89 Haftpfändgelder unterstellt.

Herbold wurde dafür am 3. September von dem Amtsgericht in Ludwigshafen zu zehn Tagen Gefängnis verurteilt.

\* \* \*

Berlin. (Sektion der Gips- und Zementbranche). Die Sektion hält am 18. September in den "Neuen Armeimallten" eine gut besuchte, außerordentliche Generalversammlung ab, um zu den Tarifverhandlungen mit der Organisation der Unternehmer Stellung zu nehmen. Wie der Vorsitzende, Kolleg Haeze, ausführte, haben die Unternehmer in ihrer Versammlung am Mittwoch, den 9. September, einen neuen Verband für das Betonbaugewerbe gegründet, in dem sich die namhaftesten Beton- und Eisenbetonbaugeschäfte unter dem Namen "Verband der Berliner Beton- und Eisenbetonbaugeschäfte" zusammengefunden haben. Dieser Verband hat nun in einem Schreiben an unsere Sektion beantragt, mit ihnen zwecks Abschluß eines Tarifvertrages für das Betonbaugewerbe zu verhandeln. Durch Annahme dieses Antrages wird eine Trennung des bestehenden Tarifvertrages vorgenommen, da bis jetzt für alle, in der Gips- und Zementbranche beschäftigten Kollegen nur ein Vertrag mit dem Berliner Verband vereinbart ist. Der Gips- und Zementbranche gehörten die Kollegen aus der Sektion gehörten, obwohl sie selbst nicht im Tarifvertrag vorgesehen waren. Die Kollegen für die Annahme des Vorschlags der Sektion zu stimmen, obgleich die Sektion zu diesem Zeitpunkt die Arbeitslosenrate an der Spitze der Branche betrachtet, ferner die Zahl der Arbeitslosen in der Sektion von 5 bis 7 Uhr abends, unter Berücksichtigung seiner Invaliditätsrate zu kontrollieren. Dieser Vorschlag hat, vom Tage der Annahme an gerechnet, für das Jahr 1908 auf sechs Wochen rückwirkend Kraft, so daß also die Kollegen, die bis zur 30. Beitragswoche in diesem Jahre bereits jenseits einer Arbeitslosenrate von 5 bis 7 Uhr abends arbeitslos geworden sind, von der 30. Beitragswoche an die Arbeitslosenrate erhoben werden. Die aus der Kasse der Sektion zu zahlenden Beitragsmarken werden nur vom Kästner der Sektion gestellt. Ferner macht der Vorsitzende bekannt, daß im Oktober die Wahlen des Beiräts zum Geschäftsführer in Berlin stattfinden, und da in diesem Jahre zum ersten Mal nach dem System der Verhältniswahl gewählt wird, ist es wichtig jeden Kollegen, der in Berlin wohnt oder arbeitet, daß er sich an dieser Wahl beteiligt. Als Kandidat zum Beiräts zum Geschäftsführer einstimmig nominiert. Hierauf erfolgt Schluß der Versammlung.

Chemnitz. Am 15. September fand hier eine gut besuchte öffentliche Maurerversammlung statt. Über "Die Bedeutung der Aflordarbeit für die Arbeiter" referierte Kollege Richard Koch aus Leipzig. Er ging in seinem Vortrage alle die schädlichen Begleit- und Folgeerscheinungen der Aflordarbeit in Baugewerbe durch. Aflordarbeit führt zu unregelmäßiger Arbeitslosigkeit, besonders zur Nichtbehandlung der

**Darmstadt.** Am 10. September tagte hier eine außerordentliche Versammlung des Zweigvereins. Kollege Schäfer berichtete über die Verhandlungen des Verbandsstages; und Kollege Delp referierte über die Statutenänderungen und Kommissionsschlüsse. Aus den Referaten konnte man ersehen, daß die Verhandlungen zum Wohl der Organisation geführt wurden. Hierauf referierte Delp über: "Die nächsten Aufgaben der Organisation und Agitation". Dünndacht bedauerte er, daß die Versammlung so schlecht besucht sei, obwohl um 4 Uhr Feierabend sei und die Unternehmer den Kollegen nichts in den Weg legen könnten. Aber den Kollegen fehle es an Nutzen; sie wollten dadurch, daß sie weiter arbeiten, Vieh sind bei den Unternehmern sein. Diese Zustände müßten anders werden, sonst seien die Kollegen der Spielball der Unternehmer; das sehe man an dem Verhalten zweier hiesiger Firmen, bei denen die Kollegen den ganzen Tag getrieben werden. Auch den Fall der Griechenheimer Kollegen an der neuen Schule berührte Delp; diese Kollegen seien durch ihr Verhalten mit ihrem Lohn von 46,- auf 42,- heruntergekommen. Die Kollegen müßten sich aufzutragen und geschlossen zusammenziehen. Weiter sei für den 5. Oktober eine Agitationsversammlung vorgesehen, in der Gaukeller Merkel aus Nürnberg spricht. Schon jetzt müßten die Kollegen für Waffenbesuch agitieren. Unter "Beschleidet" wurden die Kollegen Delp und Merkel als Delegierte zu der am 20. September in Offenbach stattfindenden Kartellkonferenz gewählt. Sodann wurde die von 100 Kollegen besuchte Versammlung geschlossen.

**Donaueschingen.** Samstag den 12. d. M. hieltte im "Schwan" in Altmühlshofen eine gut besuchte Bauarbeiterversammlung ab. Kollege Stehle aus Singen hielt einen Referat über: "Die gegenwärtige Lage der Bauarbeiter, und wie ist diesbezüglich zu verbessern?" Redner legte in seinem nahezu einstündigen Vortrage die traurige Lage, in welcher wir uns befinden, die Kritik, und wie die Unternehmer dieselbe ausführen, klar und wies dann darauf hin, daß auch in hiesiger Gegend es notwendig ist, daß die Organisation festen Fuß setzt. Der Vortrag sowie die Ausführungen der Kollegen Ihl aus Singen und Bernauer von hier wurden mit Beifall aufgenommen. In der Diskussion wurde auf Antrag des Kollegen Gärtner beschlossen, vorläufig eine Zollstelle zum Zweigverein Singen zu bilden. Als Vertreter aus Singen wurde Genosse Bernauer, als weitere Verwaltungsmitglieder die Kollegen Gärtner und Deierlein gewählt. Zum Schluß forderte Kollege Stehle alle Anwesenden auf, eifrig für die Organisation einzutreten und mit allen Kräften dafür zu agitieren. Beiträge werden jeden Sonntag vormittag von 9 Uhr ab im "Schwan" in Altmühlshofen eingesetzt, woselbst vorläufig auch der "Grundstein" in Empfang genommen werden kann:

Anschließend an obigen Versammlungsbericht möchten wir kurz auf die Zustände, wie sie in Donaueschingen liegen, hinweisen. Wie ja auch im "Grundstein" schon darauf hingewiesen wurde, ist fast die halbe Stadt abgebrannt, so daß gegenwärtig die Aufräumungsarbeiten im vollen Gange sind und auch teilweise mit dem Wiederaufbau begonnen wird. Das in gegenwärtiger Zeit Arbeiter aus allen Himmelsgegenden nach hier kommen, ist selbstverständlich; doch aber auch mitunter Elemente kommen, die es sonst nirgends aushalten, ift eben selbstverständlich. Darum haben wir uns veranlaßt, eine Versammlung einzuberufen, damit sich die Kollegen lernen und Gelegenheit erhalten, ihren Verpflichtungen nachkommen zu können. Da die Logis hier nur schwer oder gar nicht zu erhalten sind, so müssen die Kollegen oft über eine Stunde Weges von und zu der Arbeitsstelle zurücklegen. Die Löhne betragen für Maurer 40 bis 45,- pro Stunde, ein Lohn, der in diesem Orte kaum zum Notwendigsten ausreicht. Der Mangel an allem macht sich jetzt, nach der Brandkatastrophe, noch fühlbarer denn je, zumal Donaueschingen schon vorher als teurer Ort bekannt war. Die Unternehmer werden auch ihl alles versuchen, um die Löhne so niedrig wie möglich zu halten. Leider hat auch schon das Kolonialenforschungssystem hier Fuß gefaßt, und es sollen auch organisierte Kollegen, die aus dem badischen Unterland zugereist waren, dabei beteiligt sein. Alles, was Bauarbeiterdienst anbelangt, ist noch im argen. Die Behörde hat während der kommenden Bauzeit vollaut zu tun, wenn die Unfallverhütungsvorschriften und ministerielle Verordnungen eingehalten werden sollen. Den zugereisten Kollegen und den etwa noch zu reisenden möglichen wir ans Herz legen, sich bei ihrem bisherigen Zweigverein anzumelden und nach hier in den oben erwähnten Volks anzumelden. Versammlungen werden alle vierzehn Tage abgehalten.

Zu b d i s c h e n O b e r l a n d ist, wie von den Orten in anderen Gegenden berichtet wurde, ebenfalls ein bedeutender Rückgang der Bauteiligkeit zu verzeichnen. In den aufstrebenden Industriestädten Singen und Radolfzell wurden diesen Sommer über kaum die Hälfte der in den letzten Jahren beschäftigten Maurer und Baubürosleute beschäftigt. Die ledigen Kollegen zogen es vor, die Gegend zu verlassen; die benachbarte Schweiz bot etwas bessere Arbeitsgelegenheit. Die Kollegen, die gewungen waren, am Orte zu bleiben, konnten in den Landorten bis jetzt Beschäftigung erhalten. Obgleich es überall nicht an deutscher Arbeitern mangelte, zogen es einzelne Unternehmer vor, Italiener einzustellen, und die deutschen Kollegen konnten aussehen, wie diese Elemente, die weder für die Organisation zu gewinnen sind, noch sonst sich an eine gerechte Arbeitswelt gewöhnen wollen, ihnen die Arbeit vor der Nase wegnahmen. In dem Neueren Industrieort Ulm-Mielingen, direkt an der Schweizer Grenze gelegen, wurde diesen Sommer auch ein Schulhaus gebaut. Die Schulschaffungen liegen vor, wie im allgemeinen, viel zu wünschen übrig. Die Unternehmer rütteln die Krise so gut wie möglich aus. Die wenigen Bauten, die ausgeführt wurden, wurden einfach zusammengetusst. Zeitlebens wurden kleinere Häuser an eine Partie Bildner (d. h. unorganisierte) in Aufford gegeben. Die Arbeit, die so hergestellt wurde, spricht jeder Beschreibung. In einem Bau mußten die Auffordmänner ihre Arbeit gleich, nachdem sie aufgemauert war, putzen; in solcher Weise war das einen Stein starke Mauerwerk hergestellt. An einem anderen Neueren Wohnhaus mit Ökonomiegebäude wurde eine Stallwand auf den bloßen Räumen betoniert, ohne nur

einen Spatenstich Fundament auszuheben. Es ist allerdings nicht zu verwundern, daß solche Dinge vorkommen; denn tüchtige, gelehrte Maurer sind den Landmauermeistern zu teuer, zumal bei den Submissionsen noch bis zu 14,- abgeboten wird, folglich muß man sich mit Pauschalen behelfen, mit Leuten, die jedem Stein seine drei vorbehaltensmäßigen Streiche geben müssen, bis er fügt. So und ähnlich steht es noch an anderen Orten aus. Bauhafen gibt es nur in den seltensten Fällen; Verbandzeug ist keines zu erhalten. Dabei wagen es noch jüngste Künstler von Maurern, Kollegen, die sie aufzufordern, der Organisation beizutreten, und im Punkt Gewissenswürde usw. gewissenhafter zu arbeiten, beim Krauter zu denunzieren, als Faulenzer hinzustellen, wenn sie nicht mit ihrer Wurststiel einverstanden sind. Die Auffordmäler und D. und Co. werden Baulücken mögen sich dieses eingerissen sind, haben auch unsere organisierten Kollegen mitverhürdelt. Anstatt die nichtorganisierten Kollegen aufzufordern, die Organisationen, bestimmt man sich nicht darum; ja, teilweise wird mit diesen Elementen noch die Freundschaft gesplungen. Wenn die Unternehmer in Zukunft nicht mit uns machen wollen, was ihnen beliebt, d. h. den Lohn verkürzen sollen, so ist es höchste Zeit, daß sich die Kollegen aufzutragen, die Versammlungen besser besuchen und gemeinsam an der weiteren Ausgestaltung der Organisation mitarbeiten. Eue deshalb jeder seine Pflicht!

**Fulda.** Wenn unsere Kollegen etwas von Fulda hören, so wird es ihnen schon schwärz vor den Augen, besonders denen, die aus hiesiger Gegend in der Fremde weilen. Das

Ödium, das auf unserer Gegend lastet, ist einsteils bestreitig. Hier ist es den Gewaltarten der Finsternis, den Feinden der arbeitenden Klasse mehr als in irgend einem andern Orte von gleicher Größe und Bedeutung gelungen, die Wahrheit zurückzutragen. Die gewerkschaftliche und politische moderne Arbeiterbewegung ist noch schwach und jung; was aber die Hauptstädte ist, sie ist jetzt wenigstens vorhanden. Lehns- und Arbeitsverhältnisse sind dementsprechend erbärmlich zu nennen, daher auch überall ein stummes Sehnen nach Hilfe. Nun hat man ja hier seitens des Profitmachers diese Gefahr rechtzeitig erkannt, hat geeignete Subjekte angestift und reicht viele Papageien gequält. Diese beziehen naturgemäß ihre ganze geistige Nahrung aus der Deliktsfahnenhandlung von M. Gladbach und helfen nun grammophonartig die ortsübliche öffentliche Meinung zu fabrizieren.

Die wahre, alleinstigmachenden christlich-socialen-nationalen usw. Gewerkschaften werden hier in den höchsten Tonarten befürwortet und als sicheres Altheilmittel zur Hebung des Arbeitervolkes angepriesen. Diese Nellane hat auch früher einmal gezogen. Doch mit Phrasen läßt sich kein Hunger stillen. Unmittelbar fühlt es mancher, dessen Denk- und Urteilsvermögen nicht vollständig erloschen ist. Doch stellt ihnen gegenwärtig die Zeit zum entschlossenen Handeln nicht geeignet, Furcht und Angst herrschen noch zu viel. Der ursprüngliche ortsübliche Herdentrieb steht noch sehr tief, es rückt sich einer noch zu viel nach dem anderen. Keiner will der erste, ein jeder der letzte sein. Es fehlt an starken Charakteren. Der Drud der Jahrhunderts ist zur Gewohnheit geworden. Für Einheimische mag letzteres als Entschuldigung gelten für Fremde aber nicht. Trotzdem muß man oft das traurige Schauspiel erleben, daß augereiste und hier selbst gewordene Arbeiter, die draußen in der modernen Arbeiterbewegung tätig waren, hier ihren Herden und ihre Schatztruhenfamilie (der Mantel nach dem Winde hängen) hervorbrechen und aus übertriebenem Besitznisss die Porte des Rücktritts sind. Auch unsere Kollegen, die draußen in der Fremde ganz anders sind, als in der Heimat, können hier oft leider zusammen und tragen ihre Lebensezierung wohlhabend im tiefsten Winter ihres Innern. Zur Entschuldigung hört man dann von ihnen: Ja, hier ist's nun einmal so! Hier ist nichts los! Nichts zu machen! Bei wem soll man sich denn annehmen? Zu wem kann man denn gehen? Wohin seine Beiträge schicken? Ich bekomme Streit in der Familie! Das ganze Dorf spricht darüber! Ich bekomme Heimhaft! Die ledigen Kollegen sagen: Wenn es bekannt wird, daß ich dem „roten“ Verband angehöre, dann kann sie mein Mädchen mehr mit mir ab usw. usw. Die Verherrlichen sagen: Ja, wenn ich noch lebig wäre, dann ließe ich es mir gefallen! Da wäre ich gleich dabei, ja aber – die Frau! Auch habe ich ein Haus, Ader, Bieb und dergleichen. Auf dem und jenen bin ich angewiesen und der läßt mich im Stich, sobald es er herausträgt. Es geht nicht mehr! Auch das viele das Maurerhandwerk als Nebenberuf betreibende und in der Haupstadt handwirkt sind, spielt eine große Rolle. Sehr viele haben die Ausrede, daß sie bald Hammer und Selle zur Seite legen und sich auf dem Gute ihrer Väter ihr Auskommen verdanken würden. Wenn es uns aber vergrößert sein sollte, noch zwanzig Jahre zu leben, so könnten wir diese Kollegen noch immer als Maurer antreffen und könnten von ihnen immer dieselbe Ausrede hören. Daß die jetzigen Zustände reformbedürftig sind, geben sie ohne weiteres zu. Sie fühlen auch, daß die Verarmung trotz allem Fleiß immerwährend fortsetzt, daß der Abstand zwischen Armut und Reichtum immer größer wird. Daß sich das gesamte werktätige Volk gegen solche und gerechte Zustände wehren muß, ist ihnen ohne weiteres klar; auch daß man sich dazu mit seinen Schätzgenossen vereinen, organisieren muß. Ja, wenn sie alle so dächten, wenn sie alle handelten, dann hätte ichs auch. So liegen sich noch viele Ausreden und Lamenti niederschreiben, aber die angeführten mögen genügen. Kollegen! Auf einer Höhe fällt kein Baum! Judentum sei so alter und ironischer. Alle diese Gründe sprechen nicht gegen, sondern für die Organisation. Helft endlich einmal zur Befestigung dieser schmackhaften Zustände beitragen. Ihr, die Ihr kein weiteres Eigentum mehr habt, als Eure Arbeitskraft, Ihr habt zu allerhöchst die Pflicht, mitzuarbeiten. Aber auch Ihr, die Ihr noch so glücklich seid, Ader und Bieb Euer eigen zu nennen, lernt endlich einsehen, daß dadurch Euer ganzes Dasein mit langer und harter Arbeit ausgefüllt wird. Die unendlichen Mühen, die Ihr mit Euren Frauen und Kindern in der Wandschaffung aufwendet, kommen lediglich den reichen Profitmächtern zu gute; denn sie können Euch dafür um so schlechter entlohnen. Sie sparen höhere Löhne für Euch, die sie unbedingt an nichts bezogene Proletarier auszahlen müssten. Bei der zumeist wettenden Entfernung vom Arbeitsort ist die Arbeitszeit viel zu lang. Abends zu Hause an-

gesommern, gehts hier noch einmal los. Zum Verkehr wird meistens das Fahrrad benutzt, dessen Unterhaltung bei der tagtäglichen Benutzung in Wind und Wetter auch manche Unkosten erfordert. Diese Schilddungen und Aufmunterungen gelten nicht nur für Fulda, sondern auch für diesen näheren und weiteren Umgebung, Schlußtern, Gersfeld, Herxheim, Lauterbach, Söhlk, Alsfeld usw. Wie die Dinge nun einmal hier liegen, ist uns die Abhaltung von größeren Versammlungen vollständig unmöglich. Teils des Kleinstädtischen, landlichen Charakters wegen, teils der anderweitigen Hindernisse, die man der aufwärtsstreben Arbeiterbewegung von allen Seiten in den Weg legt. Unsere ganze Organisationsarbeit muß deshalb in Kleinarbeit befehlen, die aber desto energetischer und intensiver betrieben werden muß. Wenn so ein jeder, der mit den heute bestehenden ungerechten Zuständen nicht einverstanden ist, seine volle Schuldigkeit tut, so können wir getroffen in die Zukunft schauen. Gar manche der erwähnten Bezirke hat eine Zukunft, z. B. Neuhof mit seinem Kaliviert und Elm mit seiner Bementz. Neuhof usw. Es dürfte uns daher in absehbarer Zeit gelingen, durch vernünftige, planmäßige Zusammenarbeit aus den jetzigen Zuständen ein freieres Fulda zu gestalten zum Wohl der in hiesiger Gegend so zahlreich wohnhaften Kollegen sowie des Gesamtarbeiterverbundes. Alle in der Fremde weilennden Kollegen, die im Winter nach Hause zurückkehren, wollen sich beim Untergehöten anmelden, damit sie im Laufe des Winters ihre Zeitung erhalten können.

Nikolaus Schmitt,

Am Bahnhof 36, 2. Et., gegenüber dem Kornhaus.

**Hamburg.** Der hiesige Zweigverein hielt am 10. September seine Versammlung im Gewerkschaftshaus ab. Das Andenken der verstorbenen Kollegen Schmidt, Gogold, Grümmer, Wächmann, Hitler und Hormann wurde in der üblichen Weise geehrt. Den seit längster Zeit erkrankten Kollegen A. B. und K. wurde eine einmalige Unterstützung von je 50,- gewollt. Den Bericht vom Verbundstage in Hannover erfaßte eingehend Kollege Gehde. In der Diskussion erwähnte Hense, daß der Hauptvorstand bei Abschluß des Tarifvertrages gegen das Statut verstoßen habe, man müsse sich deshalb nicht wundern, wenn auch einmal die Zweigvereine diesem Beispiel folgen werden. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen wußt Redner aber zugeben, daß unter den gegebenen Verhältnissen der Hauptvorstand nicht anders handeln konnte. Wenn nun dem Ausgang des Berliner Lohnbewegung die Hauptfahndung an dem gegenwärtigen Zustand beigegeben werde, so darf man aber nicht verlernen, daß von bestimmter Stelle stets vorbergegeben wurde, die Berliner müssen unter allen Umständen mit der Verkürzung der Arbeitszeit unter neun Stunden voran. Ebenfalls konnte sich Redner mit dem § 37 Absatz 3 des Statuts nicht einverstanden erklären, daß bei Vergessen gegen die Verbandsinteressen, außer Ausschuß bei mildern Umständen nunmehr auch Geldstrafen verhängt werden können. Er sei Gegner der Errichtung eines Verbandsbaus. Schröder war mit dem weiteren Feind von langjährigen Tarifverträgen, ist weiß durch die Gefahr nahe liege, daß die Kollegen einschlummern, wodurch der Organisation nicht gedient ist. Der Leipziger Kollege Böllig war mit dem Vorstand einverstanden und sprach seine Freude über die Ruhe und Sachlichkeit der Versammlung aus. Ihm sei es nicht möglich gewesen, den Leipziger Kollegen einschließlich zu machen, daß unter den augenbläßlichen Verhältnissen der Hauptvorstand nicht anders handeln konnte, doch ergänzte kurz die Ausführungen Gehdes und er wünschte, wenn auch auf dem Verbundstage die Gemüter nicht stark aufeinander geplagt seien, so wären sich darüber alle Redner klar, daß nur die Einigkeit uns über alle Hindernisse hinwegführen könne. Hafke stimmte ebenfalls dem Vorgehen des Vorstandes in bezug auf die Lohnbewegung zu, konnte sich aber nicht mit der Befafung des § 37 Absatz 3 des Statuts einverstanden erklären. Harms machte die Berliner Kollegen in Schutz, und war der Ansicht, wenn wir bei der letzten Lohnbewegung den Kampf gewagt hatten, wäre es uns nicht besser ergangen. In seinem Schlussworte ging Kollege Gehde ausführlich auf alle erhobenen Einwendungen ein und ermahnte die Kollegen, nunmehr geschlossen am weiteren Ausbau der Organisation mitzuarbeiten. Zu dem am 10. Oktober in sämtlichen Räumen des Gewerkschaftshauses stattfindenden Stiftungsfest wurde beschlossen, dieses mit einem Unterhaltungsstund zu verknüpfen. Als Eintrittsgeld soll nur für Herren 30,- erhoben werden. Über die augenscheinlich vom Zweigverein verhängten Sperren berichtete Hartwig. Bei dem Unternehmer Zeidler waren unsere Kollegen durch die fortgesetzte Schikanierung und das Verbot der Führung einer Budde am Bau gezwungen, von dem Mittel der Arbeitseinstellung Gebrauch zu machen. Die Versuche, die Baustellen von Arbeitswilligen rein zu halten, sind leider nur vier Tage gelungen, indem dann die Mitglieder der "Freien Vereinigung" die Budde befestigten, wodurch der Vorstand verschafft und später auch die Verammlung ihre Einwilligung gegeben hat. Wie aus dem in "Hamburger Fremdenblatt" veröffentlichten Bericht zu entnehmen ist, ist die Sperre als unverdächtigt erklärt. Ob man nun auf jener Seite glaubt, dadurch den verübten Streikbruch in anderem Lichte erscheinen zu lassen, ist kaum anzunehmen. Darüber werde auch die "Freie Vereinigung der Maurer Hamburgs" nicht hinwegkommen, daß sie nach den vorliegenden Beweisen den gelben Gewerkschaften gleich zu raten ist, nur mit dem Unterschiede, daß sich letztere frei zum Streikbruch beklagen, während sich die "Freie Vereinigung" noch in der Offenheitlichkeit hingestellt befehlt, als habe sie den Klägerlamp auf ihre Fahne geschrieben. Die Sperre wurde aus diesem Grunde als zwecklos erachtet. Wegen Nichtzahlung der Löhne mußte die Sperre verhängt werden über die Staatsbauten der Unternehmer Quast, Meier in Oldendorf und über die Bauten der Firma Krämer in Wandsbek. Differenzen find vorhanden bei der Firma Kiene, Schulhausneubau, Postmannstrasse. Dort hat der Polizei Schanz die Arbeiter als Zwischenmeister in Oldendorf übernommen und treibt die Kollegen zu immer intensiver Arbeitsleistung an; auf die Qualität der Arbeit wird nicht Obacht gegeben. Nur wenn ein Bauaufseher kommt, dann heißt es: "Er kommt, Jungen dienst mägen!" Weitere

Sperren befinden über die Stettiner Chamoitegeleßhaft und den Zweichenmeister der Plattenfirma Carlsten & Janzen.

**Kiel.** Mittwoch, den 16. September, tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, die erfreulicherweise gut besucht war. Der Referent, Kollege Körber aus Hamburg, handelte in einem anderthalbjährigen Bertrag das Lehrlingswesen. Er beleuchtete in genügender Weise, wie gerade in unserem Beruf die Lehrlingszüchterei betrieben wird. Es sei dem Unternehmer nicht um ordnungsgemäße Ausbildung der Lehrlinge, sondern lediglich um die billige Arbeitskraft zu tun. Durch Zahlenbeispiele wurde nachgewiesen, daß in allen Gauen den Gesellen prozentual an viel Lehrlinge gegenüberstehen, so daß trotz der jüngeren Lehrzeit von einer praktischen Ausbildung nicht die Rede sein kann. Weiter wurde angeführt, daß auch auf theoretischem Gebiet viel zu wünschen übrig sei. Nach Tagessatz und Arbeit seien die Sätze abgestimmt und der Lehrling sei nicht mehr im Stande, sich noch in den späteren Wirkungsstunden mit vergleichenden Sachen zu befassen. Der Lehrlingsausbeuterkontrakt entgegengetreten sei nicht so leicht, aber bei gutem Willen der Kollegen könnte man doch Mittel und Wege zur Abhilfe finden. So müßte z. B. der Zweichenmeister in ständiger Führung mit dem Gesellenausflugsmittel der Handwerksmänner stehen. Ferner sollte man auf den Arbeitsplätzen den heranwachsenden jungen Mann nicht weiter behandeln, sondern ihn in allen Sachen aufzulärnen ver suchen, wie zum Beispiel über Bauarbeitergeschäft und die erste Löhne bei Unfällen. Auch auf politischem Gebiet müßte man versuchen, den Lehrling schon frühzeitig für uns zu gewinnen. Dies alles könne man einen jungen Mann leicht beibringen. Am Schluß seiner Rede krönte reicher Beifall den Redner. Aber nicht damit allein war die Sache abgetan, sondern Worte sollten zur Tat werden, und auf einen Antrag des Vorstandes wurde eine siebenjährige Kommission gewählt. Dieselbe wird sich mit der Gründung einer Lehrlingsorganisation zu beschäftigen haben. In der weiteren Tagesordnung wurde die Abrechnung vom Stiftungsfest herleiten, die mit einem Defizit von M 109 abgeschloß. Dasselbe wird aus der Volksstiftung gedeckt. So dann wurden die beiden Kollegen Olsiver nebst Sohn wegen Streitbrücks ausgegeschlossen. Einem Kollegen, der seit Jahren von einem unheilbaren Leiden betroffen wurde, wurde von den Verantwortlichen eine sofortige Unterstützung von M 150 zu teilen. Des weiteren wurde ihm ein Weihnachtsgeschenk von M 100 in Aussicht gestellt. Hierauf wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

**Leipzig.** Am 8. September tagte hier eine Mitgliederversammlung. Kollege Busch gab den Bericht vom Verbandstage und führte folgendes aus: Auf diesem Verbandstage ging es leider nicht zu, als sonst. Der Bericht hat teils schon in der Presse gestanden, aber es ist möglich der Mitglieder, sich ein Protokoll zu kaufen, damit man alles genau verfolgen kann, was dort geschlossen wurde. Die Extrabeiträge müssen bis Oktober beglichen sein, andernfalls der Ausfall erfolgen muß. Die Untertrichtskurse sollen bestehen bleiben; auch können einzelne Kollegen an der Parteischule teilnehmen, wenn sie die nötigen Kenntnisse besitzen. Ferner sollen im Herbst Agitationssitzungen stattfinden. Die Geschäfte der Beamten sind wieder auf dem Verbandstage geregelt worden. Die Wahlen zum nächsten Gewerkschaftsrat werden so geregelt, daß Leipzig und Dresden zusammen einen Delegierten wählen. Die Arbeitslosenmänner sollen in Zukunft lokal geregt werden. Die hiesige Leitung wird beauftragt, in dieser Sache eine Tabelle auszuarbeiten und der nächsten Versammlung vorzulegen. Wenn auch nicht alles nach unserem Wunsche dort ausgeflossen ist, kann man doch sagen, daß der Unwill der Kollegen auch Gehör gefunden hat, der in Zukunft anders verfahren werden soll. Da nun der Verbandstag in der Tarifangelegenheit gefragt hat, treten die drei Delegierten dafür ein, sich den Beschlüssen zu fügen, und in Leipzig den Tarif zu unterschreiben. Die Kollegen verließen allmählich den Saal, und als abgekündigt wurde, fand sich noch keine Mehrheit für die Unterschrift. Der zweite Punkt mußte auslassen, da die Zeit vorgezeichnet war. Den Mitgliedern wird noch das Jahrbuch der deutschen Maurer von 1907 empfohlen.

**Eggenburg.** Am 15. September tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, die mittelmäßig besucht war. Kollege B. Mariashoff berichtete von der letzten Kartelltagung. Dabei kam die Sekretariatsangelegenheit zur Sprache. Unsere Vertreter erklärten, daß der Beitrag, der bisher gezahlt wurde, weiter gezahlt werden muß. Sie wünschten aber, daß bis zum 1. April 1909 eine gleichzeitige Auflösung aller Gewerkschaften herbeigeführt wird. Dann erstattete der Vorsitzende den Bericht vom Verbandstage, den die Kollegen mit Beifall entgegennahmen. Nach einer Aussprache über die Agitation zu den allgemeinen Versammlungen und über die Tätigkeit der Baudelegierten erfolgte Schlüß der anstehenden Versammlung.

**Lüken.** Sonnabend, den 12. dieses Monats, tagte unsere Mitgliederversammlung, die einberufen worden war, um den Bericht vom Verbandstage entgegenzunehmen. Der Delegierte, Kollege Eigentz aus Marstrandsstadt, war auch rechtzeitig benachrichtigt worden, aber er teilte uns auf einer Karte mit, daß es Sonnabends keine Zeit habe, wir sollten die Versammlung Sonntags abhalten. Die Versammlung war darüber recht unwillig. Die Kollegen meinten, daß sich der Delegierte nach dem Zweichenmeister richten müsse, aber nicht dieser nach ihm. Aber die Mitglieder warteten nicht allein auf ihren Delegierten, sondern auch auf ihren Vorsitzenden, der es aber vorgog, zu ruhen, statt zur Versammlung zu kommen. Nun hätte doch eigentlich derstellvertretende Vorsitzende eingetreten müssen, aber er glänzte ebenso wie der erste Vorsitzende durch Abwesenheit. Auch der Schriftführer fehlte, so daß von der ganzen Verwaltung nur eine Person in der Versammlung war, und das war der Kassierer. Es ist eine alte Tarifzusage, daß die Lücker Maurerorganisation ein Schmerzenkind in der Bewegung der amliegenden Ortschaften ist; wenn nun aber solche Zustände herrschen, daß die Vorstandesmitglieder den Versammlungen fernbleiben, so kann man behaupten, daß wir die Ursache der möglichen

Zustände in der Verwaltung zu suchen haben. Kollegen am 10. Oktober findet nun wieder unsere Mitgliederversammlung statt; es ist nun zu wünschen, daß sich die Kollegen etwas besser daran beteiligen; denn es ist eine Schmach, wenn von 140 Mann nur 20 die Versammlungen besuchen. Die große Mehrzahl unserer Kollegen scheint auch noch nicht zu wissen, welches unser Berufs- und Verbundungsrecht hier in Lüken ist; denn sonst müßte doch das Arbeitersklafino vor den Mauern besser unterstehen. Hoffentlich ändern die Lücker Kollegen ihre Meinungswenigkeiten etwas und wenden sie mehr der Arbeiterbewegung zu.

**Memmingen.** Unser Zweichenmeister hielt Sonntag, den 18. September, eine außerordentliche Versammlung ab, die gut besucht war und in der Kollege Birnheimer aus München über die gegenwärtige Lage der Bauarbeiter referierte und Bericht über den Verbandstag zu Hannover erstattete. Der Referent führte in anderthalbjähriger Rede den Kollegen die gegenwärtige Lage klar vor Augen; auch der Bericht über den außerordentlichen Verbandstag wurde mit großem Interesse aufgenommen. Der Vorsitzende dankte dem Redner für seine Ausführungen.

**Witten a. d. R.** Den Kollegen zur Nachricht, daß sich unser Lokal nun wieder auf der alten Stelle, im neu erbauten Gasthofe des Genossen Haberland, Schmiedestraße 10, befindet. Die Kollegen werden erfreut, nur hier zu verbleben. Am 4. Oktober findet die Einweihung des neuen Lokals statt.

**Würzburg.** Mittwoch, den 16. d. M., tagte unsere regelmäßige Versammlung, die leider wie immer nur schwach besucht war. zunächst fand die Wahl des ersten Vorsitzenden statt, die notwendig war, weil unser Kollege Böller den Ort verließ. Gewählt wurde Kollege Bient. Hierauf erstattete Kollege Weitthal den Bericht vom Verbandstage, der mit Interesse von den Kollegen entgegengenommen wurde. Alle waren mit der Haltung ihres Delegierter zu den wichtigsten Beschlüssen einverstanden. Zu der Gaukonferenz wurde als Delegierter der Kollege Bient gewählt. In "Verschiedenes" wurden die Kollegen aufgerufen, die Befestigung auf Jahrbuch, Kalender und Protokolle zu machen, die jedoch nur im beschöndeten Maße erfolgte.

**Würzburg.** Am 18. September tagte hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung, die gut besucht war. Kollege Paeplow aus Hamburg hielt einen sehr lehrreichen Bertrag über das Thema: "Die Arbeiter als Klasse", der sehr leidlich aufgenommen wurde. Hierauf machte der Vorsitzende einige Mitteilungen; besonders warnte er bei dem Bauunternehmer Kaspar Böttler in Arbeit zu treten, weil dieser an zwei Kollegen M 71,50 fälligen Lohn nicht zahlen konnte. Auf der Geschworensitzung wurde unserem Geschworenen gesagt, daß wiederholte Pfändungen bei Böttler erfolglos waren. Bei einer Sperrre, die am 2. September über die Kaufmann Kratz & Cie. verhängt werden mußte, ist der Kollege B. Müller von Randerfaden in Arbeit gekommen. Die Sperrre konnte nach 24 Stunden wieder aufgehoben werden. Der Zweichenmeister hatte sich dann noch mit dem Kollegen Müller beschaffen müssen, weil sein Verhältnis unsatisfaktoriell war und die mitschuldigen Kollegen empört hat. Hierauf stellte der Zweichenmeister an der Versammlung den Antrag: "Vor den starken Maßnahmen gegen Müller wird Abstand genommen, doch wird sein Verhältnis anlässlich der Sperrre bei Kratz stark missbilligt, und es wird ihm eine Rüge erteilt." Der Antrag fand einstimmige Annahme. Zur Kenntnis der Versammlung wurde ferner gebracht, daß alle Kollegen, die bis zum Schluß des dritten Quartals ihre Extrabeiträge noch nicht bezahlt haben, wegen Schulden gestrafen werden. Mit dem Appell, auch die nachfolgenden Versammlungen recht zahlreich zu besuchen und in der Agitation nicht zu erlahmen, wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

### Isolierer und Steinhalzleger.

**Leipzig.** Um mißverständliche Auffassungen vorzubeugen, berichtigt der Vorstand den Bericht in der vorigen Nummer des "Grundstein" dahin, daß den Streifenden in Celle M 300 in zwei Raten von je M 150 als Unterstützung zugesandt worden sind.

### Bentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 13. bis 19. September sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Berlin M. 1000, Wilhelmsdorf h. Berlin 300, Werder a. d. B. 250, Mühlendamm 200, Groß-Büschfelde 200, Erkelenz 100, Wiesenburg i. d. M. 100, Södby (Bez. Halle) 100, Alt-Wiesien 100, Torgelow 100, Wittenau h. Berlin 100, Schwerin 100, Königsberg i. Pr. 100, Lindow i. d. M. 100, Summa M. 2800.

Zuschüsse erhalten: Halle a. d. Saale M. 400, Straßburg i. Elsass 100, Quedlinburg 100, Hörde 100, Grafschaft 100, Bierfeld 50, Summa M. 850.

Altona, den 19. September 1908.

Karl Reiß, Hauptfaktorier, Wilhelmstr. 57.

### Zur Beachtung.

Die Formulare zur Aufstellung der Abrechnung des britten Quartals I u. II M. 1000 und II zum Statut sind an die örtlichen Verwaltungen verordnet worden. Sollten diese in einer Verwaltungsstelle nicht eingetroffen sein, so erzählen wir uns sofortige Nachricht. Der Vorstand. J. A. C. Reiß.

### Vom Bau.

#### Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

**Dinslaken.** Auf den Baustellen des Unternehmers freudlich ereignete sich Sonnabend, den 19. September, ein bedauerlicher Unfall. Zur Herstellung eines Kanals für eine Dampfheizung, mußte eine Baugruben von 4 m Tiefe ausgeschachtet werden. Neben der Baugruben befand

sich eine alte Mauer, die, wie sich nachher herausstellte, einem Gewölbe als Widerlager diente. Nach der Freilegung dieser Mauer gab sie dem Druck des Gewölbes nach und begrub den Maurer Willy Eder unter sich. Eder erlitt einen Armbruch, Schläfenbeinbruch und mehrere schwere Kopfverletzungen. An seinem Aufkommen wird gesagt.

**Hörde.** Ein schwerer Unfall ereignete sich am 15. September d. J. an dem Fabrikneubau an der Hermannshütte, den die Firma Peters & Möller von hier ausführt. Der Bau besteht nur aus den Umfassungsmauern, von denen man eine Seitenfront und den Giebel an der Chausseestraße hochgeführt hat. Der Teil des Giebels ist nun eingestürzt, wobei ein älterer Arbeiter, der unten beschäftigt war, von den herabstürzenden Trümmern erschlagen wurde. Der Letztdraht der elektrischen Straßenbahn wurde ebenfalls durchgeschlagen, sowie eine große Spiegel Scheibe eines gegenüberliegenden Geschäfts. Der Unfall hätte noch größere Folgen haben können, wenn er etwas später, beim Schichtwechsel, erfolgt wäre. Es ist überwundener, daß die Baupolizei sich um den Bau nicht schon früher gekümmert hat. Die Mauer stand völlig frei; denn Verbindungsmauern sind nicht vorhanden, dazu war das Gerüst, auf dem gearbeitet wurde, viel zu schwach. Ein Schlagfest an der Außenfront war nicht vorhanden. Die betreffenden Mauern, die nicht organisiert sind, arbeiten größtenteils in Altdorf. Da die die Vorschriften eingehalten werden müssen, ist klar, ebenso daß von diesen Leuten die tatsächlich festgelegte Arbeitszeit nicht innegehalten wird. Elf Stunden und noch mehr sind dort üblich. Herr Peters ist Vorsitzender des Arbeitgeberverbands der Ortsgruppe Hörde. Er ist aber stets bemüht, den Tarif zu umgehen. Unzufriedene Maurer will er nicht beschäftigen, jedenfalls aus dem Grunde, weil für die Errichtung auf den Baustellen sorgen. Wie weit er mit seinen unorganisierten Mauern kommt, sieht er ja jetzt. Kürzlich hat sich das Haus des Herrn Schlegel, wo ein Giebel unterfangen werden mußte, bedeutend gesenkt und grobe Misserfolge bekommen, so daß Dänen und Fenster nicht mehr geschlossen werden konnten. In den letzten Jahren ist es wiederholt zu Unfällen respektive Einstürzen bei genannter Firma gekommen, wobei es Tote und schwer Verletzte, gegeben hat. Bei der unzureichenden Kontrolle, die seitens der maßgebenden Instanzen geübt wird, läßt sich dies leicht erklären. Würden aus den Reihen der Bauhandwerker Baustellentreuhänder gemacht, so würde mancher Unfall verhindert werden.

**Elze.** Am 16. September waren Zimmerer damit beschäftigt, am Wirtschaftsgebäude der Kaffeehaus den Dachstuhl aufzuführen. Der Zimmerer Hans Frederick, geboren am 11. November 1884 in Dänemark, wollte einen Spaten über dem Treppenplatz etwas herumlegen. Hierbei stieg das eine Ende des Spatens von der Mauer und rutschte den Zimmerer mit in die Tiefe. Frederick schlug in eine Höhe von 7 m auf die Treppenstufen, wodurch ihm der Schädel vollständig eingeschlagen wurde. Der Tod trat auf der Stelle ein. Es ist fast ein Wunder, daß nicht schon eher ein Unglück passiert ist, denn der Treppenplatz ist in der ganzen Höhe nicht abgedeckt. Und das an einem Regierungsbau! Was Wunder, wenn bei Privatbauten erst recht die Schutzvorschriften außer Acht gelassen werden. Hoffentlich wird der Firma Benecke, die den Bau ausführen, einmal klar gemacht, wo die Unfallverhütungsvorschriften liegen. Ebenfalls wäre eine Konstruktionslinie für den Baubauern der Regierung, die die Aufsicht führt, sehr am Platze; denn auch von der Seite müßte darauf gedrungen werden, daß man den notwendigsten Befestigungen zum Schutz der Bauarbeiter nicht so offenkundig hört.

**Kiel.** Ein Unglücksfall ereignete sich am 15. September, nachmittags gegen 4 Uhr, in Gardeau an dem Neubau der städtischen Mittelschule an der Preußen Chaussee. Die in diesem Frühjahr neu gegründete Kieler Beton-Gesellschaft führt dort den Eisenbetonbetrieb aus. Infolge einer Verlagerung beim Schütteln des Balcons stürzte die untere Decke bis zur Sohle des Kellerschlosses herunter. Die auf der unteren Decke abgestellte nächsthöhere Decke verlor dadurch ihren Halt und stürzte ebenfalls in die Tiefe, den Polier und vier Arbeiter mit sich reisend. Drei der Arbeiter haben außer einigen Hautabschürfungen keine nennenswerten Verletzungen erlitten. Dagegen müssen der schwerverletzte Polier und einer der Arbeiter mittels Sanitätswagens nach den Heilstätten geschafft werden. Die beim Bau beschäftigten Arbeiter beobachten übereinstimmend, daß die Ausführung der Decken ziemlich mangelfhaft vor sich gegangen ist; besonders sollen die Gipsdächer, die in Altdorf arbeiten, oft gezogen gewesen sein, die Schulung viel zu früh wieder zu entfernen. Die Spannweite der Decke betrug 6,80 m ohne Träger und war nur durch Betonunterstützung verhindert.

— Auf dem Bau des Maurermeisters Scheel in der Theodor Storm-Straße, ereignete sich Freitag, den 11. September, ein schwerer Unfall. Infolge Berichtsbruchs stürzte der Maurer Nielson und der Bauarbeiter H. Steen ab. Steen trug neben anderen schweren Verletzungen einen Bruch des Nasenbeins davon; Nielsen fiel auf ein Felder und rutschte sich den Oberarmknochen auf. Die beiden Verletzten wurden nach den Heilstätten transportiert. Vor kurzer Zeit war Steen an demselben Bau, durch mangelfhaftes Gerät, verunglückt.

\* Schätzbares Material ist es, was uns die Central-Kommission für Bauarbeiterchutz als Ergebnis der Erhebungen bei den Sommer- und Winterbauten im Jahre 1906 vorzunehmen ist. Die Erhebung im Juni umfaßte in 359 Orten 178 Baustellen, davon 326 auf den Staat und 330 auf Kommunalbehörden entfielen. Beschäftigt waren auf diesen Baustellen insgesamt 180.240 Arbeiter. Außerdem kontrollierte man noch 949 Werkplätze für Zimmerei, Steinbearbeitung usw. Von den mehr als 20 Fragen greifen wir nur einige heraus. Die Ergebnisse wurden in 7016 Fällen von

Mauern und Mauerarbeiten, in 860 Fällen von Zimmerern und in 195 Fällen nur von Mauerarbeitern hergestellt. Genügend brauchbares Gerüstmaterial hatte man auf 6921 Bauten, gute Gerüste, die zum Tadel keinen Anlaß gaben, aber nur 5208. Die Balkengerüste waren auf 1409 Bauten nicht abgedeckt. Auf 530 Bauten bediente man sich der Maschinen zum Materialtransport, in 119 Fällen benötigte man dazu tierische Kraft. Auf 2282 Bauten fehlten bei den Transportgerüsten die Geländer und Sockelbretter entweder ganz oder teilweise, auf 2197 Bauten hatte man keine Podeste errichtet. Ungenügende Leitern hatte man auf 1450 Bauten. Die berufsgenossenschaftlichen oder befördelichen Schutzzvorschriften waren auf 1718 beziehungsweise 2593 Bauten nicht ausgehängt, und nur auf 2552 Bauten haben die Arbeiter eine Kontrolle der Gerüste usw. durch die Baupolizei wahrgenommen. Auf 1448 Bau- resp. Betriebsplätzen war kein Faulwasser vorhanden, auf 481 aber kein Verbundmaterial. Auf 900 Arbeitsstellen war keine Bude vorhanden, 2630 Bauhuden hatten keinen Zubohden und 1075 weder Tische noch Bänke. Auf 610 Arbeitsstellen fehlte sogar die Abortanlage. Die Schweineei, die in dieser Hinsicht auch herrschte, geht um nur noch wenige Zahlen zu nennen, daraus hervor, daß von allen Arbeitsstellen nur auf 2758 die Aborten regelmäßig gereinigt und auf 1820 regelmäßig desinfiziert werden. Die Verkehrtshäuser, insbesondere

Die Erhebungen im November erstreckten sich auf 7833 Bauten in 331 Orten, worunter 298 Staats- und 815 Kommunalsbauten waren. 3797 Bauten befanden sich im Stadium des inneren Ausbaues. Von diesen waren nur 1756 provisorisch gedichtet. In 452 Bauten benutzte man Rotschlörz zur Heizung, und zwar brannten diese in 450 Häusern auch am Tage. In 2816 Bauten fehlte Verbundmaterial zur ersten Hülleistung, in 3986 eine Mittelstellung dazu. In 2244 Bauten hatten die Treppen, Laubfrüden usw. keine oder nicht genügende Geländer und Sodelsbreiter. Auch bei diesen Winterbauten fehlte auf 523 die Baubude, undicht Seitenwände hatten 1843 und undicht Bedachung 489 Buden; 756 Buden waren ohne Fenster. Auf 4867 Bauten hatten die Buden Heizgelegenheit, aber in 271 Häusern weigerte sich der Unternehmer Heizmaterial zu liefern. Auf 580 Bauten benutzte man den Keller zum Aufenthaltsort während der Bauten.

Eine besondere Darstellung ist den behördlichen Bauten gewidmet, auf die vielleicht noch einmal zurückgegriffen werden kann. Es steht ganz gewiß eine Menge Arbeit in dieser Publication der Bauarbeiterforschungskommission, und die britischen Zeitungen sollten darum nicht verschämen, es agitatorisch auszunutzen. Wir wollen aber auch aussprechen, daß das schwierigste hat. Es sind, wie gesagt, mehr als 150 große Seiten; die wollen erst durchgelesen und durchdacht sein. Darum halten wir es für richtig, wenn die Zentralkommission in Zukunft umfangreichen Druckschriften einen kurzen zusammenfassenden Auszug mit auf den Tag gibt, der auf die Bedürfnisse der Agitation zugeschnitten sein müßte. Man macht dann die Arbeit nur einmal, die zu hundertmal verübert werden muß.

\* **Submissionen.** Bei der Ausschreibung der Erd-, Raum-, Binner-, Betonierungs- und Mauerarbeiten für die Fundamente der Kohlenbrecher- und Kippanlage für das Städtische Elektricitätswerk in Herrenhäusern (Hannover) wurden folgende Offerente abgegeben: A. Dreicer M. 29 152,95,- R. Herren M. 28 157,99,- Baumhöf & Co. M. 30 825,54,- W. Küller M. 35 138,25,- Aug. Michaelis M. 25 066,25,- W. F. K. Lehmann M. 35 670,25,- Brodmann & Henning M. 24 264,25,- Aug. Dünne M. 27 554,25,- Kirchner & Merzel M. 34 973,54,- Bemethen-Alte-Gef. M. 34 700,25,- Olt & Hößl M. 33 928,30,- G. & J. Ilse M. 30 770,- Dr. Graefow M. 30 651,44,-

Aus Unternehmerkreisen.

\* Zum Tarifabschluss. Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe war am 16. September ein Rundschreiben an die ihm angegeschlossenen Verbände gerichtet, in welchem auf das Protokoll Bezug genommen wird, das den Verbänden bereits überfandt ist, wonach alle Verträge unter der Vorauflistung unterzeichnet werden sollten, daß auch die Verträge für Leipzig, Zena, (Gimmeze), Pirna, Salzungen und Enden nachdrücklich unterzeichnet werden und sämtliche Verträge als ein ganges anzusehen und von beiden Parteien zu lösen seien. In den vorgenannten Orten gelangten die Verträge nicht zum Abschluß, da die Arbeiterorganisationen sich weigerten, die Verträge anzuerkennen und zu unterschreiben. Die Situation war schwierig, da die Verträge nur in ihrer Gesamtheit genehmigt werden sollten und nicht ein einziger Vertrag hätte fehlen dürfen. Der Vorstand war sich aber darüber einig, daß die Anerkennung des langwierigen Einigungswerkes, die Genehmigung und Vollziehung der Verträge, nicht an der wörtlichen Aufrechterhaltung der protokollarischen Erklärung und an dem Verbleib einiger Arbeitgeberverbände und Babbstellen der Arbeiter scheitern dürfte.

Der Vorstand war einstimmig der Meinung, daß das Kollegium der Unparteiischen die Schiedssprüche nicht ändern und daß die in Betracht kommenden Verbände, der Einmifigkeit des Bundesvorstandes Neugründung tragend, ihre Proteste gegen die Schiedssprüche zurückziehen und die Tarifverträge obigkeiten werden. Das Kollegium der Unparteiischen hat die Revision der Schiedssprüche abgelehnt, wie aus einem Schreiben des Vorsitzenden des Berliner Gebergerichts hervorgeht. Der Bundesvorstand hält es für genügend, wenn diese fraglichen Verträge von den Bentralverbänden der Gewerkschaften unterzeichnet werden, und zwar im Hinblick darauf, daß die vertraglichseitenden Parteien sämtliche Verträge als ein Ganzes ansehen und gemeinsam an schulden gewillt sind. Wir richten deshalb an die beteiligten Verbände die dringende Bitte, der Einschaltung des Bundesvorstandes und der Besinnbarung der Renttarifverbände beizutreten und die riläufigen Verträge alleseitig abzuschließen und uns zur Genehmigung einzutragen.

Unter den eingereichten Verträgen befanden sich solche, welche mit außerhalb unseres Vertragsverhältnisses stehende Organisationen abgeschlossen sind und aus diesem Grunde nicht durch die Zentralverbände genehmigt werden konnten. Das Vertragsverhältnis unseres Bundes erfreut sich, worauf wir nochmals hinweisen, auf die drei Zentralver-

bände der Maurer, Zimmerer und Bauhülfssarbeiter Deutschlands und auf den Centralverband der Christlichen Bauhandwerker und Bauhülfssarbeiter Deutschlands. Die uns einzureichenden Verträge sind nur mit diesen Organisationen abgeschlossen.

Schließlich machen wir nochmals darauf aufmerksam, daß die weiterhin ablaufenden Tarifverträge drei Monate vor dem Ablaufstermin zu kündigen und auf der Grundlage des vereinbarten Vertragstextes und der dazu gehörigen protokollarischen Erklärungen zu erneuern sind.

Aus demselben Anlaß bringt die "Neugemerksamtheit"

Was die Arbeitgeber angeht der ununterbrochenen Kämpfe wünschten, war die Sicherung ruhiger Verhältnisse. Der Hauptvorteil für die Arbeitgeber liegt daher darin, daß überhaupt ein allgemeiner Friede geschlossen ist. Mit Recht kann man Arbeitskraftsverträge mit Handelskraftsverträgen vergleichen. Es ist besser, einen weniger guten Vertrag zu haben als gar keinen. Das Baugewerbe als Saisongewerbe, das mit bestimmten Fristen in der Ausführung seiner Arbeiten rechnet und sich oft Vertragsstrafen unterwerfen muß, bedarf mehr als andere beständiger Verhältnisse. Eine weiteren Verschärfung der Arbeitsleistungen soll nach den Verträgen dadurch vorgebeugt werden, daß dem Arbeitgeber eine angemessene Gegenleistung gegenüber stehen muß; auch ist die Stücklohnarbeit aus diesem Grunde aufrecht erhalten. Die auch den Arbeitgeber in den meisten Fällen unwillkommenen Überstunden sind in den nötigen Fällen zu leisten. Agitation darf während der Arbeit in deren Interesse nicht stattfinden. An der Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Organisation darf von keiner Seite Aufschluß genommen werden. Damit scheint ein gerechter Ausgleich in diesen die Gemüter leicht erkundigen Fragen gefunden.

Beide Parteien haben sich verpflichtet, ihren ganzen Einfluss zur Durchführung und Aufrechterhaltung der Verträge einzutun. Unter Handklopfen schieden sie voneinander. Die Vertragstreue wird den Arbeitnehmern in diesem Jahre leicht fallen, solange mehr Hände als Arbeit vorhanden sind. Sie wird sich erst an bewährte haben, sobald die Baumärkte besser werden, und erst dann wird man sehen, ob der Friedensschluss gebliebt, gemeint und ehrlich gehalten wird. Zu wünschen ist, daß die Arbeitnehmerorganisationen unversehrt bleiben und ihren Führern folgen. Besonders aber muß der Arbeitgeber noch sehr an Zahl zunehmen und sich festigen. Diesmal ist ihm die schlechte Wirtschaftslage sehr zu Hilfe gelommen. Weil er sich in der besseren Kampfstellung befand, reichte seine Kraft hin. Ob er nach Jahren, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse sich wahrscheinlich geändert haben werden, die nötige Stärke haben wird, wird von dem Gemeinwesen der Arbeitgeber selbst abhängen. Es ist nötig, daß unsere Reihen vollständig werden, denn am 1. April 1910 wird die Probe auf das Echtem gemacht werden, und wehe uns, wenn wir nicht stärker geworden sind, wenn der Friede, der dann vielleicht anderthalb Jahre gedauert hat, die Bauarbeiter Deutschilands allzu sehr in Sicherheit gewiegt und den Ausbau unseres Bundes verhindert hat. Die Überzeugung muss sich durchsetzen, daß es nicht billigen ist, dem Bunde fernzubleiben, aber an seinen Errungenschaften teilnehmen zu wollen. Gedacht muß mitsießen. Und wer es nicht tut, den lasse man üben, daß er sich selbst auftankt der Gemeinschaft. Wenn nach Ablauf der beiden Jahre sich starke Organisationen gegenübertreffen, dann wird das Bedürfnis und auch die Möglichkeit zum Frieden am stärksten sein. Sorgen wir dafür, daß es dann kommt und diesem ersten Frieden ein neuer, längerer Friede folge!“

Wir vereinen unsere Wünsche mit denen der „Baugewerks-Zeitung“, daß der Friede auch nach Ablauf der jetzt abgeschlossenen Verträge andauern möge, obwohl uns der Sinn ihrer Ausführungen kaum zu hoffen berechtigt, daß diese Wünsche erfüllt werden. Ebenso kritisch stehen wir der Beplutung gegenüber, daß sich die Unternehmer nach ruhigen Verhältnissen gefehlt hätten. Gewiß wünschten sie Ruhe; aber wie sie sich diese Ruhe dachten und wie sie herbeiführen wollten, das steht auf andern Blättern, besonders auf den Blättern des Geheimprotokolls. Doch diese Sache ist vorüber, und darum kann man auch die Rebedenarten veraffen. Wenn auch etwas verfehlt ausgeführter Angriff ist die Bemerkung, daß die Vertragstreue den Arbeitern nicht zwar leicht fallen würde, daß man aber erst abwarten müsse, ob sie auch in Zukunft gehalten würde. Die „Baugewerks-Zeitung“ hat bisher auf unsere Ausführungen über die Vertragsbrüche der Unternehmer nichts erwidert; soll dies etwa die Erwideration sein? Wir erinnerten in Nr. 36 an die unmäßigen Versuch der Unternehmer, bestehende Verträge zu umgehen und zu brechen, und stellten fest, daß

Die Führer anstreben und zu treiben, und meinten jetzt, daß die führenden Blätter des Arbeitgeberverbandes bisher kein Wort des Labels dagegen gefunden haben. Nun wäre die Befreiung des Tarifabschlusses wohl eine sehr passende Verteilung gewesen, um die Bundesmitglieder auf ehrliche Vertragsteuer zu verpflichten; aber statt dessen verdächtigten sie, ohne auch nur die kleinste Ursache dazu zu haben, die Arbeitgeber und stellte es so hin, als brennen diese förmlich darauf, vertragsschädig zu werden. Wenn sich die oben erläuterten Verluste der Unternehmer auch in Zukunft wiederholen, so braucht man sich darob' wahrlich nicht zu Sorgen.

Hervorzuheben wären aus diesem anscheinend offiziösen Bericht noch die Maßnahm, an dem Ausbau der Organisation eiterarbeiten. „Es ist nicht zu billigen, dem Bunde fernzubleiben. Jeder muss mitfelsen. Wer es nicht tut, in Lasse man fühlen, daß er sich selbst überhalb der Gemeinschaft setzt.“ Das heißt so, den behandle man als einen Gegner, als einen, der die Interessen seiner Berufskollegen schädigt. Wenn wir das sagen, so ist das staufwidriger Terrorismus. Wir wollen

aufrichtiger sein und wollen den Unternehmern keinen Terrorismus vorwerfen. Sie tun das, moeglich die harte Notwendigkeit jede wirtschaftliche Kampforganisation troeft.

\* Im Berliner Betriebsgewerbe hat sich eine neue Unternehmerorganisation gebildet. Sie läßt von sich sagen, daß sie auf dem Boden der Tarifverträge steht. Wir können das bestätigen und fügen hinzu, daß es sich bei der Gründung um ein tätisches Mandat handelt, dessen Spätz gegen die Arbeiterorganisation gerichtet ist. Näheres über die Abfertigungen werden wir bei den bevorstehenden Bewegungen im Berliner Betriebsgewerbe erfahren.

### Aus anderen Berufen

\* Die „Metallarbeiterzeitung“ feierte am 15. September ihr 25jähriges Jubiläum. Die Nr. 37 vom 12. September erschien daher als Jubiläumsnummer. Das Blatt verdankt der Initiative Karl Grilleinberger seine Entstehung, der aber selbst die Zeit für die Realisierung seines Vorschlags nicht hatte. Der heute noch leitende Redakteur des Blattes, Genoß Scherzer, wurde von Grilleinberger und anderen Verlustlöschern angeregt, die Sache in die Hand zu nehmen. Es gelang auch Scherzer, den Vorstand der Allgemeinen Kranken- und Sterbelasse der Metallarbeiter (Sik Hamburg) für den Plan zu gewinnen, der den Aufzug an die Metallarbeiterchaft zur Unterstützung des Unternehmens eine warme Empfehlung mit auf den Weg gab. Die Metallarbeiterlasse zählte zu jener Zeit 20 000 Mitglieder in 200 Zabstellen. Dachvereine gab es wegen des Sozialistengesetzes nur wenige, das Blatt konnte sich also, zunächst nur auf die Kasse stützen. Indes, die Herausgabe des Blattes fand in weiten Kreisen der Metallarbeiter Zustimmung, und die gewerkschaftlichen Strebungen wurden durch das Blatt wesentlich angeregt und gefördert. Gleich in ihrer dritten Ausgabe brachte die „Metallarbeiterzeitung“ ein Musterblatt für Dachvereine, das die Leser auf neue Aufgaben hinwies. Schon der 4. Jahrgang wies an Kopfe des Blattes darauf hin, daß neben der Krankentasse nun auch die Vereinigung deutscher Schmiede, wie die Metallarbeiterfachadventure Deutschlands die „Metallarbeiterzeitung“ als ihr Organ anerkannten. Aus dem anfangs vierzehntägig erscheinenden wurde bald ein dreimal monatlich erscheinendes Blatt, das nur in den auftauchenden Städtegruppen seinen Einfluß in manchmal entscheidender Richtung geltend machen konnte. Als 1890 das Sozialistengesetz fiel, war die „Metallarbeiterzeitung“ Organ von zwei eingeschriebenen Gültstätten der Metallarbeiter, der allgemeinen Metallarbeiterfachadventure sowie im ganzen Umfang von Branchenorganisationen. Die Gründung des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller im gleichen Jahre beschleunigte auch die von der „Metallarbeiterzeitung“ propagierte Schaffung eines Industrieverbandes der Metallarbeiter. In der Zeit vom 1. bis 6. Juni 1891 tagte in Frankfurt a. M. der Allgemeine deutsche Metallarbeiterkongress, der die Gründung des Industrieverbandes mit der „Metallarbeiterzeitung“ als obligatorisches Organ befürwortete. Seitdem ist die Schrift unanrückbarlich mit dem des Verbandes verknüpft, dessen bespielsohoer Aufsicht in den letzten Jahren die Auflage des Blattes auf circa 380 000 brachte; das ist die größte Auflage, die ein Arbeitersblatt bisher in der Welt aufzuweisen hat.

Die Jubiläumsnummer bringt eine Reihe von lesewerten und interessanten Beiträgen aus den verschiedensten Federern. An der Spitze bringt der Gründer und leitende Redakteur Daten über die Gründung, ihm folgt S. Quist mit einer Schilfserung der wichtigsten Ereignisse aus der Geschichte des Blattes, Alexander Schlie förscht über "Der Deutsche Metallarbeiterverbandes Lebensorge", in einem schwungvollen Artikel "Mein Wunsch" tritt August Böbel für die Einheit der gewerkschaftlichen Arbeitervorganisationen ein, unter Auseinandersetzung der trennenden politischen und religiösen Fragen kann gemeinsamem Kampf gegen den Kapitalismus und dessen auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruhenden Gesellschaftsordnung. Wilhelm Blos hat mit einem Erinnerungsartikel an Karl Brillerberger beigetragen, Martin Seegård und Karl Delsingier warten mit Erinnerungen aus früheren Tagen auf. Paul Umbrecht unterlief das projentuelle Stärkeberhältnis der heutigen Metallarbeiterorganisationen im Verhältnis zum Metallarbeiterverband. Die Ausgabe enthält außerdem noch eine Reihe lesewerten Beiträge

\* Der Streik der Stukkateure in Straßburg ist seit einiger Zeit beendet. Die vielen Streitbrecher zwangen die Streitenden, einen sehr ungünstigen Vertrag mit den Unternehmern abzuschließen. Obwohl nun also ein Beitragsverhältnis besteht, werben die Unternehmer auswärtige Arbeitskräfte an, während von den einheimischen Stukkateuren noch viele beschäftigunglos sind. Es sollte darum vorläufig kein organisierte Cipper, Verputzer usw. Trockenbau eingesetzen.

\* Der Verband der Bahnhofsarbeiter veranstaltete der Zeit vom 6. bis 21. September eine große Agitation durch das ganze Reich. Mehr als 800 Versammlungen haben stattgefunden, in denen besonders die nun abgeschlossene Bewegung behandelten wurde.

### Generalversammlungen.

Der Verband der Schuharbeiter und Wäschearbeiter hielt am August seine Generalversammlung in Frankfurt a. M.  
Außer den Delegierten und Vorstandvertretern nahmen auch die beförderten Gauleiter daran teil. Aus dem Vorstandsbereich erwähnen wir: Der Verband zählte am 1. April 1908 40 744 Mitglieder, darunter 7941 weiß-  
sche. Die Betriebsvermögen beträgt M. 172 000. Am  
1. Juli 1908 bestanden 276 Tarife für 7154 Betriebe mit  
9 050 Arbeitern, davon Herrenmäss- und Uniformbranche:  
44 Tarife für 7164 Betriebe mit 40 918 Arbeitern;  
Perzentonfertigung: 17 Tarife für 191 Betriebe mit 14 495  
Arbeitern; Damenfeinhandel: 14 Tarife für 283 Betriebe  
mit 8519 Arbeitern; Korsettbranche: 1 Tarif für 1 Betrieb  
mit 120 Arbeitern. In einem Wahlkampfjahr ist der Vor-  
stand des Verbands immer

Am 1000 verurteilt werden. Nach eingelöster Verufung kam zwischen den Anwälten der Parteien ein Vergleich zu Stande, nach dem der Verteilung der Klägerin eine Entschädigung von M 750 zahlte und die Kosten des Verfahrens übernahm. Ein anderer Volksprozess gegen die Firma Berlin schwelt noch. Die großen Kämpfe mit der Arbeitgeberorganisation haben zu einem Übereinkommen geführt, nach dem vor jedem Streit und vor jeder Ausperrung die beiden Vorstände versuchen sollen, die schwierigen Differenzen auf friedliche Weise zu regeln; des ferneren hat der Vorstand des Arbeitgeberverbandes gestattet, auf einen Beschluß seiner Generalversammlung, bezüglich der bestehenden Tarifverträge auf die Hauptvorstände übernehmen. Bei Beratung dieser Angelegenheit wurde der ganze Entwicklungsgang des Tarifwesens im Schiedsgericht dargelegt.

Auch hier soll der Vorstand eigenmächtig gehandelt haben; es wurde ihm jedoch vom Verbandsstage in einer Resolution bestätigt, daß er nicht anders handeln könne; in Zukunft soll aber der Verbandsbeirat an der Entscheidung wichtiger Fragen mitwirken. Die wichtige Frage der Zentralisation des Tarifwesens warf den Antrag der Unternehmer auf, alle bestehenden Verträge auf die heiderseitigen Hauptvorstände zu übertragen. In einer dazu angenommenen Resolution heißt es: „Der Verbandsstag erklärt ferner, daß er die Übernahme der bereits abgeschlossenen oder in nächster Zeit abzuschliegenden Tarife durch die Hauptvorstände nicht prinzipiell verbietet, jedoch die Frage, zur Zeit noch nicht genügend gellert erachtet.“

Von weiterer Bedeutung war die Entscheidung über die von mehreren Seiten befürwortete Arbeitslosenunterstützung. Nach der Vorlage des Vorstandes war mit der Einführung eine starke Erhöhung der Beiträge verbunden. Der Verbandsstag lehnte indessen die Arbeitslosenunterstützung ab; die Mitglieder sollten die Vorlagen dafür erst gründlich studieren, und dann will man im Anfange des nächsten Jahres in einer Urabstimmung darüber entscheiden. Der Wochenbeitrag wurde für männliche Mitglieder auf 40 oder 50 S. für weibliche Mitglieder auf 20 oder 25 S. festgesetzt. In welche Klassie die Mitglieder steuern wollen, bleibt ihrer Entscheidung vorbehalten. Als Titel des Verbandes wurde bestimmt: „Verband der Schneider, Schneidervinnen und Büscherbeiter Deutschlands“. Ferner wurde beschlossen, daß der Leiter der Betriebe aus anderen Organisationen unter Anerkennung der geleisteten Beiträge erfolgen kann“, und „daß das Eintrittsgeld Lehrlingen und solchen Kollegen, die sofort nach beendetem Lehrliebt dem Verband beitreten, erlassen wird“. Die anderen Beschlüsse betrafen interne Verwaltungselemente. Doch sei noch berichtet, daß beschlossen wurde, „Kautullen zu schaffen, damit die Kollegen, welche auf Kosten des Verbandes die Unterrichtsliste der Generalkommission besuchen, verpflichtet sind, ihre Dienste und Kenntnisse dem Verband auf mindestens drei Jahre zur Verfügung zu stellen. Sollten die betreffenden Kollegen in andere als Verbandsstellen gehen, so haben dieselben einen bestimmten Vertrag zurückzuzahlen“. Bis zum nächsten Verbandsstage soll der Vorstand eine Gehaltsstala für die Volksbeamten ausarbeiten. Für die Hülfbeamten des Hauptvorstandes wurde folgende Gehaltsstala beschlossen: Anfangsgehalt M 2000 pro Jahr, steigend um M 50 pro Jahr, bis zum Höchstgehalt von M 2800. In der Besetzung des Vorstandes trat keine Änderung ein.

### Polizei und Gerichte.

\* **Der Jude muß verbrannt werden.** Die Potsdamer Gerichtsschammer beschäftigte sich kürzlich mit der Verfugung des Kollegen Weiß aus Kolonie Friedrichshöhe bei Caputh, der vom Potsdamer Schöffengericht wegen Übertretung des § 183 des Reichs-Gewerbeordnung zu fünf Tagen Gefängnis verurteilt worden ist. Im April d. J. streitten die Caputher Maurer und stellten an allen Zufahrtstellen Streitposten auf, um den Zugang Arbeitswilliger zu verhindern. Der Leiter der Streitbureau war der Angeklagte Weiß, der im Streitbureau bei Rietz die Ans- und Abmeldungen der Streitenden entgegennahm. Am 9. April d. J. fuhr der Zimmermeister Schulz Arbeit zu nehmen. Er wurde von Streitposten angehalten und nach Verabreichung eines Geldbetrages nach Michendorf geschickt. Trocken sah er mittags wieder zurück und verlangte vom Streitposten die Auslieferung seines Geschirrs, das er anfangslost erholt. In Begleitung des Zimmermeisters Erich Hirsch fuhr er nun zu Schulz. Bis hierher hatte die Anklage nichts auszutragen. Sie richtet sich aber dagegen, daß ein Mann, der von dem vorausfahrenden Hirsch als Weiß erkannt wurde, dem Stando nachfuhr und ihm im Worte zufiel: „Na, warte, heute abend!“ und dann schleunigst wieder kehrte. Darin liegt die Übertretung, und darum die Gefängnisstrafe. Weiß verabschiedete nun als unbefolter Mann durch einen von seinem Berleidiger, Justizrat R. Josephson, geführten Alibibeweis, darzutun, daß er zur fraglichen Zeit im Streitbureau saß und mit dem als Beugen geladenen Mauren Bege und Kapit. Stal gespielt habe, was auch die Beugen bestätigte. Ob aber nicht auf einige Minuten Weiß das Bureau verlassen habe, konnte von den Zeugen schon mit Rücksicht auf die lange Zeit seit dem Vorgange nicht unter dem Eide beurteilt werden. Der einzige Belegzeugzeuge war der Lehrling Husch, der im Jahre den Weiß bestimmt erkannt haben will. Während der Vertheidiger die Freisprechung seines Klienten hinfällig des Mangels bestimmter Feststellungen beantragte, verwarf das Gericht die Verfugung unter Hinweis auf das unebliche Zeugnis des 15jährigen Lehrlings. Das Strafmahl schien dem Gericht angemessen. Den Alibibeweis des Angeklagten hielt es für mißlungen.

### Verschiedenes.

\* **Was der Herr Pastor nicht duldet.** Wir Menschen haben in allgemeinen gar keine Urfache über den Stier zu lachen, der in blinder Wut gerät, wenn er ein rotes Tuch sieht. Auch wir leiden daran, bei bestimmten uns ärger-

lichen Wahnenbemühungen die Fähigkeit ruhigen objektiven Denkens zu verlieren. Nur von diesem Gesichtspunkt aus läßt sich erklären, was man uns berichtet: Vor einiger Zeit begruben die Bauarbeiter in Lübeck in Mecklenburg einen treuen Kollegen, den Maurer Biese. Einer alten guten Gepllogenheit folgend, hatte auch der Volksverband Lübeck des Zimmerverbandes dem toten Genossen einen Krantz gestiftet. Dieser Krantz trug die Aufschrift:

Gewidmet von dem  
Volksverband der deutschen Zimmerer  
Volksverband Lübeck.

Kurz nach dem Ereignisse wurde den Zimmerern mitgeteilt, daß der von ihnen gestiftete Krantz beschädigt sei. Bei näherer Untersuchung fand man denn auch, daß die letzte Zeile der Aufschrift der Schleife („Volksverband Lübeck“) abgeschnitten war. Auf Erklärung beim Friedhofsausseher gab dieser den Bescheid, daß die Schriftzeile auf Veranlassung des Pastors entfernt worden sei. Als die Angehörigen und die Leidtragenden den Friedhof verlassen hatten, hatte der Herr Pastor Rühe gesagt: „Gehen Sie hin und schneiden Sie die untere Zeile von dem Krantz der Zimmer ab. Denn es ist hier eine Unstättte und kein Ort des Verstorbenen!“ Der Herr Pastor hatte offenbar irgendwann Aberglaube genommen, daß überhaupt ein Krantz auf dem Friedhof tam, den Arbeiterkollege gestiftet hatte, und dieses Aberglaube hatte ihn unfähig gemacht, den so floren und harmlosen Sinn des Wortes Volksverband zu erfassen. Vielleicht ist der Herr Pastor Abtinent — auch das kann ja ein mal vorkommen — und da hat er bei dem Worte Volks — gleich an Maßtrüge und Schnapsbündel denken müssen.

Das hat ihn so erregt, daß er dem wahren Sinn einfach nicht jah und auch nicht daran dachte, daß er hier etwas tat, wogegen er kein Recht hatte. Bei gewöhnlichen Sterblichengräben kann sein Wort darüber, aber einen Prediger der Sammlung lädt so etwas doch in einem eigentümlichen Lichte erscheinen.

\* **Pro und Contra.** Immer wieder muß gegen diese Schmarotzerworte gefämpft werden. Wie lächerlich machen sie uns doch vor dem Ausland. Ein Darmstädter „Täglicher Anzeiger“, hieß es daher förmlich mit vollem Rechte: „M 20 pro Woche“ läreßt man, als befänden wir nicht für das einzige Fremdwort eine ganze Reihe deutscher Erbschaftsmittel: „M 20 in der Woche, für die Woche, jede Woche, M 20 die Woche, M 20 wöchentlich!“ Ebenso gut könnte man sagen: 3 Stück für 10 S., 10 S. für drei Stück, oder kurz: 3 Stück 10 S.! Aber auch hier muß pro eingeflochten werden: 10 S. pro 3 Stück. Ganz nach Belieben verläuft man dieses pro mit per: „M 1 per Duzend, M 1 pro Dutzend“. Worum nicht: daß Dutzend 1, oder M 1 das Dutzend? Von jeher sprach man: zu Wasser, zu Lande, zu Schiff, zu Wagen, zu Pferde, zu Fuß, zu Fuß. Gegenwärtig aber müssen die Waren per Wasser kommen, per Wagen befördert werden oder gar „per Auto!“ (1), wie man auch wohl gelesen hat. Per Fuß geht man irgendwohin, ja sogar mit Frau oder Brant „per Auto!“ und selbstverständlich fährt man fast nur „per Auto!“ oder „per Bus!“ wie sollte ein Deutscher wagen „zu Bus“ in den Mund zu nehmen? „Per sofort“ wünscht man ein Dienstmädchen, „per 1. Oktober“ bietet man seine Wohnung an. Zum 1. Oktober, auf 1. Oktober, für 1. Oktober zu sagen, wie unsere Väter sprachen, das wäre nicht mehr zeitgemäß.

(Sprachrede des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins.)

### Eingegangene Schriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist das Heft 11. best. des 26. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Hefts heben wir hervor: Ein Friedenskundgebung — Leo Tolstoi. Von A. Trotski. Zur Frage des Frauenwahlrechts in England. Von F. Sachse (London). — Die englische Sozialdemokratie und die Frauenwahlrechtsbewegung. Von H. Dietrich (London). — Wirtschaftliche Mundschau. Von Th. Karst. Notizen: Zur Lage der russischen Arbeiter am Vorabend der Revolution. Von R. N. — Zeitdruckstanz.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alte Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von M 3,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 S. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

**Gustav Adolf.**, ein Fürstenspiegel zu Lehr und Nutz der deutschen Arbeiter von Franz Mehring. Zweite verbesserte Auflage mit einem Vorwort. Verlag der Buchhandlung Bormärkte, Berlin SW 68. Preis M. 1. Volkssage 40 S. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Kolporteure.

**In Freien Stunden.** Heft 36 und 37. Verlag der Buchhandlung Bormärkte, Berlin SW 68. Eine Woche erscheint ein Heft zu 10 S., das jeder Zeitungsträger und Kolporteur liefert. Probenummern vom Verlag gratis.

### Briefkasten.

**Pingendorf, G. B.** Der Vorstand der Kasse befindet sich in Altona, Wilhelmstr. 57. Dort kannst Du alles näher erfahren.

**Seidenberg.** Versammlungs-Anzeige kam zu spät.

**Großhabersdorf.** Die Frage ist uns nicht recht klar. Ist sie so gemeint, ob die Post Anweisungen zurücklehnen kann, die an den Verbandsvorstand gerichtet sind, so ist darauf mit Nein zu antworten. Die Post hat alle Sendungen, die ausreichend frankiert und mit Adressen versehen sind, zu befördern. Zur Zurückweisung von Sendungen ist die Post nur nach besonderen Bestimmungen berechtigt, die auf diesen Fall aber nicht zutreffen können. Im übrigen aber richtet man Geldsendungen nicht an den Verbandsvorstand, sondern an den Verbandsklassierer.

**Wendisch Waren, G. G.** Das Buch „Der praktische Maurer“ kostet M 21. Will der Anfrager aber etwas billiger zu dem Werk kommen, so möge er sich an den Kollegen Konrad Schulz, Marienwerder, Schäferei 74, wenden.

### Anzeigen.

#### Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alte Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche noch erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Seite kostet 10 S.)

**Caputh.** Am 17. September verstarb unser treuer Kollege **August Schmidt II** im Alter von 52 Jahren an Lungentuberkulose.

**Chemnitz.** Am 16. September starb infolge Blutzerguß unter treuer Verbandskollege **Adolf Wend** im Alter von 55 Jahren.

**Danzig.** Am 10. September starb unser Verbandskollege **Eduard Kuglin** im Alter von 44 Jahren an Schlaganfall.

**Kemberg.** Am 14. September starb nach langjährigem Leben unter Verbandskollege **Hermann Behahn** im Alter von 34 Jahren an der Bildertrankheit.

**Lentenberg.** Am 14. September starb nach langem Leben unter Verbandsmitglied **Gustav Hauguth** im Alter von 48 Jahren an Tuberkulose.

**Leipzig.** Am 16. September starb unser Mitglied **Hermann Härtel** aus Rosena u. im Alter von 39 Jahren an Bauchfellentzündung.

**Magdeburg.** Am 18. September starb unser Kollege **Gottlieb Kröner** im Alter von 59 Jahren an Nierensteinleiden.

**Nürnberg-Fürth.** Am 16. September starb unser Kollege **Georg Alkoy** im Alter von 24 Jahren an der proletarierkrankeit.

**Oldenburg i. Grobk.** Am 16. September starb unser Kollege **John. Wichmann** im Alter von 45 Jahren an Lungentuberkulose.

**Pfeiferst.** Am 12. September verstarb nach kurzem Krankenlager unser Verbandskollege **Gust. Scholz** im Alter von 35 Jahren.

**Posen.** Am 12. September starb nach langem Leben unser treues Mitglied **Johann Frakowiak** im Alter von 38 Jahren an Lungenschwindsucht.

**Prag.** Am 16. September starb plötzlich unser treuer Kollege **Karl Richter** im Alter von 36 Jahren an Herzkrankung.

**Siedlitz.** Am 10. September starb unser treuer Kollege **Gustav Müller** im Alter von 21 Jahren an Diphtheritis.

Ehre ihrem Andenken!

**Gladbeck.** Das Verkehrslokal ist Wirtschaft Nölker, Kaiserstraße. — Der Vorsteher Schmidt wohnt Braut, 24, der Kassierer Henning, Gladbeck, Schürenkamp 28. [M. 1,20].

**Zentral-Krankenkasse „Grundstein zur Einigkeit“.** Bahnhofstelle **Bunzlau**. Der Kassierer **Wilhelm Bartsch** wohnt von jetzt an Nikolaistr. 18, 2. Et. [M. 1,50]. Die Verwaltung.

**Zentral-Krankenkasse „Grundstein zur Einigkeit“.** Bahnhofstelle **Gr. Lichtenfelde**. Meine Wohnung befindet sich von 1. Oktober an Chausseestraße 32. [M. 1,50] Der Bevölkerung.

**Valentin Heitz**, geboren in Würzweiler i. d. Pfalz, wird in einer Geburtsangelegenheit getötet. Auskunft erbittet **Wilhelm Heitz**, Wohlfahrtsverein, Böllingen a. d. Saar. [M. 1,20].

**Guben.** Sonnabend, den 3. Oktober 1908. **Elftes Stiftungsfest** im „Volksgarten“.

Die Mitglieder werden gebeten, mit ihren Angehörigen recht zahlreich daran teilzunehmen.

Eintritt 50 S. — Anfang 8 Uhr. Das Festkomitee. [M. 3,30]

### Versammlungs-Anzeiger.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, den 27. September.

**Lychen.** Nach 3½ Uhr im „Gasthof zu den drei Königen“. Schkeuditz. Nach 3½ Uhr bei Schmidmüller. T.-O.: Bericht vom zehnten Verbandsstag.

**Velten.** Bei A. Bartsch. Reservat ist anwendbar.

**Wittstock.** Nach 2 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung bei Carl Müller, Herberge.

**Dienstag, den 29. September.** **Heide.** Abends 8 Uhr bei Wilh. Off. Sehr wichtige Tagesordnung!

**Mittwoch, den 30. September.** **Rastenburg.** Abends 7½ Uhr im Vereinstalat, Schulstraße.

**Sonntag, den 4. Oktober.** **Düchelsdorf.** Nach 8 Uhr bei Dahme. Tagessordnung sehr wichtig. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

**Montag, den 5. Oktober.** **Schmölln.** Abends 8 Uhr im „Sindenthal“. T.-O.: Abrechnung. Vorlesung des Kollegen Bömersburg.

**Zentral-Krankenkasse der Maurer gsw.** **Donnerstag, den 1. Oktober.** **Fürstenwalde.** Abends 8 Uhr bei Thomas.

**Druck:** Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.